

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechszeilige Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Bereits- und Versammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 13. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Kontingents-Liste: Amt I, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Maske herunter!

Das Hauptorgan des preussischen Junkerthums, dem seit
der Falscher, Betrüger und Ehebrecher von und zu Hammer-
stein ins Zuchthaus befördert werden mußte, das geistige
Haupt fehlt, — die „Kreuz-Zeitung“, macht in ihrem gestrigen
Abendblatt der Sozialdemokratie den unzählige Mal gemachten
Vorwurf, sie verschleierte ihre Ziele; in ihren Wahlflugblättern
sage sie nicht, was sie wolle. Insbesondere behauptet die
„Kreuz-Zeitung“ dies von dem Wahlflugblatt, das am Sonntag
in allen Berliner Wahlkreisen vertheilt wurde. Was sie be-
hauptet, ist eine Unwahrheit. Alle sozialdemokratischen
Flugblätter beruhen auf der Grundlage des sozialdemokrati-
schen Parteiprogramms, das jeden Denkfähigen und
Denkwilligen über das Wesen und die Ziele
unserer Partei genau unterrichtet. Wenn der Nachfolger
Hammerstein's bei dieser Gelegenheit wieder die Narrenfrage
nach dem „Zukunftsstaat“ stellt, so beweist er bloß, daß er
entweder nicht zu den Denkfähigen oder nicht zu den Denk-
willigen gehört.

Freilich vor der Frage nach seinem „Zukunfts-
staat“ ist der „Kreuz-Zeitung“-Mann sicher, denn alle Welt
weiß, daß der Staat, welchen das Junkerthum erstrebt, nicht
in der Zukunft liegt, und nicht einmal in der Gegenwart, —
denn sowohl die Türkei als Rußland, die beiden rück-
ständigsten Staaten der Gegenwart, sind über das Junkerideal
hinausgewachsen — sondern in dunkler, durch Jahrhunderte
von uns getrennter Vergangenheit. In der Zeit, wo
die Bauern als Leibeigene an die Scholle des Junkers, gleich
desen „väterlichen Oshen“ gefesselt waren, und wo der Bürger
der Städte es sich als Ehre anrechnen mußte, wenn ihm der
Junker auf der Landstraße sein Geld abnahm oder aus dem
Haus seine Frau oder Tochter entführte.

Entthüllen etwa die Herren Junker dieses ihr letzte Ziel
den Wählern des Deutschen Reiches?

Sagen die Junker, daß sie, gerade wie im dunklen
Mittelalter, auf Kosten und vom Schwelch der Bürger, Arbeiter
und Bauern in Saus und Braus leben wollen?

Sagen die Junker, daß die Kornzölle nichts anderes sind,
als ein doppelter und dreifacher Zehnten, den sie vom
Ertrag der ehrlichen Arbeit als ihr Junkerrecht beanspruchen?

Sagen die Junker, daß sie das Volk entmündigen
wollen, indem sie ihm das Wahlrecht rauben?

Sie hüten sich schön. Wohl haben sie früher, wenn sie
des süßen Weines voll waren oder glaubten, ungestraft aus
der Schule schwätzen zu können, ihre Absichten offen ver-
kündigt, allein jetzt leugnen sie, was sie hundertmal an die
große Glocke gehängt — die Wahl ist vor der Thür. Und
wenn das Volk weiß, was der Junker will, dann wählt
sicherlich niemand einen Junker.

Drum wird gehuscht, gelogen, und eine unschuldige
Maske aufgesetzt. Und wer den Herren Junkern die
Maske abreißt, der treibt, mit der „Kreuz-Zeitung“ zu reden,
„Stimmenfang“.

Herunter mit der Maske!
Wer ist schuld daran, daß das deutsche Volk für das Brot
Theuerungpreise zu zahlen hat?

Der Junker!
Wer will die Kornzölle noch erhöhen und dem deutschen
Volk den Brotkorb noch höher hängen, um sich selber die
Tasche zu füllen?

Der Junker!
Wer wühlt und hegt gegen die Handelsverträge, die es
verhindern, daß die Vropreise noch mehr steigen und die
Theuerung zur Hungersnoth wird?

Der Junker!
Wer ist ein schlimmerer Brotwucherer und größerer
Großformwucherer, als die amerikanischen Spekulanten
Leiter und Armour, die durch Börsenmanöver den Preis
des Getreides in die Höhe zu schnellen suchen, und über die
heute das Zentral-Junkerblatt die Schaafe seines Jornes und
— Konkurrenzneides ausgießt?

Der Junker!
Während die Leiter und Armour auf ihr eigenes
Risiko handeln und nur auf kurze Zeit das Brot vertheuern,
mißbrauchen die Junker ihren Einfluß auf die Gesetzgebung,
um den Großformwucherer in hundertmal größerer Ausdehnung
und auf die Dauer zu treiben, — dabei in völliger Sicher-
heit für ihre Personen.

Und wer ist's, der diese seine Ziele auf „Ehre“ ablenget,
und aus Angst vor dem Volksgericht, der Wahl, die Maske
des Volkstheures ansetzt und von christlicher Liebe übersieht?

Der Junker!
Herunter mit der Maske!
Freilich er schreit Jeter — der Herr Junker, wenn
man ihm den Spiegel vorhält. Er schreit nach Polizei
und Staatsanwalt.

Daß es in dem sozialdemokratischen Wahlflugblatt für Berlin
heißt: „Nieder mit den Junkern!“, das ist Hochverrath und
Majestätsverbrechen.

„Ein Jeder — so schreibt Hammerstein's Nachfolger —
ein Jeder mag sich zu dem Auf des Flugblattes: („Nieder mit
den Junkern! Nieder mit den Reaktionsären und kapitalistischen
Umsürzler!“) nach seinem Belieben ergänzen, was man
nicht auszusprechen wagt: Nieder mit der Regierung!
Nieder mit den Fürsten! Nieder mit dem deutschen
Vaterland! Nieder mit dem Gott der Christen!“

Also wer gegen den Junker ist, ist gegen die Regierung,
ist gegen die Fürsten, ist gegen das Vaterland, ist gegen den
Gott der Christen!

Wenn der Nachfolger Hammerstein's die Bedeutung
deutscher Worte kennt, dann sagt er damit: die Junker sind
die Regierung, die Junker sind die Fürsten, die Junker
sind das Vaterland, die Junker sind der Gott der Christen!
Ist je groteskere Unverschämtheit und frechere blas-
phemischere Heuchelei erhört worden?

Und dieser Ausbruch sinnloser, demagogischer Wuth,
bloß weil die Sozialdemokratie den Junkern die Maske ab-
reißt und die Herren den deutschen Wählern als das hin-
stellt, was sie sind:

Brothvertheurer, Feinde der Volksrechte,
Feinde der Freiheit, reaktionäre Umstürzler.
Nieder mit den Junkern!

Wahlkampf.

Das Reichstags-Wahlrecht und der „Reichs-Anzeiger“.

Das Dementi des „Reichs-Anzeigers“ wird bei den
Wählern, die die Dementierungsthätigkeit unseres offiziellen Reichs-
organs kennen, wenig Eindruck machen; höchstens den, daß sich jeder-
mann sagt: Was der „Reichs-Anzeiger“ bestreitet, das trifft mit
tödtlicher Sicherheit ein. Die „Freisinnige Zeitung“ trägt einen
solchen Roll aus. Sie weist darauf hin, daß im Hinblick auf die
Wahlen 1898 der „Reichs-Anzeiger“ erklärte, eine Erhöhung der Tabak-
steuer nicht beabsichtigt sei. Nach den Wahlen aber ist wohl ein solcher
Gesegenswurf an den Reichstag gelangt. Aber noch sprechender ist ein
anderer Fall aus der jüngsten Vergangenheit. Als im Jahre 1896 der
Kriegsflotte Flottenplan zum ersten Male in der Öffentlichkeit auf-
tauchte und das deutsche Volk damals schon lebhaft beunruhigte,
veröffentlichte der „Reichs-Anzeiger“ am 12. September 1896 ein
ganz bestimmtes Dementi, das besagte, daß ein solcher Flottenplan
überhaupt nicht existire und daß jedenfalls Niemand zu einer solchen
Vorlage nie berufen gewesen sei. Ferner stand in dem amtlichen
Dementi, daß es nicht in der Absicht der Marineverwaltung liege,
von dem bisherigen Gebrauch, durch den Etat dasjenige zu fordern,
was die Marine zur Erfüllung ihrer Aufgaben gebraucht, abzugehen
und den gesetzgebenden Körperschaften einen vorläufigen Plan
oder eine besondere Marinevorlage zu übergeben. Nun, brauchen
wir den Wählern noch zu sagen, daß noch kein halbes Jahr ver-
gangen und das Dementi des „Reichs-Anzeigers“ Lügen gestraft ward?
Man merke sich also: Was der „Reichs-Anzeiger“ dementirt, das
trifft erst recht ein. Auch mit dem Attentatsplane auf das Wahlrecht
hat es also, soweit der „Reichs-Anzeiger“ maßgebend ist, seine
Richtigkeit. —

Zum Dementi des „Reichs-Anzeigers“

nehmen alle Zeitungen Stellung. Wir theilen einige Verurtheilungen
dieser hier mit. Die „Germania“ schreibt:

„Dieses nicht einmal amtliche Dementi trifft genau so neben
das Ziel, wie die früheren offiziellen Abkennigungen. Es ist sofort
festgestellt worden, daß es sich bei den in Frage kommenden An-
gaben nur um Pläne privaten Ursprungs gehandelt habe. Das
halbamtliche Dementi und überhaupt die Auslassungen der Kartell-
presse gegenüber der Mittheilung des Abg. Müller-Fulda im Wahl-
ausfluß der Zentrumsparthei des Regierungsbezirks Stassel suchen
etwas zu dementiren, was gar nicht behauptet worden ist. Wenn die
„Berliner Neuesten Nachrichten“ z. B., ganz im Sinne des Dementis
im „Reichs-Anzeiger“, anderten,

es gebe überall Wünsche und Ideen, die von besonders fleißigen
Räthen in Form von Gesetzesvorschlägen geäußert würden, von
denen die meisten aber beim eigenen Reflektiren oder im Staats-
ministerium scheiterten, oder als Material deponirt würden,

so dürfen sie damit ziemlich genau das wiedergeben, was auch
Abg. Müller-Fulda im Wahlkreisfluß ausführte; von einer fertigen
Vorlage, welche bereits an den Bundesrath gelangt sei, hat derselbe
nicht gesprochen, dagegen schien er genau orientirt zu sein, wessen
fleißige Räthe die gegebenen Wünsche und Ideen in Form eines
Gesetzesvorschlages geäußert“ haben, und auch dem „Reichs-
anzeiger“, wie den „Berliner Neuesten Nachrichten“ dürfte dies
kein Geheimniß sein. Daß das „deponirte Material“ (1) sehr bald
Verwendung finden würde, wenn die Neuwahlen eine Kartell-
mehrheit ergeben, steht wohl außer Zweifel; äußerte doch letzte
Woche ein Mitglied der Kartellpartei in der Reichstags ganz offen,

„diese Neuwahlen werden wohl die letzten sein, welche auf grund
des geltenden Wahlrechts stattfinden“. Es wird kein Fehler sein,
wenn die Reichstagswähler sich ihre Kandidaten hinsichtlich der
Stellungnahme zum allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahl-
recht genau ansehen, von denselben präzis-christliche
Erklärungen verlangen und weder bei den Haupt-
wahlen, noch bei den Stichwahlen für einen
Kandidaten stimmen, der diese Erklärungen nicht
in unzweideutiger Weise abgibt.“

Die „Berliner Volks-Zeitung“ schreibt:

Selbstverständlich wird kein besonnenen Wähler nunmehr
glauben, daß das Reichstags-Wahlrecht nicht in Gefahr sei.
Ebensowenig ist der „Reichs-Anzeiger“ nicht ermächtigt, zu versichern,
daß die Regierung sich jeder Aenderung des Wahlrechts entschieden
widerlegen werde.

Zweitens: Selbst wenn die gegenwärtige Regierung entschlossen
wäre, das Reichstags-Wahlrecht gegen den Ansturm der reaktionsären
Parteien mit größter Entschiedenheit zu verteidigen, und selbst
wenn sie dies in bestimmtester Form erklärte, so würde doch jeder-
mann fragen müssen: wie lange werden die gegenwärtigen Minister
am Ruder sein, und wie lange werden sie die Macht haben, das
Reichstags-Wahlrecht gegen dessen Gegner zu schützen?

Drittens: Das Reichstags-Wahlrecht ist den Reaktionsären ver-
hät, wie kein anderes Grundrecht des deutschen Volkes, die Frei-
sinnigkeit vielleicht ausgenommen. Sie werden manögelezt, bohren und
arbeiten, um dies Recht zu beseitigen. Die reaktionsären Parteien aber
haben schon so viele Zugeständnisse durchgesetzt, daß nur ein Reichs-
tag das bestehende Wahlrecht schämen kann, der daraufhin
vom Volke gewählt ist, daß er die reaktionsären Umtriebe zur Ver-
nichtung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts unschäd-
lich macht.

Vielleicht folgt daraus mit Nothwendigkeit, daß kein Wähler
einen reaktionsären Kandidaten die Stimme giebt. Denn wenn der
nächste Reichstag eine kartellistische Mehrheit aufweist, so ist in Deutsch-
land zum letzten Male nach dem gegenwärtigen Wahlrecht gewählt
worden.

Darum thue jedermann am 16. Juni seine Schuldigkeit! Nieder
mit der Reaktion!

Die „Frankfurter Zeitung“ wendet ein:
„Wir haben es schon öfter erlebt, daß Gesegenswürfe, die offiziell
in Abrede gestellt werden, thatsächlich doch ausgearbeitet waren, ob-
gleich ebenfalls darüber keinerlei Erwägungen innerhalb der Re-
gierung stattgefunden hatten, und daß diese Gutwürfe trotz der feier-
lichsten Dementis nachher zur Vorlage gelangten.“

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt:
„Man darf indeh nicht glauben, daß nun jede Gefährdung des
Wahlrechts durch die Mirbach und Genossen ausgeschlossen sei.
Wenn sich ein Reichstag findet, der das Wahlrecht verschlechtert,
so wird sich auch ein Reichstagsauflöser finden, der dazu seinen Segen
giebt.“

Die konservatieve Presse stellt sich so, als ob sie von dem Dementi
völlig überzeugt wäre, sie heuchelt lebhaftige Entrüstung, daß man
dem Dementi nicht christlichsozial Glauben schenkt. In anderem
Zusammenhange zeigen wir, was Dementis im „Reichs-Anzeiger“
sich werth gewesen sind. —

Das Wänderblatt und das Reichstags-Wahlrecht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über die „Blänkerei“
des Abg. Müller-Fulda äußerst entrüstet. Das Blatt versichert,
wenn die Regierung an eine grundsätzliche Aenderung des Wahl-
rechts denken sollte, so würde sie bei ihm die entscheidende Gegen-
schaft finden. Wirklich? Dann hat die „Deutsche Tageszeitung“
ganz verlesen, daß sie in ihrem inneren Herzensgrunde doch auch
Gegnerin des Reichstags-Wahlrechts ist, aber freilich aus
Angelegenheitsrücksichten mit ihrer Feindschaft solange zurückhalten will,
bis eine gesegnete Mehrheit im Parlamente vorhanden ist. So und
nicht anders ist ein Artikel des Organs des Bundes der Landwirthe
zu verstehen, der am 4. November 1897 erschien und in dem davor
gewarnt wird, die Wahlrechtsfrage in reaktionsärem Sinne in die
Diskussion zu werfen. Denn: „Man spielt damit nur ein gefahr-
liches Spiel. So lange nicht die Mehrheit der Wähler die Noth-
wendigkeit einer Aenderung des jetzigen Wahlrechts erklärt, gilt es,
am allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht festzuhalten.“ Wo
nur so lange, bis eine Attentats-Majorität zu Stande gekommen ist.

Der Bund der Landwirthe und das Reichstags-Wahlrecht.

Herr Dr. Certeil muß heute zugestehen, daß er das allgemeine
Wahlrecht „brutal“ genannt und seine Verwunderung darüber aus-
gesprochen habe, daß ein Wörmann so etwas „bringen konnte“. Er
wendet nur ein, er habe dann so „ungefähr“ hinzugefügt: „Aber
trotzdem müssen wir unbedingt (?) an dem bestehenden Reichstags-
Wahlrecht festhalten.“ Das ist uns neu, indeh wollen wir es glauben.
„Entscheidende Gegenerschaft“ gegen jede grundsätzliche Aenderung des
Wahlrechts wird man einen solchen Standpunkt jedoch kaum nennen
können. Einen „entschiedenen Gegner“ werden sich auch die Freiberger
Wähler anders denken.

Abänderung des Reichstags-Wahlrechts.

Für Abänderung des Reichstags-Wahlrechts
hat sich in einer konservativen Versammlung zu Hagenau
Rittergutsbesitzer Adertmann Salisch ausgesprochen, indem er
zugleich die Kandidatur des Kreisvorsitzenden des Bundes der Land-
wirthe, Krause, verurtheilte. Krause müsse die Stichwahlen abschaffen
und die Wahlberechtigung von dem mindestens einjährigen Aufent-
halt jedes Wählers in jenem Wahlbezirk abhängig machen. Adertmann
löste man sich auch zur Gewährung von Vätern an die Reichstags-
Abgeordneten verziehen.

Was sagt der fromme „Reichsbote“, die Wiedere „Deutsche Tages-
zeitung“ und die gewissenhafte „Kreuz-Zeitung“ dazu?

Ein Maulkorbgesetz für den Reichstag.

Der freikonservatieve Abg. Arendt versichert im „Deutschen
Wochenblatt“, daß es als die wichtigste Aufgabe des neuen Reichs-
tages erscheine, die Geschäftsordnung soweit abzuändern, daß „den
endlosen und überflüssigen Debatten ein Ende gemacht werde“.

Wenn Herr Arendt gegen alle Erwartung gewählt werden
sollte, wird er sicherlich in Gemeinschaft mit seinem Freunde Starbörß
viele endlose und überflüssige Reden über die bimetalistische Nothie
halten wollen. Trotzdem sind wir gegen das von ihm vorgeschlagene
Maulkorbgesetz. —

Reservistenübungen am Wahltag.

Vom 2.—16. Juni, also 14 Tage mit Einschluß des Wahltages,
sind Reservisten aus dem Gardeleibn-Bezirk einberufen, andere
sollen vom 15. ab zur Fahne eingezogen werden. Die „Freisinnige
Zeitung“ theilt mit: „Der Anfang der Landwehrcübungen ist vom
technischen Generalkommando vom 16. auf den 21. Juni verlegt
worden. Für den Fall, daß die Stichwahlen thatsächlich schon auf
den 24. Juni festgesetzt sind, wäre damit gar nichts geholfen, denn
die Stichwahlen sind es diesmal, welche die Entscheidung über die
Gestaltung des Reichstags bringen werden. Aus Westfalen wird der
„Germania“ von mehreren Wählern mit dem Ausdruck größten
Bedauerns geschrieben, daß die Landwehrcübungen zum 11. Juni zu einer
vierzehntägigen militärischen Uebung eingezogen sind. Die „Schlesische
Zeitung“ hatte aber noch vor wenigen Tagen die Stirn, entschieden
zu bestreiten, daß am Wahltag Reservistenübungen stattfinden sollen.
Man sieht, was Dementis werth sind!

Schutz der bedrohten Wahlfreiheit.

Im Wahlkreis Stregau-Schweidnitz wurde am Sonntag ein
Wahlflugblatt verbreitet. Im allgemeinen ging die Vertheilung statt
von Station, allein in Schweidnitz wurden gleich nach Beginn der-
selben drei Flugblattvertheiler verhaftet. Während
der eine unserer Genossen bald wieder entlassen wurde, wurden die
andern erst einige Zeit hinter Schloß und Riegel zubringen. Eine
sofortige Beschwerde unseres Vertrauensmannes beim Polizeikommissar
war erfolglos, ja, es wurde ihm sogar das Polizeigeld verboten.
Erst auf weitere Beschwerde beim Ober-Bürgermeister wurden die
Flugblattvertheiler aus der Haft entlassen, in welcher sie sich
1 1/2 Stunden befunden hatten. Die ihnen abgenommenen Flug-
blätter wurden nicht zurückgegeben, doch wurde zugeklagt, dieselben
franko zuzufenden. Ferner versprach der Ober-Bürgermeister auf



Aufforderung unseres Genossen, die Beamten anzuweisen zu wollen, daß sie kein Recht hätten, uns bei der Agitation hinderlich in den Weg zu treten. Trotzdem ist nachträglich nochmals ein Flugblatt verbreitet worden und haben nunmehr unsere Parteigenossen eine Beschwerde an das Ministerium des Innern gerichtet. Zum Gegenstand der Beschwerde sind auch noch einige Vorfälle im Kreise Schweidnitz gemacht worden. So die erfolglose Verbote mehrerer unter freiem Himmel geplanter Volksversammlungen. Ferner ist das Vorgehen des Amtsvorstehers in Königszell, der auf erfolgte Anmeldung einer Versammlung sich weigerte, darüber eine Bescheidigung zu erteilen — in die Beschwerde mit aufzunehmen.

Die schlesischen Polizei-Organe scheinen sich absolut nicht an die in der Gewerbe-Ordnung geltenden Bestimmungen zu halten. Fortgesetzt wird von unseren Parteigenossen gemeldet, daß in dieser alten Junkerfest der Polizeibeamte noch immer in der hergebrachten Form seines Amtes walte. So schreibt unser Breslauer Partei-Organ: „Flagrante Gesetzesverletzungen von Seiten einzelner Polizei-Organe sind bei der am Sonntag im Landkreise stattgefundenen Flugblatt-Vertheilung wiederum vorgekommen. So verbot z. B. im Dorfe Boischwitz der Gendarm die Vertheilung der Flugblätter, weil die Verbreiter keine polizeiliche Erlaubnis vorzeigen konnten. Der Beamte forderte ferner die Genossen auf, den Ort zu verlassen und begleitete dieselben alsdann bis fast zur Stadtgrenze. Auch in Grunau bei Schönborn wurden die Verbreiter sistirt und die Flugblätter konfisziert. Ebenso erging es den Leuten in Kostenblut und an mehreren anderen Orten. Die Agitatoren waren sämtlich mit den gedruckten Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, welche das Vertheilen von Druckschriften regeln, versehen. Das Vorgehen derselben hatte aber keinen Erfolg. Ein Gendarm erklärte: Das ginge ihn gar nichts an.“

Aus Oberschlesien werden uns ähnliche Vorkommnisse gemeldet. Unser Verächterfalter schreibt: Daß bis jetzt keine amtlichen Verbindungen der sozialdemokratischen Wahlagitation vorkamen, die besonders im Industriebezirk seit anderthalb Wochen recht reger ist, war uns eigentlich merkwürdig. Schnell haben nun zwei ober-schlesische Gesetzeswächter den alten Ruf der ober-schlesischen Polizeibehörden gerichtet, indem ein Ratowitzer Polizeileutnant Hanisch dem Kolporteur Dylong von Königszell deutsch-polnische Flugblätter trotz des Protestes des Dylong abnahm und indem der Labander Amtsvorsteher in höchst eigentümlicher Person die Genossen Mon aus Gleiwitz und Winter aus Königszell verhaftete und ihnen 80 Stüd der Flugblätter wieder mit der Sozialdemokratie wegnahm. Die Ratowitzer Polizei hat das gleichwürdige Benehmen ihres Beamten schon am nächsten Tage durch Rückführung der Schriften wieder gut zu machen gesucht, der Labander Amtsvorsteher hat bis jetzt noch nicht Zeit dazu gehabt. Er ist wegen Mißbrauch der Amtsgewalt angezeigt worden. Die Labander Gegend liegt im Herrschaftsbereich des Freiherrn von Welzel, Rittersmeister und Legationssekretär a. D. Seine „Herrschaft“ (6 Güter) ist ca. 10 800 Morgen groß.

**Erschwerung des Wahlkampfes in der Republik Hamburg.**  
Die Hamburger Polizeibehörde erneuerte ihr früher erlassenes Verbot des Anklebens von Plakaten an Gebäuden und Planken; selbst Klebplakate sind umgehend zu entfernen. Es ist strenge Durchführung des Verbots beabsichtigt. Auch das wird den Herren Lacijs und Genossen nichts nützen.

**Konservatives Wahlkampfmaterial.**  
Das konservative „Bodemecum“ für die Reichstagswahlen 1898, welches den im Wahlkampf stehenden Parteimitgliedern reiches Material bieten wird, kommt Ende dieser Woche zur Vertheilung. Ebenso wird um diese Zeit eine Reihe von Flugblättern ausgegeben werden.

**Konservative Wahlmasse für die Provinz Sachsen.**  
Der Abg. v. Mendel hat im Abgeordnetenhaus eine Interpellation des Inhalts eingebracht, was die Staatsregierung zu thun gedenke, um die noch immer bestehende Verunreinigung der Luftpelle und Eisener durch die Schmutzwasser der Stadt Leipzig zu beseitigen. Es ist doch merkwürdig, daß die Konservativen erst knapp vor dem Auseinandergehen des Abgeordnetenhauses sich zu dieser Interpellation entschließen. Die Frage, um die es sich handelt, ist nicht wie das Emporkommen der Getreidepreise eine Erschwerung der letzten Wochen, sondern sehr langem Brennen. Doch begünstigte man sich bislang mit einigen Bemerkungen hierüber bei den Staatsberatungen. Die bevorstehende Wahl hat plötzlich diese Frage zu einer dringenden gemacht!

**Ein agrarisches ABC-Buch**  
hat soeben der Bund der Landwirthe herausgegeben. Es wird wohl eine interessante Quelle zur Bekämpfung der agrarischen Agitation werden. Wir wollen es bald unter die Lupe nehmen.

**Die Mittelstandspolitik der Agrarier**  
erscheint mitunter in recht zweifelhaftem Licht, wenn man Gelegenheit hat, in diese oder jene „bäuerliche“ Geschäftspraktik hinein-zublicken. Bekanntlich treten die Herren seit einiger Zeit mit Entrüstung für die Erhaltung des Mittelstandes ein, kann ihnen eine solche Politik doch Stimmen aus dem gewerblichen Bürgerthum zuführen. In der eigenen Praxis bemühen sich die Herren jedoch nach Kräften, die Gewerbetreibenden um ihren Verdienst zu bringen und einen etwaigen Profit selbst zu schlucken. So wurde beispielsweise auf der in diesem Jahre abgehaltenen Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande über eine Obstverkaufsgenossenschaft im Kreise Westenburg berichtet, und als Vorbild der Einrichtung wurde von dem Landrath Duderstadt u. a. wörtlich folgendes hervorgehoben: „Der häufig nicht reelle Zwischenhandel ist beseitigt. Der Verdienst des Zwischenhändlers kommt den Verkäufern zu gute und es werden die höchsten Preise erzielt.“ — Es ist eben nichts weiter wie eitel Junkerei, wenn die Agrarier behaupten, für den städtischen und gewerblichen Mittelstand einzutreten. Im Grunde des Herzens ist ihnen der Mittelstand vollständig gleichgültig und der Mittelstandsmann mag ruhig zu Grunde gehen, wenn die Herren Agrarier dadurch einen Gewinn schlucken können. — Nun, allzu groß wird die Zahl der städtischen Gewerbetreibenden ja nicht sein, die am 18. Juni den bäuerlichen Vogelstellern ins Garn gehen.

**Das nennt man Pech.**  
Bekanntlich hat der Bund der Landwirthe im Wahlkreis Apen-tade-Flens-burg beschlossen, die Kandidatur Hansen fallen zu lassen und den antisemitischen Vorgesannhaber Kaab in Hamburg zu unterstützen. Ein offener Vor dieser Wendung durch des Bundes Führung gedrucktes Flugblatt der Antisemiten, daß die Wahl Kaab's empfindlich und zur Zeit im Wahlkreise verbreitet wird, zieht gehörig gegen den Bund, der erst die Kandidatur Kaab's durchplumpsen ließ, zu Felde. Das wirkt außerordentlich komisch im Hinblick auf die Unterstützung, die doch jetzt Herrn Kaab seitens der Agrarier zu Theil wird. Da heißt es: „Herr Kaab ist ein gut national, ein gut deutsch gesinnter Mann. Da bleibt es uns vollständig verständlich, wenn hier und da von einigen mißvergnügten, großen Herren seine Kandidatur aus angeblich „nationalen“ Gründen bekämpft wird. Auch die Mehrheit einer Versammlung des Bundes der Landwirthe“ hat geglaubt, sich nicht für Herrn Kaab, sondern für den altersschwachen und schlaffen Nationalliberalismus aussprechen zu sollen, obgleich dieser noch überall bei entscheidenden Fragen die Landwirthschaft im Stiche gelassen hat, während Herr Kaab seit Jahren in hundert von Versammlungen, sowohl auf dem Lande, als auch in der Stadt das Verständnis für die Lage der Landwirthschaft geweckt und ihre Interessen vertreten hat. Es ist ein häßlicher Unfug, der seitens der Führer des Bundes einen solchen Mann angefaßt wird.“ — O diese unantworbaren Bündler! Was werden sie sagen, wenn sie, die nach in letzter Stunde sich befehlet haben, diese Epistel in dem Flugblatt ihres Kandidaten lesen.

**Abplitterung vom Zentrumsthor.**  
In einer Mittwoch-Abend in Köln a. Rh. stattgehabten, zahlreich besuchten Versammlung der rheinischen Landwirthe wurde auf Antrag des Grafen Los beschlossen, für die Reichstagswahlen einen direkten

Vertreter der Landesinteressen der rheinischen Landwirthschaft als Kandidaten aufzustellen. Als solcher wurde Redakteur Schreiner von der „Rheinischen Volkstimme“ in Aussicht genommen. Wenn das Zentrum die direkte Vertretung nicht unterstützen würde, so die Folgen der Spaltung zu tragen haben. Nachdem Graf Hoensbroech noch gegen die Zentrumsdressse polemisiert hatte, wurde ein weiterer Antrag angenommen, die Landesgenossen sollten innerhalb ihrer politischen Parteien nur solchen Abgeordneten bei den Wahlen ihre Stimme geben, welche die besonders formulirten Forderungen der rheinischen Landwirthe als berechtigt anerkennen.

**„Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums.**  
Speziell für den Wahlkampf soll die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums im hellen Lichte erscheinen. Im Abgeordnetenhaus hat der Abg. Brandenburg mit Unterstützung des Zentrums eine Interpellation eingebracht, die sich auf den Bergarbeiter-Streik am Piesberge bezieht und die dabei in Frage kommenden Rechtsansprüche der Regierung feststellen will.

Der Bergarbeiter-Streik ist den Zentrumsherren eigentlich recht unbehagen. Aber die Wahlen stehen bevor und da muß man ein bißchen thun. Während der verflochtenen fünf Jahre merkte man rein gar nichts von der Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumspartei im Abgeordnetenhaus. Wir glauben nicht, daß durch diese Interpellation der Eindruck über die sozialpolitische Gleichgültigkeit der Merkmalen im Abgeordnetenhaus beseitigt werden kann.

**Für Wahrheit, Freiheit und Recht!**  
Einem Zentrumorgan, der „Gelsenkirchener Zeitung“, entnehmen wir eine Schilderung der Agitation unserer Parteigenossen in diesem Wahlkreise, die recht die Wuth des Gegners erkennen läßt, aber auch für seine saubere Kampfweise, die er unter der Devise für Wahrheit, Freiheit und Recht läßt, eine treffliche Illustration bietet. Es heißt da:

Sozialdemokratische Kraftberaubung. Den sozialdemokratischen Säulen scheint in den Städten der Hafer ausgegangen zu sein. Man treibt die mageren Klapper aufs Land, damit sie in der Frühlingssonne und auf den frischen Triften wieder ein wenig zu Ansehen kommen. Am Sonntag vertheilten ein paar „Genossen“, die der Sprache nach aus dem Kachener Revier waren, hier und, wie wir hören, noch an einigen anderen Stellen Fettel des bekannten Inhalts, die mit dem Schlagwort endigten: „Wählt einen Sozialdemokraten“. Wir können den Herren „Genossen“ nur den guten Rath geben, ihr bißchen Kraft nicht unnütz zu vergeuden. Hier laßt man mit der sozialdemokratischen Weisheit keinen Hund hinter dem Ofen weg. Unsere Landleute wissen viel zu gut, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen haben. Sollten die Volksbeglucker aber noch einmal Lust verspüren, zurückzulehren, so rathen wir ihnen, sich den Mühen gehörig zu waffnen. Verschiedene unserer wackeren Bauern sollen sich nämlich darauf freuen, den rothen Säulen bei einer etwaigen Rückkehr mit „langem Hafer“ aufzuwarten.

**Noch ein Parteilein.**  
Die Zeit des Wahlkampfes bietet Gelegenheit, auf Sonderbestrebungen, die mit der Politik bloß einen ganz entfernten Zusammenhang haben, die Aufmerksamkeit zu lenken. Dies geschieht nun auch von den Alkoholgegnern.

In Schleswig-Holstein wird sich dem „Berl. Tagebl.“ zufolge eine „neue Partei“ an der bevorstehenden Reichstagswahl betheiligen. Die im nördlichen Theile der Provinz stark vertretenen Alkoholgegner, die sogenannten Guttenplur, haben im ersten Wahlkreise den Hofbesitzer Schulz-Kaböl als Reichstags-Kandidaten aufgestellt.

**Der Prinz als Volksvertreter.**  
Der jüngste Sohn des derzeitigen Reichskanzlers, Prinz Alexander Hohenlohe-Schillingsfürst, der im Jahre 1898 vom uninteressantesten Kreise Hagenau-Weichenburg mittels aller nur denkbaren Machinationen — Eingreifen des gesamten Verwaltungsapparates in die Agitation, offiziellen Aufmarsch der Kriegerveterane im Wahlkampf, unentgeltliche Vertheilung von Laubfrucht aus den Staatsforsten an die „guten Gemüthen“ Gemeinden etc. — mit überwältigender Mehrheit in den Reichstag gewählt worden war, hat sich diesmal wiederum um das Mandat beworben. Außer der Sozialdemokratie, deren Kandidat im Kreise Hohenlohe-Schillingsfürst in Schillingsfürst, er fand dem Prinzen bisher noch kein Nebenwerber, weil die bürgerliche Opposition befürchtet, durch die Bekämpfung der prinzipialen Kandidatur in Strahburg und Berlin unangenehm anzusehen. Als Prinz Alexander, der bisher als Legationsrath in Berlin weilte, vor einigen Tagen nun zum Bezirkspräsidenten des Oberelbsah ernannt und damit mit dem Amte eines der höchsten Verwaltungsbeamten des Landes betraut wurde, erwartete man allgemein seinen Rücktritt von der Hagenauer Kandidatur; der „Elässer“, das Organ der unter-schlesischen Merkmalen, die durch die prinzipiale Kandidatur und den Mangel an Leuten, die sich ihr im Wahlkampf entgegenstellen den Wuth befehen, in eine gewisse Verlegenheit gerathen waren, hatte dieser Vermuthung auch öffentlich Ausdruck verliehen. Jetzt bezieht sich die offiziöse „Strahburger Post“, das Merkmal Blatt eines besseren zu belehren, indem sie jene Redung von dem Rücktritt des Prinzen dementirt und hinzusetzt, sie sei wohl aus „ziemlich trüber Quelle“ geschöpft. Daraus bemerkt der „Elässer“ sehr treffend: Diese „ziemlich trübe Quelle“ ist keine andere als unser Unterthanenverstand. Wir halten es für selbstverständlich, daß nach den schlimmen Erfahrungen, die mit Westfalen-Kandidaturen schon gemacht wurden, man es endlich unterlassen würde, das Rechtsbewußtsein des Volkes weiter herauszufordern. Nach unserem Ermessen kann man nicht zugleich Bezirkspräsident des Oberelbsah und Vertreter des Volkes im Kreise Hagenau sein. Es erscheint uns auch sehr eigenhümlich, wenn ein kaum ins Amt getretener Beamter, der noch dazu die gewöhnliche Vorbereitungsanstalt durchgemacht hat, schon wieder denkt, sich durch Uebernahme neuer Pflichten auf monatlang diesem Amte zu entziehen. Prinz Alexander wird wohl vorherhand genug damit zu thun haben, sich in seinem neuen Wirkungskreise einzuleben und sich die für sein Amt nötigen Geschäftskenntnisse zu erwerben. Als Legationsrath hatte er wohl nicht viel Zeit und Gelegenheit, sich mit Verwaltungsangelegenheiten zu beschäftigen. Von dem Grundsatz: „Einen Beamten wählen wie nicht!“ zu Gunsten des Prinzen Alexander abzugehen, dazu liegt keine Veranlassung vor. Nachdem Prinz Hohenlohe als Verwaltungsbeamter im höchsten Grade von der Regierung abhängig geworden ist, kann er nicht mehr der Vertreter des Volkes sein.“

**Von der Agitation.**  
Sozialdemokratische Wahlzeitungen sind in verschiedenen Wahlkreisen Sachsens anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahl herausgegeben worden. Dieselben erscheinen in zwanglosen Nummern und hie und da mit Witzchen verziert. In Orten, wo wir keine Versammlungslokale erhalten, geben die Wahlzeitungen zu vielen Tausenden gratis hinaus ins Land und propagiren die sozialdemokratischen Ideen, gleichzeitig die Wähler zur Wahl der sozialistischen Kandidaten einladend. Zur Zeit existiren folgende derartige Wahlflugblätter, deren Auflage uns nicht bekannt ist:

- „Der arme Teufel“ (1. und 2. Wahlkreis),
- „Der Wahl-Widder“ (7. Wahlkreis),
- „Der kleine Mann“ (8. Wahlkreis),
- „Der Wahl-Hiddigeigel“ (18. Wahlkreis),
- „Der Erzgebirger“ (19. Wahlkreis),
- „Der Vogtländer“ (13. Wahlkreis).

Wie wir hören, soll sich diesen sechs demnächst noch eine siebente Wahlzeitung anreihen und zwar für den 10. Wahlkreis, betitelt: „Die Wahlfadel“.

Am Dienstag sprach Bebel in Frankfurt a. M. Ueber den Wunsch der Versammlung schreibt unser Frankfurter Parteiblatt: „Leider war es dank der Intoleranz unserer Gegner nicht möglich, einen der größeren Säle hier zu bekommen, so daß wir uns mit dem verhältnismäßig kleinen Merian-Saale begnügen mußten. Schon um 5 Uhr strömten die Leute dahin, um beim Öffnen des Saales gleich einen ordentlichen Platz zu bekommen. Als um 6 Uhr der Saal geöffnet wurde, dauerte es gar nicht lange, so

war er gefüllt und viele, viele Hunderte Personen mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz fanden. Sie begnügten sich damit, auf dem Meriansplatz stehen zu bleiben, bis Bebel erschien, dem sie eine stürmische Ovation brachten. Inzwischen herrschte im Saale eine drangvoll fürchterliche Enge. Das letzte Plätzchen im Saale war mit Menschen besetzt und sogar vor und in den Fenstern hatten sich die Leute postirt. Aber trotz alledem herrschte eine muster-gültige Ordnung. Als Bebel den Saal betrat, wurde er mit einem begeisterten Hoch empfangen.“

In Saarbücken ist es endlich unseren Parteigenossen gelungen, einen Saal zu erhalten, in welchem sie umgeben ihre Versammlungen abhalten können. Am vergangenen Sonntag nahmen an der ersten in dem Lokal eindrucksvollen Versammlung 100 Personen theil, von denen sich 57 in den neugegründeten Wahlverein aufnehmen ließen. Das Referat des Genossen Emmel fand unter den Versammlungsbesuchern eine sehr günstige Aufnahme.)

**Reichstags-Kandidaturen.**  
Aufgestellt wurden in Breslau-Land von den Konservativen Lindburg-Strom; vom Zentrum Knob; in Bochum-Gelsenkirchener vom Zentrum der bisherige Vertreter Fuchs; in Arefeld vom Zentrum Dr. Böhmer; in Heiligenstadt-Worbis vom Zentrum von Stroutbet; in Dresden-Kaustadt von den Antisemiten Dr. Rabenberg, Garthoff ist von der Kandidatur zurückgetreten; im Wahlkreis Tharandt von den Antisemiten Keller; in Chemnitz von den Nationalliberalen und Konservativen Justizrath Czarnack; in Regensburg von den Nationalliberalen Justizrath Verhöf; in Karlsruhe von Nationalliberalen Ministerialrath Dr. Krems, vom Zentrum Landtags-Abgeordneter Schäfer.

Die freisinnige Volkspartei hat in 113 Wahlkreisen Kandidaturen aufgestellt.

In 240 Wahlkreisen sind nach Angabe der „Deutschen Tagesztg.“ Kandidaturen aufgestellt, die entweder die Forderungen des Bundes der Landwirthe vollkommen anerkennen, oder doch so be-friedigende Erklärungen abgegeben haben, daß die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirthe sich für die Unterstützung der Kandidatur ausgesprochen haben.

Szumala, der bekannte Zentrumsmann, ist in Oppeln aufgestellt und hat damit die Kandidatur des bisherigen Vertreters, des Herrn Wolny, beseitigt, dem es nicht vergessen worden war, daß er durch seine Abstimmung für die Militärvorlage einen großen Wortbruch begangen und sich im übrigen um sein Mandat nicht gekümmert hatte. Damit ist ferner die Ernennung eines neuen Kandidaten für Preußen-Tarnowitz nötig geworden. Die Polen wünschen hier einen „Arbeiter“, wahrscheinlich besonders deshalb, weil unser Kandidat als früherer Berg- und Hüttenarbeiter bei den Arbeitern viel Anhang finden wird. In Reize haben die Agrarier beschlossen, in dem Bauerngutsbesitzer Hans Veler aus Gr.-Kundorf einen eigenen Kandidaten aufzustellen, da der Zentrumskandidat Horn es ablehnte, sich mit Haut und Haaren den Bündlern zu verschreiben. In Falkenberg-Grottkau dagegen wird der agrarierfreundliche Zentrumskandidat Gubrich die Unterstützung der Konservativen und Bündler erhalten.

In Aischersleben hat nunmehr die freisinnige Volkspartei in der Person des Herrn Saalwächter eine eigene Kandidatur aufgestellt. Außerdem betreiben sich um das Mandat Blade, national-liberaler Wismath; Bindewald, Antisemit, und von unserer Partei Schmidt.

Im Wahlkreise Gätrow-Ribniz haben die Konservativen vor dem Bunde der Landwirthe kapitulirt. Sie hatten zuerst Oberregierungsrath von Dergen als Reichstagskandidaten aufgestellt. Diergen stellte der Bund der Landwirthe in Herrn v. Treuenfels-Klenz eine Sonderkandidatur entgegen. Darauf hat Herr v. Dergen zu Gunsten des bündlerischen Kandidaten auf seine Aufstellung verzichtet.

In Mannheim hat der Bund der Landwirthe beschlossen, nicht die Kandidatur des Nationalliberalen Bassermann zu unterstützen, sondern die des Antisemiten Köster. Trotzdem Herr Bassermann den Sammelauftritt untergraben hat, findet er also keine Gnade vor den Augen der Bündler.

Von den 48 bayerischen Reichstags-Abgeordneten sind nicht weniger als 18 vollkommen mandatslos, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden in den nächsten Tagen noch einige weitere mandatslos Abgeordnete hinzukommen. Von den 18 ausscheidenden Abgeordneten gehören 10 dem Zentrum an, nämlich Steininger (Oberbayern), Leonhard (Niederbayern), Perzer (Oberpfalz), Wenzel (Oberfranken), Ed (Unterfranken), Rehler (Unterfranken), Deuringer (Schwaben), Wildegger (Schwaben), Weber (Oberbayern) und Burger (Unterfranken); 7 gehören der nationalliberalen Partei, das sind die 6 pfälzischen Abgeordneten Dr. Glenn, Dr. Wirtkin, Beckmings, Adl, Schmitt und Brand, sowie der Abgeordnete für Bayern, Bayerlein, und einer dem Bauernbunde, nämlich Bruchmaier (Straubing). Von den bisherigen Vertretern haben 23 eine Wiederannahme der Kandidatur und der eventuellen Wahl zugeagt. Von acht Abgeordneten ist bisher noch kein definitiver Entschluß bekannt geworden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute in zweiter Berathung den Gesetzentwurf betr. das Auerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen, Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr bis einschließl. des § 23. Die meisten Abänderungsanträge wurden nach unerheblicher Debatte abgelehnt. Zur Annahme gelangte nur ein Antrag Camp (H.) zu § 9, wonach dem Beschluß der Auerbenguts-Kommission eine Begründung beizugeben ist und wonach die Berufung gegen den Beschluß der Auerbenguts-Kommission an eine bei der Generalkommission in Münster zu bildende Auerbentommission zu erfolgen hat; ferner wurde ein Antrag Camp zu § 12 angenommen, wonach der Eintritt des Auerbenguts für den einzelnen Erbfall außer in der Form einer letztwilligen Verfügung durch eine öffentlich beglaubigte Erklärung des Eigentümers ausgeschlossen werden kann, die auf Verlangen der Beteiligten bei den Grundakten zu verwahren ist. Schließlich wurden unter die Amtsgerichts-Bezirke, bei denen die Eintragung und die Löschung der Auerbenguts-Eigenschaft auf Antrag derjenigen erfolgt, welche über das Landgut letztwillig verfügen können, auch die Bezirke Altena und Herforn aufgenommen.

Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Die Nordkultur hat es wahrhaftig weit gebracht — so weit, daß, wenn nicht bald Einhalt getan wird, die Nordkultur schließlich zum Kulturmord führt. In unserer gestrigen Mittheilungen über die Hungerevoluten in Italien und deren Behandlung mit Pulver und Blei befindet sich eine Stelle, die, bei dem gewaltigen Andrang des Stoffes, von diesem und jenem Leser vielleicht übersehen worden ist. Wir wiederholen die Stelle deshalb. Sie betrifft die „Wunder“ der neuen Gewehre nach dem Zeugnis der Ärzte, welche die in Mailand Verwundeten behandelten, und lautet:

Die Wirkung des neuen Repetiergewehres ist furchtbar; das lange, dünne, aus mehreren Theilen bestehende Geschöß durchschlägt wohl die Muskeln, zer-pflückt aber und wirkt wie ein Sprenggeschöß, sobald es auf Knochen trifft. Deshalb sind fast alle Verwundungen tödtlich. Amputationen sind fast niemals räthlich und unnütz. Sobald die Kugel den Kopf trifft, wird die ganze Schädeldecke abgehoben, als ob die Kugel im Kopfe explodirt wäre.



Und mit diesem Gewehr sind jetzt in Europa zehn Millionen Menschen bewaffnet, die, wenn es zu dem von der europäischen Diplomatie und Staatsmannszunft seit Jahrzehnten theils bewußt theils unbewußt vorbereiteten Weltkriege kommt, auf einander loszuschleusen, und an sich die „Wunder“ der modernen Nordkultur erproben müssen.

Man kann sich das entsetzliche Gemetzel gar nicht vorstellen.

Werden die Völker nicht endlich Einspruch dagegen erheben, daß man sie zu solchen Greueln und Barbareien gebraucht?

So lange das heutige System mit seinem Militarismus besteht, hängt die Gefahr einer solchen gigantischen Waffenschlächtereier fortwährend über unserem Haupte. Mit diesem System muß gebrochen und aufgeräumt werden.

Und der 16. Juni bietet die Gelegenheit zu einem Kräftigen, zu einem entscheidenden Schlag gegen dieses System, dem einerseits der Großkornwucher, andererseits die Nordkultur entspringt.

Die Lösung sei drum am 16. Juni:

Nieder mit dem Großkornwucher!

Nieder mit der Nordkultur!

Die Hungernöthpreise halten an, wenn auch aus Amerika ein kleiner Rückgang der Preise gemeldet wird. Einzelne Unternehmer erhöhen aus freien Stücken die Löhne und bringen damit den besten Beweis für die schwere Nothlage des Volkes. So wird aus Neustadt in der Pfalz geschrieben:

Den Arbeitern der Altkleidererei wurde bei der Lohnauszahlung am Sonntag die Ueberzahlung zu theil, daß denselben mit dem ausdrücklichen Vermerk: „für Brotaufschlag“ 50 Pf. Wochenlohn mehr ausbezahlt wurden.

Aus Lemberg wird der „R. Fr. Pr.“ geschrieben:

Wegen der Brothvertheuerung kam es am 10. d. M. auf dem Strzeleckaplatz zu einer Demonstration. Beschäftigungslose Holzhauser und Arbeiter stürzten sich auf die Brothbuden und versuchten, die Brothvorräthe zu plündern. Zwischen einem Sicherheitswachmann und den Erregten entstand ein Handgemenge, in welchem einer derselben, Valentin Hengel, durch Säbelhiebe an den Händen und am Kopfe Verletzungen erlitt. Der Säbelführer wurde verhaftet, entkam aber wieder mit Hilfe seiner Genossen. Die Sicherheitswache wurde mit Steinen beworfen. Die Polizeiorgane nahmen die Verhaftung von sechs Individuen vor.

Hast gleichzeitig begab sich eine Abordnung von Arbeitern und Arbeiterinnen in das Magistrats-Präsidium, um den Vizebürgermeister Schager die Nothlage des Arbeiterstandes darzustellen. Da auf dem Strzeleckaplatz und auf dem Krallauer Platz die Ansammlungen immer größer wurden, forderte der sozialistische Reichstags-Abgeordnete Kozalnikow die Arbeiter auf, ruhig auseinanderzugehen, da wegen der Lebensmittel-Vertheuerung eine Versammlung einberufen werden soll.

In der nächsten Sitzung des hiesigen Gemeinderaths wird der Referent der Kommission, welche sich mit der Frage einer ungewöhnlichen Brothvertheuerung befaßt, den Antrag einbringen, der Magistrat solle in eigener Regie die Brothbäckerei übernehmen, täglich zweitausend Loth Brot zum Kostenpreis verlaufen und mehrere hundert Loth Brot unentgeltlich an die ärmere und mittellose Bevölkerungsklasse der Stadt vertheilen. Die „Gazeta Narodowa“ bemerkt, diese minimale Hilfsaktion stehe in gar keinem Verhältnis zu dem hier herrschenden Nothstande.

### Deutsches Reich.

**Gegen die großen Waarenhäuser.** Die Konferenz, welche der Finanzminister zur Erörterung einer schärferen Besteuerung der Waarenhäuser in Aussicht gestellt hat, wird am 18. Mai im Finanzministerium stattfinden. Außer hiesigen und auswärtigen Kommunalbeamten werden gewerbliche Sachverständige, die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind, an der Konferenz teilnehmen. Obgleich die Ansichten über die anzubahrende Richtung einer Reform der Gewerbesteuer noch weit auseinander gehen und man noch darüber streitet, ob eine allgemeine oder eine speziell für die Großbazar bestimmte Umsatzsteuer oder aber eine Branchensteuer nach Art des französischen Gewerbesteuerpatents vorzuziehen ist, dürfte eine Einigkeit über den vom Bund der Handel- und Gewerbetreibenden vertretenen prinzipiellen Standpunkt der Entlastung des Kleingewerbes erzielt werden. Auch die Fragen der Konsumvereine, der Rabattsparvereine etc. und deren Wirkungen auf das Kleingewerbe werden voraussichtlich zur Erörterung kommen.

So weit eine hiesige Korrespondenz. Wir sind überzeugt, daß keines dieser Mittel den kleinen und Zwerg-Detailshandel von der übermächtigen Konkurrenz des Großbetriebes im Detailhandel befreien kann. Herr v. Mikulic dürfte sich auch über die Wirkung dieser Konferenz auf den Ausgang der Wahlen täuschen!

**Staatsbürgerliche Rechte in Preußen.** Nach der „Saale-Zeitung“ wurde der Fregelbesitzer Sonnemann-Ammendorf, der nachweislich eine Wiese hergegeben hatte, auf der die sozialdemokratische Blaufelder stattfand, vom Landrath von Werder vom Amte eines Gemeindefürsors suspendirt.

Die Unabhängigkeit der preussischen Selbstverwaltung kann nicht fester illustriert werden, als durch solche Suspensionen vom Amte durch die allgewaltigen Landräthe.

**Wie die Agrarier Geld zu nehmen verstehen,** das geht aus einer Resolution hervor, die der Verein Berliner Milchpächter in seiner letzten Sitzung angenommen hat. Es handelt sich dabei um den früher schon im „Vorwärts“ besprochenen, nur im agrarischen Deutschland möglichen Fall, daß Berliner Gewerbetreibende bei Uebertragungen des Nahrungsmittel-Gewerbes ihre Strafen an die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg zahlen müssen, weil diese — trotzdem sie in Berlin garnirt zu sein ist — hier in Moabit ein kleines aus einem Zimmer bestehendes „chemisches Laboratorium“ unterhält. Die für die bei uns herrschenden Zustände sehr bezeichnende Resolution der Berliner Milchpächter lautet folgendermaßen:

„Die heutige Veranlassung erhebt hiermit eindringlich Widerspruch dagegen, daß fortgesetzt Berliner Gewerbetreibenden, darunter auch Mitglieder des Vereins, aufgegeben wird, Strafen an die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg zu bezahlen, obwohl ohne jede Widerlegung von maßgebender Seite festgestellt worden ist, daß die Unterhaltung eines chemischen Laboratoriums in Berlin seitens der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer in keiner Weise eine solche Besteuerung der Berliner Bürger zu Gunsten der Landwirtschaftskammer rechtfertigt, die Stadt Berlin der Zustandigkeit dieser Landwirtschaftskammer garnirt untersteht, das bezeichnete Laboratorium auch nichts zur Unterhaltung der Berliner Gewerbetreibenden beiträgt und die Untersuchungsmethoden genannten Laboratoriums, speziell in Bezug auf Milch, ernten Bedenken seitens kompetenter Autoritäten begegnet sind, das königliche Polizeipräsidium übrigens auch die Erhebung dieses Laboratoriums zur öffentlichen Untersuchungsstelle für Berlin abgelehnt hat.“

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg hat mit der Ausführung des Nahrungsmittel-Gewerbes nicht das mindeste zu thun, die in ihrem Laboratorium angestellten Untersuchungen haben nach keiner Seite hin irgend welche autoritative Bedeutung, — dennoch aber stützen ihr nach wie vor die Strafgerichte, trotzdem auf den Mißstand schon vor Jahresfrist öffentlich hingewiesen worden ist. Das ist ebenso bezeichnend für unsere politischen Zustände, wie für die Fähigkeit der Agrarier, andere Leute zu Gunsten der „nothleidenden Landwirtschaft“ zu bestechen.

**Knechte — oder freie Arbeiter.** In dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen wird am 11. Mai der Geschäftsführer Dr. Baumert einen Vortrag

über das Wirtschaftsjahr 1897, der einige recht interessante Auslassungen in wirtschaftspolitischer Beziehung sowie über die rechtlichen und sozialpolitischen Ansprüche der Arbeiterklasse enthält.

Der Redner hob hervor, daß die Neugegestaltung unserer handelspolitischen Verhältnisse überhaupt nur auf dem bewährten Boden des Schutzes der nationalen Arbeit, und eben deshalb nur Hand in Hand mit der Landwirtschaft sich vollziehen können. Den gemeinsamen Feind bilde dabei der Freihandel um jeden Preis, der zwar durch Bismarck's Politik des Schutzes der nationalen Arbeit gründlich abgefehrt sei, der aber doch immer wieder seine Forderungen erhebe.

Weiterhin behandelte Redner das sozialpolitische Gebiet, indem er in den Vordergrund seiner Betrachtung die Rede des Grafen v. Posadowski vom 13. Dezember 1897 rückt, in welcher dieser Staatsminister mit Recht erklärt habe, daß der Schwerpunkt aller sozialpolitischen Maßregeln in der Vertiefung und Ausdehnung der bestehenden sozialpolitischen Befehle liegen müsse, nicht aber in einem Uebermaß polizeilicher Verordnungen, welche anfangen, dem deutschen Volke auf die Kerben zu fallen. Das sei derselbe Standpunkt, den der wirtschaftliche Verein seit jeder Vertretung hat, und daß ihn nimmere die Staatsregierung als getreue, erscheine um so erkennbarer, als von vielen Seiten durch jahrelanges Kofettiren und Liebäugeln mit der Sozialdemokratie und ihren „sozialen“ Freunden genug Unheil in unseren Erwerbsebenen gestiftet worden sei, das nur schwer wieder gut zu machen sein werde. Auf das Gebiet der Arbeitsverhältnisse übergehend, legt der Redner dar, daß es sich bei denselben vielfach nicht mehr um die Lohnfrage, sondern vielmehr um die Frage handle: „Wer soll Herr im Hause sein, der Arbeitgeber oder der Arbeiter?“ Es sei erwerblich, zu sehen, daß die Staatsregierung diese Frage ebenfalls in dem Sinne beantwortet, der nicht nur der einzig auf die Dauer mögliche, sondern namentlich auch im Interesse der Arbeiter der einzig richtige sei: Ohne Unterordnung, ohne Gehorsam, ohne Disziplin könne man in industriellen Betrieben auf die Dauer ebenso wenig auskommen, wie in der Armee, im Beamtenhum u. s. w. Daß des Arbeiters „Gleichberechtigung“ im bürgerlichen Leben mit jener notwendigen Unterordnung nichts zu thun habe, brauche nicht erst hervorgehoben zu werden. Mit Recht haben die Behörden auch im Osnaabrücker Bergarbeiter-Ausstand ihre Vermittelung abgelehnt. Die Behörden würden in die bedenklichste Situation kommen, wenn sie in einen Kampf vermittelnd eingreifen wollten, der von einer Seite in frivoler Weise begangen, von der anderen Seite selbstständig mit fester Hand ausgekämpft werden müsse und ausgekämpft werde. In einem solchen Kampf können Vermittelungen, und wenn sie noch so gut gemeint sind, nur Verwirrung anrichten. Was das Erwerbsebenen von den Behörden erwarte und erwarten müsse, ist der Schutz der arbeitswilligen Elemente; mehr brauchen die Werksleiter und Werksseigner nicht; alles andere kann man ruhig ihrer eigenen Sorge und Aufsicht überlassen.

So der Geschäftsführer einer der stärksten Unternehmer-Organisationen. Was er über das Verhältnis der Industrie zu den agrarischen Forderungen sagt, wird nicht überraschen, da ja im gegenwärtigen Blahstump die nationalliberale Partei, der der Redner nahe steht, eine gleiche Taktik verfolgt.

Wichtiger ist die ganz rücksichtslos proklamirte uneheliche Herrenmoral dieser Schlotbarone. Eine Unterwürfigkeit der Arbeiter wird verlangt, wie sie nur beim Militär und in der preussischen Beamtenenschaft üblich ist, unbedingter Gehorsam, ein Beugen unter den Willen des Ausbeutens, was er auch von seinem Arbeitsschneid verlangen mag. Dagegen darf die Regierung nicht wagen, diesem brutalen Ausbeutungsdrang irgendwie Einhalt zu thun. Die Knechtung wollen die Unternehmer selbst besorgen, nur sollen ihnen, sowie sie es verlangen, die Polizeibehörden hilfreiche Hand leisten. Kann man offener die wahren Absichten der heute herrschenden Kapitalistenklasse enthüllen? Was ist ihr bürgerliche Freiheit? Das Recht des Arbeiters, sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwerben, ist ihr Aufsehen gegen die heiligen Interessen des Profits und gegen die Herrenrechte prästener und schlemmender Industriekönige. Aber noch triumphiren diese Heiden nicht über die deutsche Arbeiterklasse! Sie wird für ihre Rechte kämpfen und dem Uebermuth überträglicher Progen ein Ziel setzen.

**Braunschweig, 12. Mai.** (L. B. N.) Der Landtag lehnte einstimmig die Petition des früheren Reichstagsabgeordneten, Landgerichtsraths Ansemann, betreffend die Urlaubsverweigerung für politische und soziale Zwecke, ab.

**Stuttgart, 11. Mai.** Kammer der Abgeordneten. Bei Beratung des Zentrumsantrages betreffend Zulassung religiöser Orden, Erweiterung der bischöflichen Rechte auf den Religionsunterricht in sämmtlichen Schulen und Festlegung der konfessionellen Schule in der Verfassungsurkunde gab heute der Ministerpräsident Hr. v. Rittsch in Namen der Regierung eine Erklärung ab. Danach lehnt die Regierung die verlangte grundsätzliche Aenderung des Verhältnisses des Staates zur Schule ab. Nirgends in Deutschland sei den Kirchen ein solches Recht über die Schule, wie das Zentrum es verlange, eingeräumt. Ein thatsächlicher Anlaß hierzu liege nicht vor, da die Regierung stets die kirchlichen Interessen gewahrt habe. Niemals sei latholischerseits eine Beschwerde über die Handhabung des staatlichen Oberaufsichtswortes erhoben worden. Wollte die Regierung auf das Genehmigungsrecht für die Orden verzichten, so würde sie sich in Widerspruch legen mit den Wünschen und Forderungen der großen Mehrheit der Staatsangehörigen sowie mit der kirchenpolitischen Grundanschauung, auf welcher das Gesetz von 1862 beruht. Da weiter Barmen, die geistliche Schulaufsicht sowie die Konfessionsschule bestreite, so bestreite nicht, daselbst nochmals vorzuschreiben. Die Aufnahme in die Verfassung sei ungeeignet, weil darin eine weitgehende Beschränkung der künftigen Gesetzgebung liegen würde. Der Gesetzesentwurf sei somit unannehmbar.

**Darmstadt, 11. Mai.** (Frankf. N.) In der Ersten Kammer beantragte die Herren Michel und Wuders in Sachen der Fabrik-Aufsicht die Regierung zu ersuchen, a) das Großherzogthum in vier Inspektionsbezirke einzutheilen und zwar 1. Bezirk Starkenburg ohne den Kreis Offenbach mit dem Sitz in Darmstadt (ein Gewerbe-Inspektor und ein Assistent), 2. Bezirk Kreis Offenbach mit dem Sitz in Offenbach (ein Gewerbe-Inspektor und ein Assistent), 3. Bezirk Rheinhessen mit dem Sitz in Mainz (ein Gewerbe-Inspektor, eine Assistentin), 4. Bezirk Oberhessen mit dem Sitz in Siechen (ein Gewerbe-Inspektor). Die Assistentinnen der Bezirke 2 und 3 sollen zu den Inspektionen in den Bezirken 1 und 4 herangezogen werden. b) Die Inspektoren sollen zu unmittelbarem Vortrag über wichtige Fragen der Fabrik-Aufsicht im Ministerium zugelassen werden. Die Ausgaben hierfür sind auf 85 000 M. veranschlagt. Die Zweite Kammer hatte zu demselben Zwecke 29 250 M. bewilligt.

**Aus Elsaß-Lothringen, 9. Mai.** (Fig. Ver.) Daß das System des „bewaffneten Friedens“ dem Volke nicht bloß ungeheure Steuerlasten auferlegt, sondern auch noch schwere wirtschaftliche Opfer anderer Art von ihm fordert, dafür ein folgendes ein neues Beispiel. In der Zeit vom Spätherbst 1896 bis dahin 1897 fanden in der Gegend der lothringischen Verfassung Elsaß größere militärische Schaarschießungen für die Infanterie statt, welche die Einwohnerschaft der am meisten betroffenen Gemeinde Haspelscheid zu eingehender Beschwerdeführung an den Landesaus-schuss veranlaßten. In der betreffenden Eingabe wird ausgeführt, daß anlässlich dieser Uebungen im Zeitraum von noch nicht einem Jahre an neunzig Tagen das gefährdete Gelände und die dasselbe durchziehenden Strahlen militärisch abgesperrt waren, so daß an diesen Tagen Menschen und Arbeitsthiere unbeschäftigt bleiben mußten. Hierdurch sei den Weidwägern ein großer Schaden erwachsen. Die auf Grund des Naturalleistungsgesetzes gebildete Kommission habe diesen Schaden abgeschätzt und den Ge-

schädigten eine wenn auch mäßige Entschädigung zugebilligt. Seitens der Militärverwaltung sei jedoch im Gegentheil zur Stellung, welche dieselbe gegenüber gleichen Forderungen im Vorjahr eingenommen habe, die Auszahlung der fraglichen Entschädigungen abgelehnt worden. In der ersten Kommission des Landesaus-schusses, wo die Angelegenheit kürzlich zur Erörterung kam, wurde hervorgehoben, daß die Zustände gerade in der armen Gemeinde Haspelscheid nahezu unhaltbar, die Lage der Einwohnerschaft infolge der erwähnten militärischen Maßnahmen eine untragliche geworden sei. Wenn die Regierung die betroffene Gegend nicht gegen die übermäßige Inanspruchnahme durch militärische Uebungen zu schützen vermöge, so müsse sie wenigstens dahin wirken, daß die Beschädigten voll entschädigt würden. Der Vertreter der Regierung theilte mit, daß nach dem Ergebnisse einer in der geschädigten Gemeinde vorgenommenen amtlichen Erhebung die Angaben in der Beschwerdeführung sich als zutreffend erwiesen, daß das Kriegsministerium aber eine Verpflichtung des Reiches zu Entschädigungen für Verhinderung an der Benutzung öffentlicher Wege und an dem Betreten von Gemeindegrenzen und Staatswaldungen in Abrede gestellt habe. Die Kommission gelangte hierauf zu dem einstimmigen Beschluß, die Petition der Regierung mit dem Ersuchen zu überweisen, beim Kriegsministerium nachdrücklich für die erbetene Entschädigung der Bewohner von Haspelscheid und Umgebung einzutreten.

Die vom Gemeinderath der Stadt Straßburg angeregte Petition an den Landesauschuss betreffend die Oeffentlichkeit der Gemeinderaths-Sitzungen ist bereits in einer Anzahl größerer Kommunalvertretungen des Landes zur Verhandlung gekommen. Bis jetzt hat sich nur der Gemeinderath von Mülhausen gegen die Tendenz der Straßburger Petition ausgesprochen, und zwar unter Führung der Liberalen, während alle übrigen Gemeindevertretungen (Marck, Reß, Saargemünd, Volcken etc.) zum Theil für die Oeffentlichkeit eingetreten sind.

**Straßburg i. E., 10. Mai.** (Fig. Ver.) Die Kommission des Landesauschusses, an welche der Entwurf eines Preßgesetzes für Elsaß-Lothringen verwiesen wurde, hat, wie seinerzeit mitgeteilt, diejenigen Bestimmungen für unannehmbar erklärt, nach welchen die in französischer Sprache geschriebenen Zeitungen des Landes mit den ausländischen gleichgestellt werden, insofern dem Ministerium die Befugniß erteilt wird, sie unter bestimmten Voraussetzungen zu unterbinden. Die Regierung erklärte anfänglich, auf die ihr hiedurch verliehenen Nachmittel aus Gründen staatspolizeilicher Natur nicht verzichten zu können, sobald das Zustandekommen des neuen Preßgesetzes ernstlich gefährdet war. Jetzt ver-lautet, die Regierung habe nachträglich die Bedenken des Landesauschusses bezw. seiner Kommission gegen jene Ausnahmestellung der französischen und gemischtsprachigen Presse des Landes als berechtigt anerkannt und sei bereit, auf die erwähnten außerordentlichen Befugnisse zu verzichten. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so wäre allerdings das größte Hinderniß beseitigt, welches der Annahme der Vorlage durch den Landesauschuss bisher im Wege stand. An und für sich hätte aber der Entwurf unseres Erachtens dadurch wenig gewonnen. Denn von weit größerer praktischer Tragweite, als die oben genannte, von der Kommission bekämpfte Ausnahmebestimmung sind die Vorbehalte der Vorlage hinsichtlich der Kauionspflicht der reichsständischen Presse, durch welche der Regierung die Mittel an die Hand gegeben werden, durch Untergrabung der materiellen Existenzfähigkeit der ihr unangenehmen Preßorgane das zu erreichen, wozu die Anwendung des Diktaturparagraphe nicht immer opportun erscheinen mag. Werden also die Kauionsbestimmungen des Entwurfes aufrecht erhalten und bleiben insbesondere die außerordentlichen Gewalt des Diktaturparagraphe bestehen, mittels deren der Statthalter das weitere Erscheinen einer Zeitung jederzeit auf administrativem Wege verhindern kann, so müssen wir dem Entwurf auch in seiner neuen Gestalt jede Bedeutung im Sinne einer durchgreifenden Besserung der unbilligen Preßverhältnisse des Landes abprechen und sind der Ansicht, daß der Landesauschuss dem Lande den größten Dienst erweisen würde, wenn er auf seinem Widerstand gegen die gezeigten Bestimmungen der Vorlage beharrt, bis die Regierung sich gezwungen sieht, durch die bedingungslose Ausdehnung der Geltung des Reichs-Preßgesetzes auf Elsaß-Lothringen den berechtigten Wünschen der reichsständischen Bevölkerung in vollem Umfange zu entsprechen.

Der in Reß erscheinende „Lorraine“ behauptet, von gut informirter Seite erfahren zu haben, daß die Meldung des Leipziger Tageblatts, der wegen Spionageverdachts verhaftete Lefort aus Rezerienles sei außer Verfolgung gesetzt worden, den Thatsachen nicht entspreche.

**Vom Togoland.** Die Meldung der Londoner „Daily Mail“, daß Salaga im Hinterland von Togo von England an Deutschland überlassen worden sei, erweist sich als falsch. Die Nachricht ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß ein Theil der englischen Truppen, die trotz der Neutralitätserklärung des Gebietes von Salaga diesen Ort besetzt hatten, zurückgerufen wurden und nun an der Küste eingetroffen sind.

### Oesterreich-Ungarn.

**Budapest, 12. Mai.** Im Budget-Ausschuss der Delegationen des Reichsraths entwickelte der Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski folgendes Ergebnis: Die Lage im Orient ist seit den letzten Delegationen keine wesentliche Aenderung auf. Dank der von Frankreich, England und Rußland garantierten gleichschenkeligen Kriegsschuldensanleihe kann nimmere die Ausführung des türkisch-griechischen Friedensvertrages anstandslos und wird hoffentlich ohne weitere Verzögerung erfolgen. Weniger erheblich sind die Fortschritte in der letzten Frage, in welcher sich Oesterreich-Ungarn fortan auf die Teilnahme an den diesbezüglichen Verhandlungen des europäischen Konzerts beschränken will. Der Grund dieses Entschlusses hat die von mehreren Seiten bekräftigte Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den Gouverneurposten, wogegen Oesterreich-Ungarn ernstlich erwogene Bedenken nicht unterdrücken konnte. Oesterreich-Ungarn müßte die Mitverantwortung und weitere materielle Opfer für die geplante Lösung ablehnen. Hinsichtlich der Beziehungen zu allen Mächten verweist der Minister auf die kaiserlichen Ansprachen an die Delegationen, indem er hinzufügt, dieselben bewahrt jenen erhellenden Charakter, den er in seinen vorjährigen Ausführungen kennzeichnete. Das gelte ebenso von dem Dreibunde, der in seiner unerschütterlichen Festigkeit fortbesteht und beständig demüthigt sei, seiner Aufgabe gerecht zu werden, als von dem Verhältnis zu den übrigen bedeutenden Mächten und speziell zu Rußland, mit dem Oesterreich-Ungarn, anfangend die Aufrechterhaltung der gemeinsamen aufgestellten Grundprinzipien für die Orientalistik in enger Fühlung verblieb. Denn wenn es auch kaum einem Zweifel unterliegt, daß wir und auch Rußland stärker als andere Mächte an den Zuständen im europäischen Orient interessiert sind, kann doch nicht übersehen werden, daß unsere Monarchie als unmittelbarer Nachbar des Balkangebietes gewungen ist, die dortigen Verhältnisse mit besonderer noch intensiverer Wachsamkeit als Rußland wahrzunehmen und sich doppelte Vorsicht in der Behandlung der einschlägigen Fragen aufzuerlegen.

### Frankreich.

**Jaurès,** zu dessen Gunsten einer der Pariser sozialistischen Kandidaten zurücktreten wollte, hat die Kandidatur abgelehnt. Er will die unfreiwillige Pause, die das allgemeine Stimmrecht in seiner parlamentarischen Arbeit gemacht hat, zur Sammlung und Vorbereitung für weitere politische Arbeit benutzen.

### Spanien.

Die Deputirtenkammer nahm die Gesetzesvorlage, welche die Zollfrage auf Baumwolle aufhebt, an und stimmte der Vorlage zu, welche fremden Schiffen in betreff der Balle dieselben Vorteile wie spanischen Schiffen für aus den Kolonien eingeführte Waaren zugeht.



## Türkei.

**Konstantinopel, 11. Mai.** Die ausländischen Delegierten für die Räumung Thessaliens sind abgereist. Elf Schiffe der Russisch-Gesellschaft sind zum Transport der türkischen Truppen nach Volo entsendet worden. —

## Asien.

**Peking, 11. Mai.** Der russische Konsul in Peking theilte seinen Kollegen amlich mit, daß keinem Fremden erlaubt werde, die Häfen von Port Arthur und Lialinwan zu betreten, ohne einen von ihm, dem russischen Konsul, visirten Paß. Die Fremden und die Chinesen beklagen sich bitter hierüber, umso mehr als das Kung-li-Hamen die Beamten dahin instruiert hat, daß für diese beiden Häfen dasselbe gelte wie für die Vertragshäfen. —

**Yokohama, 12. Mai.** Die Regierung wird wahrscheinlich eine auswärtige Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterling (über 300 Millionen Mark) aufnehmen, um einheimische Anleihen tilgen zu können. —

**Zoll Deutschland an der Opium-Vergiftung mitschuldig werden?** Das ist auch eine Frage, die die Erwerbung Mantschou's mit sich bringt. In unseren asiatischen Kolonien haben wir der Verberberung der Eingeborenen durch deutschen Kufel nichts weniger als Einhalt getan; sollen wir auch am Opium Augenblids-Gewinn erzielen und es machen wie die Engländer, deren Opiumhandel wir oft nach Gebühr gesehnt haben? Ein guter Kenner China's, J. C. Voskamp, der jetzt wieder als Abgesandter der Berliner Missionar-Gesellschaft nach Mantschou geht, schreibt zu dieser Frage: „Wenn Deutschland heute die Einfuhr des Opiums in seine Kolonie verbiete, so würde es dem Lande eine der größten Wohlthaten erweisen. Nicht nur die Dankbarkeit und das Vertrauen seiner chinesischen Unterthanen würde ihm zu theil, sondern durch ganz China würde diese Maßregel einen ungeheuren Eindruck machen und Deutschland einen Erfolg sichern, den es durch keine Waffenthat gewinnen kann.“

China stirbt und verdorrt durch das Opium. Ihm ist nicht mehr zu helfen. Wie eine Fluth, die Tod und Verderben bringt, ist das Opium bis in den letzten Winkel des gewaltigen ostasiatischen Reiches gedrungen. In der Stadt Nanking sind allein 1000 registrierte Opiumhöhlen. In fast allen Märkten und Städten giebt es mehr Opiumläden als Reisläden. In manchen Provinzen ranzen 80—90 pCt. aller Männer über 20 Jahre und 50—60 pCt. aller Frauen. Selbst Kinder haben sich an den Genuß des entsetzlichen Giftes gewöhnt. Mütter liegen auf der Matte und saugen den tödtlichen Dampf des in der Flamme des Opiumlämpchens verbrennenden Giftes ein. Findet das Kind an der weissen Brust der opiumrauchenden Mutter keine Nahrung mehr, so bläst ihm die entartete Mutter etwas Dampf in das säurende Mäulchen, damit es ruhig wird, und es wird ruhig! Vor einigen Jahren gingen als Silber für Opium aus dem Lande etwa 120 Mill. Mark. Immer mehr Opium wird im Lande angebaut, immer mehr Reisfelder verwandelt sich in Opiumfelder. Es giebt Europäer, die das Opiumrauchen entschuldigen und seine Wirkungen abzuschwächen lügen. China verarbeitest es. Es feztunter dem Namen „Opium“ eine gemeine Rede unter den Chinesen, daß das Opium „Jesusgitt“ genannt wird. Wir Missionare leiden fürchtbar darunter, daß der Opiumkrieg, der dem Lande das Gift aufzwang, aus den Missionaren die Thüren des großen Reiches öffnete. Ein hoher Beamter erklärte: „China kann nicht den ersten Schritt thun, das Opium auszurotten. Unsere Hände sind gebunden.“ Nun, Deutschland kann den ersten, großen Schritt thun.“

Wir sind überzeugt, daß Deutschland diesen Schritt nicht thun wird. Nicht um der Wohlthat der Chinesen, sondern um der Interessen des deutschen Kapitalismus und der deutschen Weltpolitik wegen ist der Zug nach China unternommen worden. —

**Bombay, 12. Mai.** In der letzten Woche kamen hier 138 Todesfälle infolge der Pest vor. Die Gesamtsterblichkeit betrug 725, d. i. 44,04 auf das Tausend. —

## Australien.

**Von einer Revolution auf Samoa** ist nach der „Post“ in Berlin an unterrichteter Stelle nichts bekannt.

## Amerika.

**Rio de Janeiro, 12. Mai.** Ein Theil der Radikalen hat den Kongress von Brasilien einen Antrag unterbreitet, wonach die Kammer ihre Sympathie für Amerika und für die Unabhängigkeit Kubas erklären soll. —

## Parlamentarisches.

**Der Bundesrath** überwies in seiner heutigen Sitzung die Vorlagen, betreffend die Ausprägung von Kronen, die weitere Umprägung von silbernen Zwanzigpfennigstücken, und die Beschlässe des Bundesauschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Eish-Lothringen, betreffend die Kapital-Steuersteuer den zuständigen Ausschüssen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Stockarbeiter!** In der Stockfabrik von Tannert und Schmidt, Alexanderstr. 9, sind die Entlassungen der Stockarbeiter zurückgenommen und sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die Agitations-Kommission der Stockarbeiter.

### Deutsches Reich.

**Lohnbewegungen der Bauhandwerker.** Zur Aussperrung der Bauhandwerker und Arbeiter in Brandenburg ist neues nicht mitzutheilen. Beide Parteien verharren auf ihrem alten Standpunkt, obgleich ein baldiger Friedensschluß im Interesse aller zu wünschen ist. Die Abreise Streikender und Ausgesperrter nimmt ihren Fortgang. Es ist aber auch nötig, daß kein Zugzug stattfindet, durch welchen der Abgang illusorisch gemacht werden würde.

In Luckenwalde wurde in einer Versammlung der streikenden Zimmerer festgestellt, daß die Unternehmer 50 Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt haben, um den Arbeitern die Erlangung von Beschäftigung an anderen Orten zu erschweren.

Der Streik der Maurer in Braunschweig dauert fort. Ausständig sind 160 Maurer, 48 reissen ab und zu den neuen Bedingungen arbeiten 69.

In Klenzburg legten am Montag die Zimmerer die Arbeit nieder. Ihre Lohnforderung beträgt 40 Pf. pro Stunde. Wie bekannt, haben dieselben vordem 45 Pf. die Stunde erhalten. Eine Entigung in dieser Sache konnte nicht herbeigeführt werden, da die Herren Zimmermeister mit der Lohnkommission gar nicht verhandeln wollten. Die Konjunktur am Orte ist für die Zimmerleute eine gute, so daß sie hoffen, ihre bescheidene Forderung durchsetzen zu können. Vier Meister haben heute bereits bewilligt.

**Grober Unfug.** Das hantschische Ober-Landesgericht hat als letzte entscheidende Instanz in seiner Urtheile wegen groben Unfugs, begangen durch Streikpostenstreichen, eine wichtige Entscheidung gefällt. Wie uns telegraphisch mitgetheilt wird, erkannte das Gericht in dem Postenschießen während des Lübecker Tischlerstreiks das Vergehen des groben Unfugs als vorliegend, weil es sich hier um ein organisiertes Unternehmen handelte, das in seiner Gesamtheit belästigend wirken mußte. Dagegen sei das Postenschießen beim Bauarbeiterstreik kein grober Unfug, weil hier kein organisiertes Unternehmen sondern ein bloßes Stehen einzelner beobachtet wurde.

**Vom Terrorismus der Unternehmer** können die Steinarbeiter des Riechgebirges, wo jetzt 450 Mann im Ausstand stehen, ein Liedchen singen. Bei dem Eisenbahnbau Hof-München wurden in Schwarzenbach Arbeiter gesucht; als sich die ausgesperrten Steinarbeiter meldeten, wurde ihnen erklärt, daß keiner der Streikenden das Recht habe, dort Arbeit zu suchen, denn es würden von diesen Leuten keine eingestellt. Genau so geht es den Steinarbeitern in Selb. Im dortigen Tageblatt wurden für die

Porzellanfabrik der Firma Philipp Rosenthal tüchtige Handlanger gesucht und verlangt auch einige Leute Arbeit. Bald aber wurden sie auf Betreiben des Unternehmers Wölfl entlassen.

**Zum Steinarbeiterstreik in Striegau i. Schl.** Nachdem bereits 6 Unternehmer eine Lohnaufbesserung von 12—15 pCt. gewährt und die Leute in diesen Betrieben die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen haben, erklären die Unternehmer der Kreise Striegau, Jauer und Volkenstein, Arbeiter aus anderen Betrieben, welche bei ihnen um Arbeit zu sprechen, nicht einzustellen. In der am 12. Mai tagenden Unternehmer-Versammlung der ergriffenen Kreise wurde von der Arbeiter-Gesellschaft folgender Antrag gestellt: Die Arbeiter obengenannter Kreise fordern einen freien Arbeitswechsel. Sollen die Unternehmer für das weitere auf dem Standpunkt beharren, Leute aus anderen Betrieben nicht einzustellen, so wird am Montag, den 16. Mai, in sämtlichen Betrieben der drei Kreise die Arbeit niedergelegt. Unter diesen Umständen würde also ein Generalstreik nicht fern sein und dürften davon 2000—2500 Steinarbeiter betroffen werden. Gegenwärtig sind noch 600 Mann ausständig. Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands.

**Die Maier in Karlsruhe** haben die Arbeit eingestellt. Beihelligt am Streik sind 114 Mann. Die Ausständigen verlangen neunstündige Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn.

**Zum Münchener Tischlerstreik** wird uns geschrieben: Die Lohnkommission der streikenden Gehilfen unterhandelte mit dem Meisterauschusse. Die Meister sind bereit, die 9/10-stündige Arbeitszeit und eine 5 prozentige Lohnerhöhung zu bewilligen. 150 Meister haben bereits die Gehilfenforderungen durch Unterschrift anerkannt. Die Entscheidung über die Beendigung des Streiks wird voraussichtlich heute fallen.

## Anstand.

**Im Arbeitsdepartement des englischen Handelsamts** hat dieser Tage eine Deputation von hervorragenden Parlamentariermitgliedern vorgeprochen, um den Handelsminister zu ersuchen, in dem großen Streit der Bergarbeiter von Süd Wales zu interveniren. Herr Ritchie drückte sein Bedauern aus über den Streik und gab bekannt, daß er bereits Schritte gethan habe, um Verhandlungen zwischen beiden Parteien herbeizuführen.

## Unternehmer-Verbände.

**Der ober-schlesische Walzwerk-Verband** hat den Walzeisen-Preis um 2,50 M. pro Tonne erhöht; das Geschäft wird also noch günstiger, als es schon war. Der Gesamt-Produktionswerth in der ober-schlesischen Montanindustrie beträgt für 1897 ungefähr 800 Millionen Mark gegenüber 300 Millionen Mark im Jahre 1896. Die Dividenden sind alleenthalben gestiegen. Die Löhne dagegen?

**Eine Vereinigung aller bedeutenden Wirkwarenfabriken** ist in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ins Leben gerufen worden, nachdem zu diesem Zwecke in New-York eine Repräsentanten-Versammlung stattgefunden hatte, welche zu einer Konstituierung des Verbandes führte. Der Truß soll indessen nur die Fabriken von Unterzeugen und ähnlichen Artikeln umfassen, während die Aufnahme von Firmen der Strumpfwaren-Industrie nicht geplant ist, da deren Interessen ganz andere seien. Die Organisation will vor allem eine rationelle Vertheilung der Produktion herbeiführen, indem den einzelnen Fabriken nur Aufträge für solche Waaren überwiesen werden sollen, für welche sie am besten eingerichtet sind. Auf diese Weise hoffen die Verbändeten eine bessere Ausnutzung der Betriebe und als weitere Folge billigere Verkaufspreise zu erzielen, um die Konkurrenz zu schlagen. Das nominelle Kapital des Trußes, der den Namen „The Unit Goods Company“ führen wird, beträgt 20 Millionen Dollars. Der neue Verband wird am 1. Dezember d. J. in Wirksamkeit treten.

Auch die Krugen- und Mänschichtenfabrianten der Vereinigten Staaten haben einen Truß gebildet, welchem bisher gegen 80 Firmen beigetreten sind. Das Grundkapital dieser Fabrikantenvereinigung beträgt 5 Millionen Dollars.

## Soziales.

**Gegen die Verbreitung der Tuberkulose** sind von der badischen Regierung Maßnahmen in Aussicht genommen, die sich vornehmlich auf die Einführung der Anzeigepflicht beim Tode der Lungenschwindsüchtigen und auf die Bestimmung von Rathschlägen darüber beziehen, wie der Erkrankung an Tuberkulose vom Publikum selbst am besten vorgebeugt werden kann. Die Verstärkung des Arbeiteraufwaches, wodurch der Tuberkulose der größte Abbruch gethan werden könnte, scheint von der badischen Regierung ebensowenig geplant zu sein wie von den Regierungen der übrigen Bundesstaaten.

Daß aber gerade die überhäufte moderne Arbeitsweise der Tuberkulose in äußerst hohem Grade förderlich ist, wurde kürzlich von dem Vorstande der kaufmännischen Orts-Krankenkasse III in Mannheim in den dortigen „Neuesten Nachrichten“ dargelegt. Derselbe führte an:

Das auffallend häufige, fast typische Krankheitsbild unserer weiblichen Versicherten: Bleichsucht, Whitarrnuth, nervöse Erschöpfung und in der weiteren Entwicklung Tuberkulose u. s. w. ist zum großen Theile auf Schädlichkeiten des Berufes zurückzuführen. Eine Umfrage bei meinen Kassenärzten, zu denen die namhaftesten Münchener Mediziner gehören, hat folgendes ergeben: Ohne Zweifel ist die jetzige Arbeitszeit in sämtlichen kaufmännischen Geschäften lang; sie erstreckt sich für die halbwohlfühnen, erwachsenen Mädchen nicht selten auf 12 Stunden und ist unterbrochen nur durch eine einstündige Mittagspause. Diese kurze Pause reicht oft nur knapp hin, den weiten Weg nach Hause und zurück in der äußeren Stadt zu machen und dazwischen ein heißes Essen rasch zu verschlingen. Nicht minder verwerflich ist die Uebung, den Mädchen das Mittagessen im Geschäft selbst zu verabreichen, es entbehren die betreffenden hierbei für den ganzen Tag der frischen Luft und Bewegung, und die Mittagspause wird hauptsächlich illusorisch. Geradezu grauam ist das in mehreren Geschäften bestehende Verbot, im Laufe des Vormittags oder Nachmittags einen kleinen Imbiß einzunehmen. Sehr häufig erlischt das Hungergefühl, wenn es nicht zur rechten Zeit befriedigt wird; dazu ist die Möglichkeit der Nahrungsaufnahme bei dem Abende übermüdet nach Hause Kommenden sehr gering, es fehlt überhaupt die Lust zu essen. Es ist daher zu wünschen, daß die Arbeitszeit auf zehn oder neun Stunden mit Mittagspause von 12—2 Uhr beschränkt, daß allwohlfühnen ein freier Nachmittag gewährt, bezw. der Sonntag freigegeben werde. Die Sittlichkeit, welche trotz der energigsten Agitation noch verhältnismäßig wenig gewährt ist, sollte möglichst verallgemeinert werden. Außerordentlich schädlich ist der Aufenthalt in staubigen, schlecht ventilirten Räumen.

Der Vorstand schließt seine inhaltschweren Ausführungen mit den Worten: „Den Kassen ist leider eine vorübergehende ärztliche Behandlung, ein Eingreifen in dem Momente, da aus Whitarrnuth und körperlicher Schwäche eine Krankheit beziehungsweise die Krankheit — die Tuberkulose — sich zu entwickeln droht, geistlich noch nicht gestattet; die Vorbeugung kann aber auch wirksam und dauernd nur durch eine den hygienischen Anforderungen entsprechende Arbeitsweise gefördert werden. Das Publikum, das willig Tausende zur Errichtung der Volkshospitäler jährlich beisteuert, sollte sich mit mindestens derselben Wärme und Energie auf die Forderung vereinigen, daß die Ursachen jener an der Volksgesundheit zehrenden Massenkrankheit nach Möglichkeit behoben werden.“

Es ist ja wohl anzunehmen, daß auch die Regierungen noch dahinter kommen werden, daß ohne den Ausbau der Arbeiterschutz-

gesetzgebung der Verfeinerung des Volkes durch die Tuberkulose nicht gesteuert werden kann, aber unzählige Tausende von Männern, Frauen und Kindern werden inzwischen noch der Seuche zum Opfer fallen, die leicht zu retten wären, wenn nicht die innere Politik des Deutschen Reiches von der Stummischen Richtung bestimmt würde.

**Die Krankenversicherung der Hausindustriellen** in der Berliner Konfektion kommt wieder in Fluß. So schreibt das Organ der Großkonfektionäre, der „Konfektionär“, und läßt daran folgende Bemerkungen:

„Wie wir bereits mitgetheilt haben, wird sich eine Kommission des Magistrats wieder mit der Frage beschäftigen. Aus einer Veröffentlichung der „Vossischen Zig.“ ersehen wir, daß die Kerkelchaft zur Besprechung der Sache herangezogen werden möchte. Wir halten für den Augenblick eine Berathung mit den Kerkeln für vollständig unangebracht und verfehlt. Bei der Krankenversicherung der Hausindustriellen kommen doch die Interessen der Kerkeln in allerletzter Reihe in Betracht, zuerst sind doch die Interessen der Versicherten und der Beschäftigten (der Konfektionäre) in Erwägung zu ziehen. Die schwierige Frage ist zu lösen, wie bei dem ausgedehnten System der Zwischmeister, welches in der Hausindustrie herrscht, die Versicherung vorzunehmen ist. Es sind von den beteiligten Konfektionären in dieser Beziehung dem Magistrat ganz bestimmte Vorschläge gemacht worden, welche in Erwägung gezogen werden müssen. Erst wenn die Frage gelöst sein wird, können die Interessen der Kerkeln in Betracht kommen, aber schon heute die Letzteren in den Vordergrund zu stellen, wo die prinzipielle Frage noch nicht einmal berathen, viel weniger gelöst worden ist, halten wir vor der Hand für durchaus unangebracht.“

Diese Äußerungen des Unternehmerorgans zeigen, wie sehr die Arbeiterschaft des Konfektionsgewerbes Ursache hat, auf der Hut zu sein, um zu verhindern, daß sie infolge des Einflusses des Unternehmertums bei der Regelung der Angelegenheit benachteiligt wird. Es sei hierbei erwähnt, daß die Arbeiter ebenfalls Vorschläge gemacht haben, wie die Krankenversicherung der in der Hausindustrie thätigen Personen am besten durchgeführt werden kann.

## Der Krieg

### und die innere Situation Spaniens.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz verdienen das größte Mißtrauen. Dies beweist u. a. die Meldung des Madrider Büreaus aus Gibraltar, daß weder dort noch in Algieras etwas bekannt sei bezüglich des Unterganges eines spanischen Torpedobootzerstörers, der nach Meldung des Blattes „Globe“ infolge einer Explosion erfolgt sein sollte.

Auch die Nachrichten von der Niederlage der spanischen Flotte werden mit bezweifelten Telegrammen aus Washington stimmen darin überein, daß die Stellung der Kap Verdischen Flotte nicht bekannt sei. Wie die „Times“ aus New-York melden, werden in Washington Zweifel darüber ausgesprochen, ob die Kap Verdische Flotte thatsächlich nach Cadix zurückgekehrt sei, obwohl die in London veröffentlichte Liste Namen von Schiffen enthält, von denen man weiß, daß sie zu dem genannten Geschwader gehören.

Der „Frankf. Zig.“ wird aus New-York gemeldet, einer Mittermeldung zufolge sei in Washington ein Komplott entdeckt worden, welches die Sprengung des Weißen Hauses und des Kriegsministeriums bezweckte. 250 Pfund Dynamit, sowie ein größeres Gefäß mit Nitro-Glycerin wurde gefunden. — In Washington erwartet man schließlich von Sampson etwas zu hören. Auch diese Nachricht ist falsch, wie die folgende Depesche beweist: In der Angelegenheit der nach auswärts von Washington aus verbreiteten Nachricht von einem Dynamitattentat wird nunmehr von dort gemeldet, dieses Gerücht sei daraus zurückzuführen, daß auf der Analoftan-Insel gegenüber Washington eine große Menge Explosivstoffe gefunden worden ist, welche Professor Ronde von der Columbia-Universität zur Anstellung von Experimenten dorthin gelegt hatte. Von einem beabsichtigten Attentat kann daher keine Rede sein.“

Ueber die Bewegung der amerikanischen Flotte in Westindien liegen über Madrid die folgenden Nachrichten vor: Eine amtliche Depesche aus Havana meldet, das amerikanische Geschwader sei verschwunden. Fünf Schiffe hätten die Richtung nach Oien genommen. Ein Telegramm aus Portorico meldet, daß mehrere amerikanische Schiffe zu Beobachtungszwecken in Sicht der Küste erschienen seien. Es seien dies Ozeandampfer, die Kriegsmannschaft erhalten haben.

Präsident Mac Kinley soll beabsichtigen, einen neuerlichen Aufbruch für 75 000 weitere Freiwillige zu erlassen, da die Befehle Kubas, Portoricos und der Philippinen mehr Truppen beansprucht, als man anfangs angenommen hat. „Daily Mail“ berichtet aus Key West, es herrsche dort Mangel an Kriegswaffen, hervorgerufen durch den starken Verbrauch der Truppen und der Flotte.

Gestern Nachmittag fand bei Cardenas ein Gefecht statt, an welchem der Kreuzer „Albatross“, das Torpedoboot „Winslow“ und das Hilfsanonenboot „Hudson“ theilhaftig waren. Die Verluste der Amerikaner waren ein Offizier und 3 Mann todt und mehrere verwundet.

Die Amerikaner sollen nach einer Londoner Meldung von den Spaniern zurückgeschlagen worden sein.

Die Streitkräfte unter dem Befehl des Generalmajors Merritt, welcher für den Posten des Gouverneurs auf den Philippinen bestimmt ist, werden das 1. Armeekorps bilden. Dasselbe setzt sich aus regulären Truppen von der Küste des Stillen Ozeans und Freiwilligen der Staaten Kalifornien, Oregon, Washington, Idaho und Utah zusammen, und erhielt soeben den Befehl, sich in San Francisco mit den aus Colorado, Kansas, Missouri, Nebraska und Dakota kommenden Freiwilligen zu vereinigen. Das Korps wird 15 Regimenter Infanterie, 3 Batterien Artillerie und eine Abteilung Kavallerie, insgesamt 15 000 Mann stark sein. Wegen Mangel an Transportmitteln wird in der nächsten Woche wahrscheinlich nur eine Division abgehen. 2500 Mann reguläre Truppen sollen nach den Philippinen geschickt werden.

Der Finanzausschuß des Senats hat den Bericht über die Vorlage, betreffend die Mittel für die Kriegsführung, bis auf einige administrative Details zur Berichterstattung an den Senat fertiggestellt. Die Demokraten, welche die Oberhand in dem Ausschusse hatten, sind mit ihren Amendements einschließlich der Korporationssteuer, der Vermehrung der Silberprägung und der Ausgabe von 150 Millionen Greenbacks durchgedrungen. Die Vorlage ist somit fast gänzlich ungewändert worden.

Im spanischen Parlamente dauern die Kämpfe über die Politik der Regierung in ungeschwächter Schärfe fort. Die Deputiertenkammer nahm das Indemnitätsgesetz an. Der Republikaner Salmeron erklärte, er stimme für das Gesetz, weil die Autonomie ein Beweis für die Gerechtigkeits Spaniens gegenüber seinen Kolonien sei. Die Karlisten stimmten gegen das Gesetz.

Der „Frankf. Zig.“ wird aus Madrid telegraphirt: Ministerpräsident Sagasta hatte gestern beim Verlassen der Cortes einen Ohnmachtsanfall. Die Gesundheit des greisen Staatsmannes ist infolge der Aufregungen der letzten Wochen sehr erschüttert. Sein eventueller Tod könnte die Situation noch kritischer gestalten. Morgen oder übermorgen dürfte der Ausbruch der Ministerkrise erfolgen.

Aus New-York wird unterm 12. Mai gemeldet: Ein amerikanisches Geschwader von neun Schiffen bombardirt gegenwärtig San Juan de Portorico.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Stuttgart, 12. Mai. (B. L. Z.)** Der Bischof von Rottenburg D. Wilhelm von Reiser, welcher auf einer Firmungstour begriffen war, ist gestern Abend gestorben.



Stillstand in der Entwicklung Italiens.

Von Enrico Ferri.

II.

Ganarbelli, unser jetziger Justizminister, das Haupt der „liberalen“ Partei, der mit seinem Eintritt in das konservative Ministerium den...

Dieses Strafgesetzbuch enthält einen Artikel (247), der, dem Ausnahmefall gegen die deutschen Sozialisten entnommen, die „Aufreizung zum Klassenhass“ mit Gefängnis bestraft.

Auf Grund dieses Artikels wurden neulich mehrere Streikende verurteilt, weil sie eine Geldsammlung zu Gunsten des Streiks eröffnet hatten.

Das unglaublichste in dieser Hinsicht wurde vor einigen Wochen geleistet mit der Verhaftung von dreihundert Bäuerinnen aus Molinella (bei Bologna) unter dem ungeheuerlichen Vorwand, einen erfolglosen Angriff auf die „Freiheit der Arbeit“ gemacht zu haben.

Crispien war den ständigen Arbeitern gegenüber wenigstens so anständig, offen den Belagerungszustand zu verkünden und verfassungswidrige Militärgerichte einzusetzen.

Nadini hat nicht erst so sehr theatralischen Maßregeln gegriffen: die gewöhnlichen Gerichte genügen ihm, um das Vorgehen gegen die armen Bäuerinnen gutzuheißen, die 10-20 Centimes mehr den Tag fordern; bisher verdienten sie nur 70 Centimes, wobei sie volle zehn Stunden bis an die Knie in dem lumpigen Wasser der Reisfelder stehen müssen!

Da jedoch das Gesetz den Streik nur im Falle von Thätlichkeiten und Verdröhung bestraft, so erblicken unsere Richter — die von der Regierung gänzlich abhängig sind — in dem bloßen Umstand, daß 100-200 Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangen, eine strafbare Verdröhung!

In Molinella waren die Bäuerinnen noch gar nicht einmal wegen einer Lohnaufbesserung vorstellig geworden und doch entdeckte die Polizei in dem Marsch der Arbeiterinnen nach dem Arbeitsplatz einen erfolglosen Angriff auf die Freiheit der Arbeit und schritt zu Massenverhaftungen, die selbst den Widerstand und die Proteste der verständigeren Konservativen erregten, von denen viele auch zu der von den Sozialisten zu Gunsten der unglücklichen Frauen eröffneten Sammlung beitrugen.

Allein die Richter finden, daß die Polizei im Recht ist, und verurtheilen fünfzig Angeklagte auf einmal wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Der Präsident hat sogar die Auflösung einer Produktivgenossenschaft angeordnet, bloß weil ihr Leiter Sozialist war.

Man wollte Protestversammlungen veranstalten, aber die Polizei hat sie verboten. Und die Regierung billigt alles.

Unsere Genossen, die Abgeordneten Costa, Prampolini und Magari, sind ständig in den Streikgebieten und die sozialistische Idee findet in immer weiteren Arbeiterkreisen Eingang.

Wie der Leser sieht, ist das alles politische Pathologie, Crispinismus — die Folge und der Beweis des Stillstandes in der Entwicklung unserer herrschenden Klassen.

Nur eine Thatsache aus jüngster Zeit könnte auf eine Entwicklungsfähigkeit der italienischen Bourgeoisie hindeuten: das Arbeiter-Unfallgesetz, das vergangenes März — nach 23jähriger Diskussion im Parlament — angenommen wurde.

Mag dieses Gesetz auch ein Fortschritt auf der Bahn der Sozialreform sein, so ist es nicht nur viel zu spät gekommen, im Vergleich zu den andern Ländern Europas, sondern es beschränkt sich auch bloß auf die Arbeiter der Großindustrie, die in unserem Italien den Landarbeitern gegenüber nur eine kleine Minderheit bilden.

Die sozialistische Kammergruppe hat die Ausdehnung des Gesetzes auf die Landarbeiter gefordert; allein die Mehrzahl der Abgeordneten hat, weil sie Vertreter des Großgrundbesitzes sind, ihre Zustimmung verweigert — mit philanthropischen Phrasen auf Kosten der industriellen Kapitalisten, die den gesammten Entwurf heftig bekämpften, mit ihrer Opposition aber in der Minderheit blieben.

Was hat schließlich eine von der Regierung aufgedrungene Sozialreform für einen Werth, wenn das Volk an jeder freien Organisation gehindert wird, die allein eine ernsthafte Handhabung und Anwendung des Gesetzes, das sehr färgliche Entschädigungsansprüche gewährt, verbürgen könnte. Dem Unfallgesetz wird es ergehen, wie es den Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit ergangen ist, die man thatsächlich gar nicht beachtet; denn die Richter stehen unter dem Einfluß der herrschenden Klassen, und die Arbeiter als unterdrückte Klasse vermögen in ihrer Gesamtheit ihre Stimme nicht zur Geltung zu bringen.

Vor einigen Wochen erlebten wir den charakteristischen Fall, daß ein naiver Aufsichtsbeamter einen Großindustriellen wegen fortwährender Uebertretung des Gesetzes betreffend die Kinderarbeit anzeigte. Dieser Großfabrikant drohte, seine Fabrik zu schließen, wenn man ihn eine Geldbuße auferlegen sollte, und veranlaßte seine umgebildeten Arbeiter, gegen die Schließung zu protestiren. Infolge dessen hat der Richter den Unternehmer freigesprochen, nachdem ihm zuvor die Regierung einen Strafschutz gewährt hatte, um zu zeigen, wie man das Gesetz allmählich könnte einschlafen lassen.

Eine Bourgeoisie, die anstatt auf dem Wirtschaftsgebiete für die Entwicklung des Gewerbes, Ackerbaues und Handels zu kämpfen und zu arbeiten, nur Schutzgeld nach außen und den Schutz der Bajonnette und Gefängnisse nach innen kennt, will mit der sogenannten Sozialreform das Volk blenden; denn aus einer Vertheidigungswaffe für die Arbeiter wird ein wertloses Prunkstück gemacht.

In der That verdankt das Unfallgesetz seine Annahme nach zweimaliger Ablehnung durch den Senat nur dem Umstande, daß der König es persönlich den Senatoren als Dekoration für die 50-Jahrfeier unserer Statute (Verfassung) empfahl.

Allein diese Gedenkfeier ist für Italien mehr ein Tag der Trauer als ein Tag des Ruhmes, denn heute werden die verfassungsmäßigen Freiheiten, Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit u. s. w., welche König Karl Albert unter dem Druck der Revolution von 1848 gab, von der Bourgeoisie nicht mehr geschätzt, die aber trotzdem die Mäßigkeit hat, die verhassten Rechte heuchlerisch zu feiern.

Das sagten wir Sozialisten in der Kammer unter großem Lärm der Ordnungsparteien, wobei wir zugleich erklärten, daß auch wir trotz aller Polizeihäufnisse unsere eigene Jubelfeier begehen würden — die des kommunistischen Manifests.

Hierwahr, der Kontrast konnte gar nicht schärfer sein; hier die offizielle Gedenkfeier einer Verfassung, welche Bourgeoisie und Regierung immer mehr verfehlt, verkrümelt und verleugnet haben; ohne Zweifel ein Stillstand in der Entwicklung der herrschenden Klassen; dort die Feier einer Urkunde des internationalen Proletariats: ein Zeugnis unserer revolutionären Kraft.

Und doch ist es zu bedauern, daß dieser Stillstand die herrschende Klasse nicht nur in den politisch rückständigen Schichten der konservativen Partei trifft und lähmt, sondern auch in den demokratischen Kleinbürgerlichen Schichten der republikanischen Partei.

In Ligurien und Mittel-Italien ist die Ueberlieferung der politischen Doktrinen Mazzini's noch verbreitet, wenn sie auch nicht tiefe Wurzeln geschlagen haben. Die republikanische Partei hat in den allgemeinen Wahlen des vorigen Jahres trotz der Unterstützung durch die Sozialisten bei den Stichwahlen nur 15 Kandidaten durchgebracht und jetzt wird sie noch um ein halb Duzend Mitglieder wachsen, die sich ihr von Parteifreunden Cavallotti's anschließen, während der Rest (gegen 30) wohl ins liberale Lager überlaufen wird. Allein nach dem kurzen Aufblauen bei den allgemeinen Wahlen ist die

republikanische Partei im Parlament wie im Lande ebenfalls dem Entwicklungs-Stillstand verfallen. Nicht nur fehlen die Republikaner stets, wenn es sich um wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter und um Streiks handelt, sondern sie erfüllen auch nicht einmal die natürlichste Pflicht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit energisch zu vertheidigen.

In manchen Theilen der Romagna nennen sich die Republikaner auch „Kollektivisten“ und sprechen von einer „sozialen Republik“. In Wahrheit sind sie nichts weiter als politische Vertreter des Kleinbürgerthums, der Handwerker und mittleren Grundbesitzer, und ihre ganze Doktrin ist, wie die Mazzini's, im Grunde individualistisch. So gab es während der Agitation der Sozialisten gegen die Brotvertheuerung und die Getreidezölle republikanische Blätter, die sich des Interesses der Bäcker annahm.

So hat jüngst bei einer Erziehungswahl in der Lombardei der republikanische Vertreter mit 2600 aus allen Parteien zusammengewürfelten Stimmen über unsere Kandidaten gestimmt, der 2200 rein sozialistische Stimmen erhielt; und in der Provinz Rom geschah es, daß ein republikanisches Blatt, das mit Cavallotti's Fortschritttrieb, die Kandidatur eines Prinzen der römischen Aristokratie und alten Kavallerie-Offiziers empfahl.

Und doch könnte die republikanische Partei in Italien wohl eine sehr nützliche historische Mission erfüllen, wenn sie die Bourgeoisie zur Errichtung der Republik triebe, die dadurch, daß sie mit der monarchischen Unbeweglichkeit und mit den 30 000 Großbanken aufträme, die in dem Staatsdienst, in den Gemeinden, im Heere, in der Polizei u. s. w. herrschen, der sozialistischen Partei eine gesündere Lebensluft für die letzte und entscheidende Entwicklung gewähren würde. Leider aber sähet die republikanische Partei trotz der bestimmt antimonarchischen Erklärung, die ich im Dezember 1895 im Parlament namens der Sozialisten abgab, doch fort, und mit kleinen Chilanen zu belämpfen, anstatt an der Durchführung ihrer Ziele zu arbeiten. Statt ernst zu schaffen, streiten sie, gleich den Sophisten von Byzanz, ob das Gulu vor dem Ei war, oder das Ei vor dem Gulu — bis die Welt über ihnen zusammenbricht.

Und immer liegt doch dieselbe Ursache zu Grunde: der Stillstand in der wirtschaftlichen Entwicklung bewirkt den Stillstand jeder sozialen und politischen Entwicklung.

Sicherlich ist das kein für alle Zeiten unabänderliches Geschick: Die sozialistische Partei Italiens ist sich ihrer Pflichten gegen das internationale Proletariat voll bewußt. Sie arbeitet mit Begeisterung und Disziplin, und hat die Fahne ergriffen, die den Händen ihrer Vorgänger entfiel, deren politisches Erbe sie zur Mission der sozialen Revolution erweitert.

Die soziale Umwälzung, die sich jeden Tag unter unseren Augen in der Gesellschaft vollzieht, findet leider das alte, rühmreiche Italien nicht an ihrer Spitze; aber wir werden uns bemühen, dem Stillstand, dem die italienische Bourgeoisie verfallen ist, zu trotzen, und wir hegen das Vertrauen, nicht zu weit hinter unseren deutschen Brüdern zurückzubleiben, die zur Eroberung der Zukunft voranmarschiren. Daß das Material gut ist, hat die diesjährige Feier des 1. Mai bewiesen.

Rom, Anfang Mai 1898.

Die Lage in Italien.

Unser römischer Korrespondent, der in engster Fühlung mit der italienischen Parteileitung steht, schreibt uns:

Fünfzig Jahre sind jetzt verfloßen, seitdem die Mailänder 5 Tage lang im Kampfe gegen die Oesterreicher standen, jetzt haben die Mailänder drei Tage gegen die Soldaten des Königs von Italien gekämpft. Wie ist dieser Kampf entstanden?

Am Freitag den 6. Mai wurde ein Arbeiter, der einige sozialistische Flugblätter vertheilte, verhaftet. Eine Anzahl Arbeiter protestirt und verlangt seine Freilassung. Die sozialistischen Deputirten Turati und Roudani begaben sich zum Präsidenten und erhalten die Zusage, daß der Verhaftete am nächsten Morgen entlassen werden soll. Die Menge giebt sich damit zufrieden und zerstreut sich, nachdem die beiden Deputirten sie noch ermahnt haben, sich jeder Provokation zu enthalten. Eine Gruppe von 200 Männern und Frauen ziehen, allerding's lärmend, nach ihrem Viertel; die Soldaten, welche vorgeschickt werden, um „Ordnung“ zu schaffen, werden mit Steinwürfen empfangen; sie geben Feuer und mehrere Personen stürzen todt und verwundet nieder.

Am nächsten Morgen macht sich unter der Arbeiterbevölkerung eine große Erregung bemerkbar, die Fabrikarbeiter feiern und man sieht hier und da in den Straßen sich Gruppen bilden, welche von Infanterie- und Kavalleriepatrouillen zerstreut werden. Die Masse antwortet mit Steinwürfen, Barricaden werden gebaut von Omnibussen, Tramwagen, sonstigem Fuhrwerk und Möbeln. Der Kampf dauerte den ganzen Tag; während das Volk sich nur mit Steinen vertheidigte, bedienten sich die Soldaten ohne Skrupel des Repitirgewehres. Unter dem Militär befindet sich denn auch kein Todter — der gedöbete Polizei-Offizier ist von einem gegen die Volksmenge gerichteten Flintenschuß hingestreckt worden — während man auf Seiten der Volksmenge 600-700 Todte und Verwundete zählt. Nach diesen Vorgängen wurde der Belagerungszustand proklamirt. Die sozialistischen Deputirten Turati und Roudani sind während der ganzen Dauer des Kampfes bemüht gewesen, die aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen, um größeres Unglück zu verhüten — leider nur zum Theil mit Erfolg.

Den nächsten Tag (Sonntag) beginnen von neuem Unruhen; jetzt wird Artillerie vorgeschickt und werden 27 Kanonenschiffe gegen die Infurgenten und die Barricaden abgegeben. Von Pavia kommen etliche hundert Studenten an; an der „Porta Ticinese“ treffen sie auf die Truppen und feuern ihre Revolver ab. Durch die Schüsse der Soldaten fallen mehrere Studenten, die übrigen entfliehen. Im Laufe des Tages werden die Redakteure der republikanischen Blätter „Italia del Popolo“ und des „Secolo“ verhaftet; diese sowie das sozialistische Blatt „Lotta di classe“ und mehrere radikale Zeitungen sind unterdrückt. Das Kleinbürgerthum aber, dessen Organe die radikalen Blätter sind, muß sich nicht, es schließt Thüren und Fenster und bellumert sich um nichts. Gestern, den 8. Mai, konnte der General Gouverneur, Sara telegraphiren, daß die Stadt ruhig sei.

Die Organe der Konservativen und Liberalen demüthigen die Republikaner und Sozialisten, den Aufstand organisiert zu haben, ihre Auflage erhöht sich, je mehr von den oppositionellen Blättern unterdrückt werden.

Hierher nach Rom gelangen nur wenige Nachrichten, und diese sind unvollständig und tendenziös. Auch in den übrigen Theilen Italiens dauern die Unruhen noch immer fort; hier in Rom ist alles ruhig. Der „Avanti“ ist am Sonnabend und auch am Montag konfisziert worden. Er hatte nichts gethan, als die Ursachen der Unruhen dargestellt und die Mittel zur Befestigung des Glendes angegeben. Nicht der Wechsel der jetzigen Regierung würde etwas nützen, sondern das Regierungssystem müßte geändert werden.

Die bürgerliche Presse läßt sich allen möglichen Ansturm über lang ausgeheckte Konspirationspläne über ein von London aus geleitetes Verschwörungsnetz, über mysteriöse Thätigkeit unserer

schwer kranken Genossen Dr. Anna Kulischoff melden; so soll bei ihr ein „verabredeter Plan“ und eine „ausgedehnte Korrespondenz mit sozialistischen, anarchoistischen und republikanischen Führern“ gefunden worden sein. Frau Kulischoff hat jedenfalls eine „ausgedehnte Korrespondenz“, aber der „verabredete Plan“ ist ein Philister- oder Polizeimärchen. Wenn je ein Aufruhr spontan war, so war es dieser Ausbruch der Verzweiflung. Und wahrhaftig, wer die italienische Wirtschaft betrachtet, der braucht nicht nach einer Ursache dieser Hungeraufstände zu suchen.

Daß die „Führer“ an keine Revolution dachten, erbelt schon aus der Thatsache, daß Cipriani, der kühnste und einflußreichste der italienischen Revolutionsromantiker, sich seit 14 Tagen in Frankreich befindet. Er hätte sein Vaterland sicher nicht verlassen, wenn er den Ausbruch geahnt hätte.

Eine in Zürich eingetroffene Depesche spricht von 7000 Todten in Mailand. Wenn wir auch noch die schwache Hoffnung hegen, daß es sich bei dieser Angabe um eine Uebertreibung handelt, so darf man dieselbe doch nicht für unmöglich halten. Wenn die Soldateska mit Kanonen und Repetirgewehren in dicht gedrängte Menschenhaufen schießt, ist dieses herrliche Resultat unserer Nordkultur nicht unmöglich.

Alle Depeschen aus Italien gehen durch strengste Zensur, enthalten sie nur etwas der Regierung Unbequemes, werden sie einfach nicht befördert. Zeitungs-Telegramme scheinen fast ausnahmslos beanstandet zu werden, so sind alle Meldungen, auch die folgenden, als tendenziös gefärbt zu betrachten.

Aus Rom liegen folgende Depeschen vor:

Das „Giornale militare“ veröffentlicht die Einberufung berenigen Reservisten aller neunzehn Jahresklassen, welche im Eisenbahndienst vorgebildet sind. Es sind dies ungefähr 3000 Mann, welche wieder ihren Dienst bei der Eisenbahn aufnehmen sollen. Der „Esercito“ sagt, diese Maßregel habe den Zweck, etwaigen Ausständen des Eisenbahn-Personals zu begegnen. Auf den Bahnhöfen sollen Offiziere die Kontrolle des Dienstes übernehmen; die militärische Disziplin, welcher das gesammte Bahnpersonal unterworfen werde, sichere nicht nur überall den regelmäßigen Zugverkehr, sondern mache auch jede Aufreizung zum Ungehorsam unmöglich.

Der König und die Königin sowie der Prinz und die Prinzessin von Neapel sind heute früh hier eingetroffen; das Kronprinzliche Paar reiste bald darauf nach Neapel weiter.

Angeblich soll heute den ganzen Tag in Italien Ruhe geherrscht haben. Der zahlreichen, in der Schweiz sich aufhaltenden Italiener hat sich eine große Erregung bemächtigt.

Der römische Korrespondent der „Nödt. Ztg.“ giebt eine bis zum 6. Mai reichende Chronik der Hungerrevolten:

Am 26. April machten Faenza (Romagna) und Bari (Apulien) den Anfang, es folgten am 28. Foggia und Rutigliano (Apulien), und Camerino (Marken), am 29. Santo Giovanni a Teduccio, Secondigliano, Rofa, Aversa (Neapel), Venedig, Monopoli (Apulien), Puffi (Romagna), Ferrara und Livorno; am 30. April Vitozzo und Rudugno (Apulien), Rimini (Romagna), Chieti (Abruzzen) und wieder Aversa, Venedig und Ferrara. Der 1. Mai brachte Unruhen in und um Neapel, in Torre Annunziata, in den apulischen Orten Molfetta, Minervino, Murge und Gravina, in Catania (Sizilien), Aicoli-Biceno (Marken), Parma und wieder in Chieti und Rimini; der 2. Mai sah Vagnacavallo (Romagna), Sefaro (Romagna), Piacenza, Salerno und Livorno in mehr oder minder heftigem Aufruhr, am 3. dauerten die Unruhen in Piacenza, Sefaro, Parma, Livorno, Torre Annunziata an und neu kamen hinzu Avellino (Campanien), Palermo, Sorcina (Cremona) und Sigline (Florenz). Am 4. wieder Aicoli-Biceno, außerdem Santo Benedetto del Tronto (Marken), Sesto Fiorentino und Pavia; an den beiden letzten Orten währten die Ausschreitungen noch am 5. Mai, an welchem Tage auch Livorno, Manfredi, Prato (Toskana) und Urbino (Marken) heimgeführt wurden; am gestrigen 6. Mai dauerte die Bewegung in Pavia und Livorno noch an, neue Unruhen wurden aus Mailand gemeldet.

Partei-Nachrichten.

In Ansehl ist dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins, Redakteur Thiel, vom Polizeipräsidenten aufgegeben worden, die Vorstandssitzungen künftig anzumelden; dieselben seien Versammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes und deshalb gemäß § 1 dieses Gesetzes anzuzeigen. Thiel hat das Begehren abgelehnt. Ob der Polizeipräsident an die politischen Organisationen des Bürgerthums, deren es in Ansehl doch wohl auch welche geben wird, schon die gleiche Aufforderung gerichtet hat?

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In dem Templiner Kreise steht und, wie in mancher andern Gegend der Mark Brandenburg, kein einziges Lokal zur Verfügung. Der Vertrauensmann für Jedemidammschaft meldete daher eine Wähler-Versammlung an, die unter freiem Himmel tagen sollte. Das dazu ausersichene Grundstück war ein Hof, der von allen Seiten abgegrenzt ist. Der Amtsvorsteher verbot dennoch die Versammlung, weil auf dem Grundstück sehr viel Holz läge und weil dort auch Stalungen vorhanden seien, ferner weil sich das Grundstück sehr nahe an der Chaussee befinde und infolge dessen die öffentliche Ordnung gestört werden könnte. Gegen diese über Gebühr große Fürsichtigkeit des Amtsvorstehers ist Beschwerde beim Landrath erhoben.

Wegen Verleumdung des Amtsvorstehers Wartsch in Walkleben, der die Vernehmung über eine angeordnete Versammlung dem Gesetz zuwider nicht sofort ausgestellt hatte, weshalb die Versammlung nicht abgehalten werden konnte, waren von dem Landgericht in Erfurt der verantwortliche Redakteur der „Tribüne“, Genosse Biele, ferner Redakteur Heinrich Schulz als Verfasser des inkriminirten Artikels, der mit H. S. bezeichnet gewesen war, und der Verleger der „Tribüne“, Genosse Stegmann, angeklagt. — Das Urtheil lautete auf 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängniß gegen Biele und auf Freisprechung betreffs der übrigen beiden Angeklagten. Das Gericht erklärte es als selbstevident, daß der Amtsvorsteher nicht dem Gesetz entsprechend verfahren sei; dem Angeklagten Biele könne aber der Satz des § 103 dennoch nicht zugestanden werden, weil ein besonderes persönliches Interesse nicht vorhanden gewesen sei, das ihn berechtigt hätte, dem Amtsvorsteher den Vorwurf der Willkür und Chikanen zu machen. Daß Schulz der Verfasser gewesen, sei nicht erwiesen, ebenso wenig eine Verantwortlichkeit Stegmann's in seiner Eigenschaft als Verleger.

Die Beschwerde, die gegen das Verbot der in Leipzig und Umgegend geplant gewesenen Märzfeier erhoben war, ist von der Kreisbauernschaft zurückgewiesen worden. Etwas anderes haben unsere Parteigenossen wohl auch kaum erwartet. — Vor dem Schöffengericht in Königsbrück in Sachsen waren 6 Parteigenossen aus Dresden angeklagt, eines Sonntags in Königsbrück und Umgegend gemeinschaftlich im bewachten und gewollten Zusammenwirken großen Unfug verübt zu haben, indem sie ohne Rücksicht auf den Gottesdienst eine größere Anzahl Exemplare des Kalenders für das verhängnisvolle Volk Sachsen 1898, der lediglich Zweden der sozialdemokratischen Partei dient, in das Publikum belästigender Weise an die Bewohner unterchiedslos ver-



Heften oder in den Wohnungen zurückziehen". Daß jemand an der Verbreitung Kergerniß genommen haben soll, hat der Gendarm aber erst durch Nachfrage ermittelt. Einige Zeugen, darunter sogar Gutsbe siber, erklärten denn auch vor dem Schöffengericht, daß sie sich über den Kalender nicht geäußert hätten, und erst als der Vorlesende ihnen einbringlich vorhielt, den Herrschaften könne es doch nicht angenehm sein, wenn man ihr Gefinde durch solche Schriften unzufrieden mache, gaben sie zu, daß sie mit der Verteilung der Schrift nicht so recht einverstanden seien. Das Urtheil lautete für jeden Angeklagten auf 20 M. Geldstrafe. Prozesse wegen unterschiedsloser Verteilung von sozialdemokratischen Schriften sind ja in Sachen nichts Neues mehr; der Königsbrüder Prozeß ist aber insofern ein Novum, als ursprünglich auch der Verleger des Kalenders angeklagt werden sollte, weil er zu der Verbreitung angezettelt hätte. Auf diese Anklage mußte man freilich wohl oder übel verzichten.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung wird der im ersten Wahlbezirk I. Abtheilung an Stelle des verstorbenen Reich gewählte Stadtv. Kaufmann Krause eingeführt und verpflichtet.

Der Vorsitz führt für den erkrankten Vorsitzler Langerhans der Vorsteher-Stellvertreter Michalek.

In den Ausschüß zur Vorbereitung der Vorlage wegen der Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten sind u. a. die Stadtv. Singer und Borgmann, in den Ausschüß für den neuen Vertrag mit den Elektrizitätswerken die Stadtv. Singer und Bogtherr gewählt.

Der Vorsteher - Stellvertreter Michalek theilt mit, daß Dr. Langerhans erfreulicherweise von dem Leiden, das ihn betroffen hat, soweit wieder hergestellt ist, daß er sich am Sonnabend zur Erholung aufs Land begeben kann.

Die Vorlage betreffend die Erwerbung des Straßenlandes von Oranienburgerstr. 87-89 wird genehmigt.

Zur ersten Beratung steht die Vorlage betr. den Abschluß von Straßenbahn-Verträgen mit der Aktiengesellschaft Siemens u. Halste, dem Konsortium der südlichen Vorortbahn, der Aktiengesellschaft „Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg“ und dem Berliner Dampfstraßenbahn-Konsortium. Der Inhalt der Verträge ist bereits bekannt.

Es handelt sich um die Linien: Gesundbrunnen-Pankow, Pankow-Treptow, Gesundbrunnen-Mittelstraße, Pankow-Brücke-Biehof (Siemens u. Halste); Berlin-Schöneberg-Tempelhof-Prig-Nixdorf-Berlin, Berlin-Schöneberg-Tempelhof-Südenne-Kantow-Nixdorf-Berlin-Nixdorf-Treptow (Südliche Vorortbahn); Berlin-Hohenschönhausen (Nürnberg-Gesellschaft); Nollendorfplatz-Asanischer Platz, Kaiser Wilhelm-Platz (Schöneberg)-Kunstmuseum, Brunnenwall-Kaiser Friedrichstraße (Dampfstraßenbahn-Konsortium).

Stadtv. Rosenow beantragt Ausschüßberatung. Ohne weiteres lasse sich eine so umfangreiche Vorlage nicht, wie ein Theil der Versammlung wolle, sofort im Plenum erledigen. Die Ausschüßberatung für die neugeplanten Verkehrsanlagen habe ja ein ausgezeichnetes Resultat gehabt, insofern als die Höhe der Anerbietungen in bezug auf die an die Stadt zu leistende Abgabe den von der Pferdebahn zu zahlenden Betrag von 8 pCt. weit übersteigt. Prinzipiell sei bei sämtlichen Verträgen die Zeitrechnung von 1919 festgehalten worden. Der 10 Pfennig-Tarif sei überall festgehalten, die Abgabe wie bei der Pferdebahn auf 8 pCt. festgesetzt, darüber hinaus aber ein viel umfassenderes Nebenunterstützung erreicht worden, nämlich bis zu 1000 Metern gegenüber den 400 Metern, welche von der Pferdebahn nur zu erreichen waren. Daß bei den größtentheils außerhalb des Reichsbildes liegenden Strecken nicht im ganzen die volle Abgabe erhoben werden solle, sondern nur von den innerhalb der Stadt liegenden Streckentheilen, sei erklärlich und müsse akzeptiert werden. Im Ausschüß sei namentlich dahin zu wirken, daß die Anlage von Oberleitungen, die ja das Straßenbild nur verunzierten, nach Möglichkeit vermieden würde.

Stadtv. Friedländer ist ebenfalls für Ausschüßberatung. Der Anteil, den die Stadt Berlin an dem Reingewinn verlangen müsse, könne bei der Rentabilität, welche den neuen Unternehmungen für die Gesellschaften unzweifelhaft haben würden, größer sein, als in Aussicht genommen.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschüß von 15 Mitgliedern.

Die Vorlage betreffend die Verbreiterung des Spreeweges zwischen Lutherbrücke und Gendelshafen wird angenommen. Es handelt sich lediglich um einen Austausch zwischen fiskalischem und städtischem Terrain ohne Geldauswendung seitens der Stadt.

Die Vorlage wegen Erwerbes von 180 Quadratmetern Straßenland von Grundstück Koloniestr. 91/93 zur Koloniestraße im Wege des Enteignungsverfahrens beantragt Stadtv. S. S. abzuwehren. Es sei vielmehr der jetzige Eigentümer Gärtnermeister Anton Janick aufzufordern, das Straßenland unentgeltlich abzutreten und wegen Ertheilung des Unschädlichkeitsattestes sei lagbar vorzugehen. Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach diesem Antrage. Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Die Stadtverordneten-Versammlung setzte in ihrer gestrigen geheimen Sitzung das Gehalt für die Stelle des Oberbürgermeisters auch für die Zukunft auf 30 000 M. fest. In namentlicher Abstimmung wurde ein Antrag, der die Erhöhung des Gehalts für diesen Posten von 30 000 auf 38 000 M. verlangte, mit 66 gegen 26 Stimmen abgelehnt. — Was die große liberale Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung wohl unter „Vorurtheilslosigkeit“ verstehen mag? Sie entsandte in den Ausschüß zur Vorbereitung der Vorlagen, betreffend den Abschluß eines neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken, grundsätzlich nur solche Mitglieder ihrer Fraktion, die sich als Gegner der Uebernahme der Elektrizitätswerke durch die Stadt bekennen. Wahrhaft „vorurtheilslos“ und „ehrlich liberal“!

## Lokales.

Die Parteigenossen des dritten Reichstags-Wahlkreises werden auf die heute Abend 8 Uhr im Louisestädterischen Konzertsaal, Alte Jakobstraße 37, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Die Parteigenossen Paul Singer und Wolfgang Heine werden über die bevorstehende Reichstagswahl referieren. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Der Polizeileutnant, dem die Ueberwachung der Versammlung oblag, welche am Mittwoch in der Branerei Friedrichshain stattfand, machte sich durch einen ganz besonderen Eifer bemerkbar. Noch bevor die Versammlung eröffnet war, rief er von der Bühne herab einigen Personen, die in einem schmalen Nebengange vor derselben standen, zu, sie sollten dort fortgehen, sonst werde er Platz machen lassen. Das sei ein Gang, der frei bleiben müsse. Als später während der Ausführungen eines freisinnigen Redners eine Anzahl der Versammelten in durchaus nicht übermäßig lärmender oder gar tumultuöser Weise ihrem Unwillen Ausdruck gaben, sprang der Ueberwachende auf und rief mit scharfer Kommandostimme in den Saal hinein: „Wenn es jetzt nicht ruhig wird, dann löse ich auf, aber sofort!“ Nachdem die Versammlung geschlossen war, stimmte eine kleine Gruppe, wahrscheinlich Mitglieder eines Gesangsvereins, während des Hinübergehens ein mehrstimmiges Lied an. Der Polizeileutnant drängte sich durch die Menge nach der Richtung, aus der die harmonischen Töne kamen. Aber bevor er sein Ziel erreichte, war das Lied verklungen. Ob der Beamte gegen die Sänger einschreiten

wollte oder weshalb er sich sonst durch die dicke Menge drängte, konnten wir nicht erfahren. Der Saal leerte sich in größter Ordnung. In Berlin geben die Ueberwachenden Beamten im allgemeinen ja keinen Anlaß zu Klagen. Umso mehr fiel der Eifer des Leutenants im Friedrichshain auf. Für künftige Fälle sollte dieser Herr sich merken, daß eine Volksversammlung, und dazu noch während der Wahlbewegung, nichts mit einer Kompanie Soldaten gemein hat und keineswegs geübt ist, Ordre zu pariren. Vielleicht bedeutet man dem Beamten von geeigneter Stelle aus, daß er, falls ihm ferner die ja keineswegs von den Versammelten beanspruchte Ueberwachung anvertraut wird, sich an lebhafteste Weisfalls- oder Mißfallens- undgebungen gewöhnen muß.

Der Bestand des hiesigen Seminars für Stadtschulen wird durch das Verhalten des Magistrats immer mehr in Frage gestellt. Man schreibt uns darüber: Bis zum Erlasse des Lehrerbeförderungs-Gesetzes wurden die von dem Seminare entlassenen Schulamts-Kandidaten sofort nach Vollendung des Seminarstudiums von der Stadt übernommen oder an Privatschulen beschäftigt, bis ihre Anstellung als Gemeinbelehrer erfolgte. Nach Erlaß des Lehrerbeförderungs-Gesetzes nimmt indessen die Stadt die entlassenen Seminaristen nicht mehr an. Diese befinden sich demzufolge in einer sehr ählichen Lage, da auch die Zahl der Privatschulen immer mehr zurückgeht. Die jungen Schulamts-Kandidaten sind deshalb gezwungen, sich außerhalb Berlins Stellung zu suchen. Dies ist aber mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden, da die Bezirksregierungen sich verpflichtet fühlen, in erster Linie den Hörlingen von Seminaren, die ihrem Aufstufungskreise unterstellt sind, Stellen zu übertragen. Gelingt es einem Berliner Seminaristen, außerhalb Stellung zu finden, so ist diese meistens von kurzer Dauer und wird nach Anzahl der Stunden bezahlt. Nach Lage der Dinge sind die meisten entlassenen Seminaristen des letzten Semesters noch ohne Stellung und bilden in gewissem Sinne ein Lehrerproletariat, welches in steter Zunahme begriffen ist. Sofern der Magistrat in seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Anstellung von Seminar-Aspiranten verharrt, muß das fernere Bestehen des Berliner Seminars ernstlich in Frage gestellt werden.

In Ehren des Evangelischen Vereins findet sich in der „Kreuz-Zeitung“ eine Notiz, welche die sogenannte Liebesthätigkeit dieser christlichen Organisation über den grünen Alee lobt. „Seine Häuser in der Oranienstraße“, so heißt es von dem Verein, „waren lange Zeit der Ausgangs- und einzige Mittelpunkt für fast alle Anregungen und Arbeiten auf dem Gebiete der Inneren Mission und der christlichen Liebesthätigkeit in Berlin.“ Vielleicht hat die „Kreuz-Zeitung“ recht. Ist dem aber so, dann sollte von interessierter Seite dafür gesorgt werden, daß der Gummischlauch, der auf der Herberge zur Heimath wiederholt eine Rolle spielte, doch endlich einmal seiner dominirenden Stellung entkleidet werde. Schon häufig mußten wir über geradezu unerhörte Mißhandlungen berichten, denen die Gasse aus recht unbedeutenden Anlässen ausgelegt waren. Die derartige Straßensperren mit der christlichen Liebesthätigkeit in Zusammenhang zu bringen, ist uns unklar. Vielleicht giebt die „Kreuz-Zeitung“ Aufklärung.

Der Siebenschluß der Berliner Großgeschäfte in den Sommermonaten soll jetzt in größerem Maßstabe zur Durchführung gelangen. Die Ueberwiegende Mehrzahl der Geschäftsinhaber, besonders in der Tuch- und Konfektionsbranche, haben sich zur Einführung dieser Reform verpflichtet. Also berichten bürgerliche Blätter. Hoffentlich stimmt die Meldung.

Der städtische Schullektor C. Schumacher, Leiter der 154. Gemeinde-Mädchenschule, Zehdenicherstr. 17/18, ist infolge einer Blutvergiftung gestern im 70. Lebensjahre gestorben. Unter besonderer Ehrung durch die vorgesetzten Behörden hat Rektor Schumacher am 31. März d. J. unter zahlreicher Theilnehmung seiner vielen Freunde sein 50jähriges Amtsjubiläum feiern können.

Die Konsumenten des Syphonbieres haben bis jetzt noch keine Garantie dafür, daß die angegebene und zur Vermeidung gestellte Bierzahl auch wirklich in den Gefäßen enthalten ist. Einige der Gesellschaften, welche sich mit dem Vertrieb von Syphonbier befassen, verwenden zwar Glasbehälter, bei denen man den Inhalt im Gefäße sehen kann; andere Behälter tragen dagegen kein äußeres Merkzeichen, welches auf den vorhandenen Inhalt schließen ließe. Es ist daher eine Bewegung im Gange, welche erstrebt, daß auch das Syphonbier nur in geeichteten Gefäßen geliefert werde.

Den Werberischen Obsthändlern, die nun bald wieder mit ihren Früchten in Berlin eintreffen werden, ist in diesem Jahre hinsichtlich der Zeitdauer, in der sie ihre Waare öffentlich feilhalten dürfen, von der Markthallen-Direktion eine Beschränkung auferlegt worden. Die Werberischen haben am Reichstags-After vor der Dorotheen-Markthalle einen Platz gepachtet, auf dem sie ihre zu Schiff von Werder ankommenden Obsttinnen aufstellen. Während sich nun das Großgeschäft stets bereits in den frühen Morgenstunden abzuwickeln pflegt, wurde bisher hauptsächlich von den Händlern am Werber der Kleinhandel vor der Markthalle den ganzen Tag über bis zu den Abendstunden betrieben. Von jetzt ab aber wird der Obstleinhandel vor der Dorotheen-Markthalle während der Zeit von 1 bis 5 Uhr nachmittags nicht mehr erlaubt.

Nicht sehr angenehm wirkt auf die Besucher des Thiergartens und der städtischen Parkanlagen der Anblick der vielen fortgeworfenen Stullenpapiere und Speisereste, die fast bei jeder Bant auf den Wegen sowohl als auch auf dem Rasen sich vorfinden. Um diesem Uebelstande soweit als möglich abzuhelfen, hat sich die Parkdeputation mit der Schuldeputation in Verbindung gesetzt, um durch Einwirkung der Rektoren auf die Schulleiter diese in geeigneter Weise zu belehren. Die Parkdeputation beabsichtigt, in den städtischen Parkanlagen Hörbe zur Aufnahme des Papiers aufzustellen. Es wird angenommen sein, daß das Publikum sich die geringe Unsitte allmählich abgewöhnt.

Eine ungewöhnliche Steigerung des Verkehrs und der Einnahmen verzeichnen fortgesetzt die Berliner Personenbeförderungs-Gesellschaften infolge der Herabsetzung ihrer Fahrpreise. So hat die Große Berliner Straßenbahn allein im ersten Drittel dieses Jahres bis zum Ende des vorigen Monats 5 300 942,02 M. oder 487 896,01 M. mehr als im Vorjahre eingenommen. Auf den Tag vertheilt, hat sich der Durchschnitt um 3765,81 M. oder auf 48 440,82 M. gehoben. Auch die Kleine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hat im Monat April 164 211,80 M., d. h. 12 408,20 M. mehr als im Vorjahre eingenommen.

Von den Summen, die in Berliner Hotels stehen, und mit denen diese „arbeiten“, giebt die Verpächter des „Continental-Hotels“ eine Vorstellung. Die die „Weltwirtschafts-Zeitung“ mittheilt, berichtet der Vorsitzende der Berliner Hotelgesellschaft in der letzten Generalversammlung, daß das „Continental-Hotel“ in den letzten fünf Jahren mit Ausnahme des Auslieferungsjahres nur mit Verlusten gearbeitet habe. Diese betragen jährlich 73 000, 100 000, 55 000, 44 000 und 120 000 Mark. Die Hotelgesellschaft will daher die Hotelwirtschaft auf den „Kaiserhof“ beschränken und hat das „Continental-Hotel“ an den Hoftraiteur Adlon verpachtet. Sie glaubt, die Wirtschaft werde besser gedeihen, wenn der Leiter im Hotel wohne. Der Pachtvertrag läuft vom 1. Oktober d. J. bis zum 30. September 1905 mit einem Optionsrecht bis zum 30. September 1912. Die Pachtsumme beträgt jährlich 130 000 M. und ist in Monatsraten zahlbar. Dem Pächter steht es jederzeit frei, das Hotel unter Uebernahme von darauf eingetragenen 2 Millionen Mark Hypothekenschulden zu einem Preise von 3 350 000 M. käuflich zu erwerben. Vorräthe und Inventar gehen an den Pächter über.

Ein Raubanschlag, der den Tod des Ueberfallenen zur Folge hatte, ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche gegen den königlichen Diener Johann Mundi aus der Rieberlagstraße 3 verübt worden. Mundi, ein schon bejahrter Junggeselle, ging am Donnerstags Nachmittags von Hause weg, angeblich um zu baden. Nachdem er mehrere Schantwirthschaften besucht hatte, wurde er schließlich in der Nacht zum Freitag von Bewohnern des Hauses Artilleriestraße 14 dort schwer verletzt und bestimmungslos auf dem Fluß liegend aufgefunden und in die königliche

Klinik gebracht. Am Sonntag erst kam er hier wieder zur vollen Besinnung und machte Angaben über das, was mit ihm vorgegangen war. Hierauf wurde M. auf der Treppe des Hauses Artilleriestr. 14 von zwei Männern überfallen, nachdem er eben das Haus mit einem Mädchen betreten hatte. Ob die Strolche sich bereits in dem Hause befanden haben, oder ihm und dem Mädchen gefolgt waren, wußte er nicht. Die beiden Männer, einer hinterseht, der andere groß, bager und hochig, packten und schlugen ihn und raubten ihm das Portemonnaie und Uhr und Kette. Als der Ueberfallene um Hilfe rufen wollte, schlug ihn der lange Reich so wuchtig, daß er stürzte, todt-ge schlagen zu werden, und sich daher ruhig verhielt. Nach der Verwundung packten ihn beide Männer und warfen ihn von der etwa zwölf Stufen hohen Treppe in den Fluß hinab. Hier mißhandelten sie ihn noch und ließen ihn dann liegen. In der Klinik wurden ein Bruch des rechten Oberarmes und schwere Verletzungen am Kopf und am Unterleib festgestellt, denen der Ueberfallene am Dienstag Nachmittags erlegen ist. Die beiden Thäter waren gestern, Donnerstag Nachmittags, noch nicht ermittelt.

Wahnsinnig geworden ist der Maurer Anton Lisiewicz, der Liesenstr. 3 wohnt. Bürgerliche Blätter bringen den Ausbruch der Geisteskrankheit mit dem Umstande in Beziehung, daß Lisiewicz sich auf dem Neubau Hochstr. 35 der Streifenbrecheri schuldig gemacht habe. Ob diese etwas zurechtgestuimte Meldung zutrifft, wissen wir nicht.

Nach Spandan gebracht wurde gestern der Garde-Artillerist D. von der 5. Eskadron. Seiner Verurtheilung zu einer längeren Festungsgefängnißstrafe liegt ein Zusammenstoß mit dem Gefreiten K. auf der Stallwache zu Grunde. D. weigerte sich, eine ihm von K. aufgetragene Stallarbeit zu verrichten, und griff dem Gefreiten thätlich an, als dieser ihm einen Stoß versetzte. Der Gefreite erhielt für seine Pflichtwidrigkeit 9 Tage Mittelarrest.

Bei einem Fluchtversuch aus der Privat-Heilanstalt für Gemüthskranke von Dr. Waldschmidt in Bestand ist gestern früh ein junges Mädchen, die Tochter eines Fabrikanten aus Altona, schwer zu Schaden gekommen. Das Mädchen sprang in der Nacht aus dem ersten Stock zum Fenster hinaus, verletzete sich aber so schwer, daß es nicht weiter kommen konnte. Wäckerungen fanden die Kranke, die sich einen Bruch des rechten Fußes und aufsteigend auch des Kreuzes zugezogen hatte, um 4 Uhr morgens hilflos in der benachbarten Erdmann'schen Villa liegen. Von hier brachte man sie in ein Krankenhaus.

### Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden gebeten, am Sonntag früh 7 Uhr in folgenden Lokalen zur Flugblatt-Verbreitung anzutreten: Ost, Brunnenwallstr. 110. Klein, Marienburgerstr. 7. Schilling, Rühländerstr. 10. Steppuhn, Hohenstaufenstr. 83. Büchel, Guplowstraße 9. Grimm, Siegfriedstr. 9. Hauzer, Sedanstr. 31. Auch ohne persönliche Einladung hat jeder zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Mariendorf. Die Parteigenossen werden ersucht, zu der am Sonntag, den 15. Mai, stattfindenden Flugblatt-Verbreitung sich früh 7 Uhr im Lokale des Herrn Ebel, Chausseestraße, einzufinden. Es ist Ehrenpflicht der Parteigenossen, sich während der Wahlbewegung dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen.

#### Der Vertrauensmann.

Ober-Schöneweide. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hält am Sonnabend, den 14. Mai, im Lokale von Gaserland seine Versammlung ab. Gäste haben Zutritt. Am rege Theilnahme ersucht Der Vorstand.

Baumjünlentweg. Da die Wählerlisten nur vom 18.-25. Mai zur Einsichtnahme ausliegen, erklärt sich unterzeichnetes Komitee bereit, für diejenigen Wähler, welche verhindert sind, persönlich die Liste einzusehen, Adressen abends von 7 Uhr ab entgegen zu nehmen. Ferner weisen wir noch darauf hin, daß am Sonntag, den 15. d. M., morgens 8 Uhr, eine Flugblatt-Vertheilung stattfindet. Treffpunkt: Lokal Rudolf, wozu um rege Theilnahme ersucht wird. Das Wahlkomitee: Beer, Ernststr. 10. Deutler, Ernststr. 16. Godel, Baumjünlentstr. 32. Krohne, Altes Holzweg, Road, Baumjünlentstr. 77. Pletsch, Baumjünlentstr. 32. Schieffe, Baumjünlentstr. 75.

Wilmersdorf. Sonntag, den 15. Mai, findet in unserem Ort eine allgemeine Flugblatt-Verbreitung statt. Ich ersuche die Parteigenossen, welche geneigt sind, bei der Verbreitung zu helfen, Sonntag Morgen 7 Uhr im Volksgarten, Berlinstr. 40, pünktlich zu erscheinen. Ferner mache ich auf die Volksversammlung, welche Sonntag Nachmittags stattfindet, aufmerksam. Siehe Annonce. Der Vertrauensmann.

Weihensee. Der bevorstehenden Reichstagswahlen wegen finden am Sonntag, den 15. Mai, abends 6 Uhr, fünf öffentliche Wähler-Versammlungen in folgenden Lokalen statt: 1. Abtheilung: Deutscher Schützen-Verein, Ecke des Heinersdorfer Wegs und der Generalstraße; 2. Abtheilung: Röhne, Adlstr. 20; 3. Abtheilung: Loosmann-Rachpolder, Ecke der Friedrichs- und Streunstraße; 4. Abtheilung: Epedamm, König-Chaussee 55; 5. Abtheilung: Sorrer, Strahlburgstraße 56. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen; 2. Diskussion. Referenten: Gerstenberger, Wein, Paad, Karm, Pafewald. Der Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahlen wegen wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Einberufer.

Die Parteigenossen von Oris werden ersucht, sich zu der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung morgens 7 Uhr bei Karl Dorn, Bürgerstr. 4, einzufinden. Der Vertrauensmann.

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Carl Conrad eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Wolfgang Heine über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird. — Am Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, wird Genosse Stadthagen in Mahndorfer Röhle im Saale der Frau Goldberg und nachmittags 5 Uhr in Schöneiche im Lokale von Ebeling über die bevorstehenden Reichstagswahlen referieren. Die Vertrauensperson.

Röpenitz. Sonntag früh 7 Uhr ist Flugblatt-Vertheilung. Die Parteigenossen werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich beim Genossen Hein, Adlershoferstraße 6, einzufinden. Ferner sei darauf hingewiesen, daß der Magistrat die Stadt Röpenitz aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl in sieben Wahlbezirke eingetheilt hat. Die Abtheilung mit der Dammvorstadt bilden zwei Wahlbezirke, ebenso die Kiegevorstadt, während die Kömische Vorstadt diesmal in drei Bezirke zerlegt ist. Die Glienickerstraße ist nämlich abgetrennt und bildet einen eigenen (7.) Wahlbezirk, für welchen das Gesellschaftshaus in der Grünauerstraße als Wahllokal bestimmt ist.

Die Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß die Listen des Wahlkomitees zum Einzeichnen für diejenigen Wähler, welche absolut keine Zeit haben, selbst die Wählerlisten einzusehen, vom Sonntag ab in beiden Orten in den Lokalen, wo der „Vorwärts“ anliegt, sowie in den beiden Zigarrengeschäften in Steglitz bei Ost, Düppel- und bei Rahl, Herderstraße ausliegen. Die Wählerlisten selber liegen vom 18. d. M. ab während der Bureaustunden in Steglitz im Rathhause und in Friedenau im Amtsbureau, Herzigstraße, aus. Da in die Zeit, wo die Listen ausliegen, der Himmelfahrtstag und ein Sonntag fällt, und die Bureau an den beiden Tagen bis mittags 12 Uhr geöffnet sind, so wäre es Pflicht der Parteigenossen, an diesen beiden Tagen selbst hinzugehen und die Listen einzusehen. Ferner geben wir noch bekannt, daß am Sonntag eine Flugblatt-Verbreitung stattfindet. Treffpunkt früh 7 Uhr in Steglitz bei Schellhase, Altonstr. 15a, und in Friedenau bei Grube, Kaiser-Aller. Es ist Pflicht der Parteigenossen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Dem gehören rechtmäßig die Fleischproben, welche zwecks der Trichinenschau entnommen werden? Diese Frage beschäftigt vorgerathen den in Rixdorf abgehaltenen Bezirkstag der Schlächtermeister der Provinz Brandenburg. In den meisten Städten werden die Fleischproben von den Schlachthaus-Verwaltungen verworfen und nur in einzelnen wenigen Gemeinden erhalten die Ve-



figer des untersuchten Viehes die Proben zu ihrer eigenen Verwertung zurück. In anderen Städten wiederum, wie zum Beispiel Potsdam, werden die Proben als zur menschlichen Nahrung ungeeignet vernichtet. In Berlin wurden die Proben früher im Interesse der Schlachthof-Verwaltung verwertet, bis schließlich die Interessenten zusammentraten, die Proben für sich reklamieren und dieselben durch schriftlichen Vertrag der Berliner Schlachthofverwaltung überließen, welcher jetzt sämtliche Proben übergeben werden. Der Erlös derselben, etwa 7000 M. jährlich, fließt in eine Unterstufungskasse. Diefem Beispiele wollen nunmehr auch zahlreiche andere Jmmungen der Provinz folgen, da man allgemein der Ansicht ist, daß die eintommenden Proben unbestreitbares Eigentum der Schlachtenden bleiben und auch keinerlei Bedenken gegen deren Verwertung vorbringen könnten. Um einen Präzedenzfall zu schaffen, soll die Jmmung zu Potsdam gegen den dortigen Magistrat die Auslieferung der Fleischproben an die Jmmung im Prozeßwege erstreiten. Die Kosten des Prozesses trägt der Provinzialverein.

## Soziale Rechtspflege.

**Hauptmann a. D. Schön und die anarchische Waschl-direktrice.** Ein Herr Schön ist jetzt Inhaber einer Dampf-wäscherei, früher war er Hauptmann. Er machte vor dem Gewerbegericht gegen eine Entschädigungsfrage seiner vormaligen Direktrice eine ganze Reihe angeblicher Entschädigungsgründe geltend. Die Dame soll vor allem durch Liebäugeln mit den ihr unterstellten Personen die Geschäftslinteressen verlegt und das Vertrauen des Chefs mißbraucht haben. Herr Schön behauptete mit Empfindlichkeit, die Klägerin noch 14 Tage länger im Geschäft geblieben wäre, dann hätte sie dort die reine Anarchie eingeführt und seine Arbeiterinnen alle auf den Kopf gestellt. Weiter machte er der fürchterlichen Direktrice zum Vorwurf, den Gehorsam verweigert zu haben. In letzterer Beziehung wurde festgestellt, daß die Klägerin, der bereits gekündigt war, bei der Reinigung einer Dede ein nur ihr bekanntes chemisches Mittel nicht anwenden wollte; das einfache Waschen genügte nicht, so daß die Dede nicht rein wurde. Dieser Vorfall führte zur Entlassung der Klägerin. Die Kammer I des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerberichters Tschow verurteilte den Beklagten, der Klägerin 4650 M. zu zahlen. Der Vorsitzende führte begründend aus: Von den gegen die Direktrice geltend gemachten Thatsachen seien die meisten Herrn Schön bei der Entlassung schon länger als eine Woche bekannt gewesen, sie könnten deshalb nach § 123 der Gewerbe-Ordnung als Entschädigungsgründe nicht mehr berücksichtigt werden. Der Streit wegen der Dede berechtige nicht zur sofortigen Entlassung. Im übrigen brauche die Direktrice in einer Dampfwascherei keine chemischen Mittel anzuwenden und vor allem habe sie es nicht nötig, dem Chef ihre Geheimnisse preiszugeben. Mühen chemische Mittel angewendet werden, dann habe sich der Inhaber der Wäscherei um diese Mittel zu bemühen und nicht die Direktrice.

**Die Krankenunterstützung versicherungspflichtiger Personen beim Wechsel der Kaszenghörigkeit** betrifft eine wichtige Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Das Gericht hatte sich zum ersten Male mit der Frage zu beschäftigen, welchen Einfluß der Hebertritt aus einer Kasse in eine andere auf eine zur fraglichen Zeit bestehende Unterstützungs-pflicht ausübt. Der Schloffer Schallion war während seiner Beschäftigung in einer hiesigen Staatswerkstätte bei der Betriebs-Kranken-Kasse für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Berlin versichert. Diese Kasse gewährt ihren Mitgliedern auch bei Erkrankungen ihrer Familienangehörigen Unterstützungen. Die Frau des genannten Schloffers wurde nun gerade in der Charité verpflegt und behandelt, als ob sie eine Stellung als Hülfsheizer im Eisenbahn-Direktionsbezirk Radowitz angetreten müßte, wodurch er aus der hiesigen Betriebskasse hinauskam und Mitglied der Betriebskasse in seinem neuen Tätigkeitsgebiet wurde. Die Krankheit der Frau war ziemlich langwierig. Die Kosten der Behandlung und Verpflegung trug vorläufig der Ortsarmen-Verein Berlin, er verlangte jedoch dann einen Teil mit 62,66 M. gemäß dem Krankenversicherungs-Gesetz von der Eisenbahn-Betriebskasse für den Direktionsbezirk Berlin ersetzt. Er legte der Forderung den ganzen Betrag zu grunde. Die Kasse wollte aber nur 9,83 M. zahlen und machte geltend, sie habe nur aufzukommen für die Zeit, wo sie ihr Mitglied gewesen sei. Er sei am 14. Oktober 1896 ausgeschieden, während seine Frau bis zum 2. Januar 1897 im Krankenhaus gelegen habe. Die in dieser Zeit entstandenen Kosten gingen die Kasse garnichts an. Nachdem der Bezirksauschuß zu ungunsten des Armenverbandes entschieden hatte, legte letzterer Revision ein. Das Ober-Verwaltungsgericht vertrat im ersten Termin die Verhandlung, um den Handelsminister zu einer Senkung zu veranlassen. In der neuen Verhandlung fandte der Minister denn auch einen Kommissar, der den Standpunkt der Kasse billigte. Der 8. Senat des Gerichts bestätigte darauf die Vorentscheidung mit folgender Begründung: Wenn während der Krankheit ein Kaszengwechsel eintritt, wie hier, dann häre in demselben Moment die Verpflichtung der alten Kasse auf und es trete ein die Verpflichtung der neuen Kasse nach Rückgabe ihres Status.

## Gerihts-Zeitung.

**Die wenig solidarische Handlungsweise einer Anzahl Maurer** hatte die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Folge, das sich gegen die Maurer Ludwig und Hünze richtete. Der Fall, welcher seinerzeit in der Presse mit vielen Lärm behandelt wurde, beschäftigte gestern das Schöffengericht am Amtsgericht II. Ende Oktober vorigen Jahres brach im äußersten Westen Berlins, am Kurfürstendamm und den angrenzenden Straßen, ein Maurerfreil aus. Die Maurer verlangten statt des ungenügenden Lohnes von 50 bezw. 55 Pf. einen Lohn von 60 Pf. für die Stunde. Die zahlreichen Arbeiter am Gymnasialbau, der auf Wilmerdorfer Gebiet aufgeführt wurde, beteiligten sich ebenfalls an der Arbeits-einstellung. Den Bau des Gymnasiums hatte der Baumeister Gannusche übernommen. Dieser zog von seinen anderen Bauten Maurer heran, die zwar auch nicht unter 60 Pf. arbeiten wollten, aber sich doch dazu bereit fanden, in Accord zu arbeiten. Da die Verständigung zwischen Meister und Gesellen erst kurz vor der Mittagszeit zu stande kam, gingen die Maurer in das Förster'sche Lokal, um Mittag zu essen. Bald darauf erschienen 30 bis 40 feiernde Maurer in demselben Lokal, die den Arbeitswilligen Ver-würfe machten. Es kam zu Thätlichkeiten, die dahin führten, daß die 12 Arbeitswilligen durch die Schaar ihrer Gegner hindurch stürzten, um ins Freie zu gelangen. Als sie drängen aber eine noch größere Anzahl solidarisch handelnder Maurer stehen sahen, zogen sie sich angstvoll in den Keller des Hauses zurück. Hier wollten sie nun von den Ausständigen ausgedrängt werden sein; d. h. sie behaupten, daß die Streikenden brennende Strohbindel vor die Keller-türen geschoben hätten, um sie zum Verlassen der unbedeutenen Kammlichkeit zu bewegen. Als die Vertreter der Obrigkeit auf dem Plane erschienen, war von diesem Vorhaben aber nichts mehr aufzufahren, und auch eine weitläufige Untersuchung, die eingeleitet wurde, förderte keinerlei Resultat zu Tage. Nur die beiden Maurer Ludwig und Hünze hatten sich gestern zu verantworten. Auf Veranlassung des Verteidigers Leonhardt Friedmann war ein großes Aufgebot von Entschuldigungen erfolgt, es bedurfte aber dieses umfangreichen Apparates garnicht, denn die Belastungszeugen vermochten nicht, die Angeklagten zu belasten. Sie wollten zwar mißhandelt worden seien, die Thäter waren ihnen jedoch unbekannt geblieben. Nur bezüglich des Maurers Ludwig ließ sich feststellen, daß er zu dem einen Arbeitswilligen gesagt hätte: „Wir streiken, um besserer Lohn zu erhalten und ihr arbeitet und direkt entgegen!“ Der Staatsanwalt wollte den „Krawall“ als Analogie zur Zusammenrottung und zum einfachen Landfriedensbruch darstellen, doch dagegen verwarfte sich der Verteidiger. Bei Hünze ließ nicht einmal erwiesen, daß er überhaupt an dem „Krawall“

theilgenommen habe und bei Ludwig könne von einer Verfassungsverletzung, Verletzung oder gar Nötigung nicht die Rede sein. Im Sinne des Verteidigers erkannte der Gerichtshof, daß in den mahnenden, oder nicht drohenden Worten Ludwigs ein Vergehen gegen § 153 nicht zu finden sei. Anwendung körperlichen Zwanges liege in keiner Weise vor. Bei Hünze sei zu erwiesen, daß er sich an dem Vorgange überhaupt betheiligt habe und deshalb seien beide Angeklagte freizusprechen.

**Eine für das Bäckergewerbe wichtige Entscheidung** ist jetzt in letzter Instanz vom Bezirksauschuß gefällt worden. Die Polizeiverordnung vom 19. September 1891 verbietet die Eröffnung der Schankkonzessionen für solche Räume, in denen ein dem Schankgewerbe fremdartiges Gewerbe betrieben wird. Was hierunter zu verstehen ist, ist eine alte Streitfrage, deren Entscheidung namentlich für Feinbäcker und Konditoren von Bedeutung ist. Der Stadtmagistrat hat sich bisher immer auf den Standpunkt gestellt, daß den Konditoren und Feinbäckern eine Konzession auf Grund jener Polizeiverordnung nicht zu verweigern sei. Hat dagegen stets daran festgehalten, daß bei den Bäckern, die nur Brot und grobe Backwaare herstellen, die Verordnung Platz greift und sie eine Schankkonzession nicht erhalten dürfen. Gegen diesen Standpunkt hat jetzt Rechtsanwält Leop. Meyer in einem bestimmten Falle mit Erfolg beim Bezirksauschuß angeklagt. Er führte aus, daß die Berechtigung zu einer solchen Unternehmung seiner und grober Backwaare entschieden nicht anzuerkennen und die letztere keineswegs als das Produkt eines fremdartigen Gewerbes im Sinne jener Polizeiverordnung anzusehen sei. Der Bezirksauschuß trat dieser Ansicht bei und erteilte die nachgeforderte Schankkonzession.

**Der Vorsitzende des Radatiparvereins Berlin, Rheinsbergerstraße 27, bittet uns, zu dem am 11. Mai unter Gerichtszeitung gebrachten Bericht mitzutheilen, daß sein Verein nicht den erwähnten Prozeß geführt habe.**

**Die Uhr im Kleinstopf.** Unter der Anklage des Diebstahls stand gestern der Tapezierergeselle Franz W. vor der 137. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte hatte eines Tages bei einer Kundin seines Meisters eine Stube zu tapezieren. Nachdem er mehrere Stunden thätig gewesen war, kam die Bewohnerin des Zimmers hinein, um ihre Uhr zu holen, welche an der Wand hängen geblieben war. Die Uhr war verschunden und alle Durchschneidungen sowohl des Rahmens wie der Person des Angeklagten waren ver-gelblich. Am folgenden Morgen rührte der Meister den Inhalt des Kleinstopfes um. Er fiel auf einen harten Gegenstand und förderte die Uhr nebst Kette zu Tage. Nur der Angeklagte konnte die Uhr hineingeworfen haben. Wahrscheinlich hatte er sich derselben auf diese Weise entledigt, als die Uhr vernichtet wurde und er behauptete, daß sie bei ihm gefunden wurde. Der Angeklagte behauptete im Zorn, daß die Uhr wohl auf dem Tisch gelegen habe, auf dem die Tapeten ausgebreitet wurden. Dabei möge sie zufällig in den Kleinstopf gerathen sein. Er habe die Uhr nicht entdeckt, obgleich er im Laufe des Tages noch viele Male in dem Kleinstopf umgerührt habe. Der Gerichtshof glaubte nicht an alle diese Zufälligkeiten, sondern hielt den Angeklagten des Diebstahls für überführt und verurtheilte ihn zu einer Woche Gefängnis.

## Wahlversammlungen.

**Für den fünften Wahlkreis** fand am Mittwoch eine Volks-versammlung in der Brauerei „Friedrichshain“ statt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, darunter viele Frauen, füllten den großen Saal. Genosse Singer sprach über das Thema: Das deutsche Volk und die Reichstagswahlen. Er feingekennzeichnet in treffender Weise die Haltung der gegnerischen Parteien zu den im Vordergrund der Wahlbewegung stehenden Fragen: Handelspolitik, Schutz des allgemeinen Wahlrechts und des Koalitionsrechts, und legte, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, die Stellung der Sozialdemokratie zu diesen Fragen, sowie deren ablehnende Haltung gegenüber dem Militarismus und Marinismus dar. Auf die Verhältnisse des fünften Wahlkreises eingehend, führte der Redner aus, daß hier die freisinnige Partei der zwar nicht von uns gefürchtete, aber doch hauptsächlich in betracht kommende Gegner sei. Wenn es auch richtig sei, daß die Freisinnigen in manchen politischen Fragen im Reichstage mit uns zusammen gestimmt haben, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß uns in wirtschaftlicher Beziehung eine tiefe Kluft von ihnen trennt, daß sie in Fragen des Arbeiterthums, wo sie nicht direkt kein gesagt, doch alle möglichen Verleumdungen angebracht haben, und daß ihre Haltung gegenüber der Bäckerei-Verordnung der Sonntagsruhe, des Auktuar-Ladenschlusses durchaus keine vollenfreundliche gewesen sei. Der Redner erinnerte auch daran, daß die Freisinnigen im Landtage, wo sie in der Minorität sind, für das allgemeine Wahlrecht eintreten, daß sie dagegen in Kommunalver-ordnungen, wo sie über die Mehrheit verfügen, sich als Gegner des allgemeinen Wahlrechts gezeigt haben. Der Redner schloß seinen fast zweistündigen Vortrag mit der Aufforderung zur Agitation für den Kandidaten der Sozialdemokratie, der jugendfrischen Partei, welche berufen sei, die altersschwache bürgerliche Klasse von der Herrschaft abzulösen. Durch begeisterten Beifall gaben die Versammelten ihre Zustimmung zu den Ansichten des Vortragenden zu erkennen. Die beiden gegnerischen Kandidaten des fünften Wahlkreises waren zu der Versammlung eingeladen aber nicht erschienen. In der Diskussion nahm zuerst Frau Greifenberg das Wort. Sie wendete sich besonders an die Frauen und Mädchen, und forderte dieselben auf, ihre Kräfte in den Dienst der Wahlagitation zu stellen, dann können die Frauen sagen: Wenn wir auch kein Wahlrecht haben, so haben wir doch mitgeholfen an dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten. Nachdem noch ein Redner für die Sozialdemokratie gesprochen, trat ein Freisinniger in entsehrlich langweiliger Weise ein Sammelurium heinlicher Einwendungen gegen unsere Partei, sowie allerhand abgehandene Klaffereien über einzelne Personen aus unserer Reihen vor. Mit bewundernswürdiger Geduld, wenn auch manchmal ihrem Unwillen über die gar zu weit gehende Inanspruchnahme derselben Ausdruck gebend, ließ die Versammlung diese Rede über sich ergehen. Genosse Singer, der zum Schluß dieses Redner in gebührender Weise heimleuchtete, konnte mit recht sagen, daß der Herr in keiner Versammlung irgend einer anderen Partei mit solcher Geduld angehört werden würde, wie es, dank der Disziplin unserer Partei-genossen, hier geschähe sei. — Eine Resolution, welche die Anwesenden verurtheilte, mit aller Kraft für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, fand einstimmige Annahme. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie endete die Versammlung.

**Die „Königsirenen“ des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises** hatten am Montag eine Versammlung nach der Tonhalle einberufen. Troy Säulenschlag, Aufforderung in den Wäutern der Partei etc. waren doch nur 43 Personen erschienen, in welche Zahl noch Kolporteurs, Gegner und Bedienungspersonal einbezogen sind. Die Mehrzahl bemerkte der Vorsitzende, daß der Referent da sei, der zu präsentierende Kandidat ebenfalls vorhanden, nur — die Wähler seien ausgeblieben und deshalb könne die Versammlung nicht stattfinden. — Mit langen Gesähten zogen die enttäuschten, vereinigten Christlich-Sozialen, Deutsch-Sozialen und Konserwativen ab und die große Tonhalle harrt nun besser besuchter sozialdemo-kraischer Versammlungen.

**Das gleiche Schicksal** hatte eine freisinnige Wähler-versammlung in 4. Wahlkreise. Dieselbe war vom Alexanderplatz-Bezirksverein am 11. d. M. nach dem Restaurant Ragenhofer, Landdbergerstr. 73, einberufen und sollte der freisinnige Kandidat für den 4. Wahlkreis, Rechtsanwalt Sonnenfeld, sprechen. Es waren aber nur 20 Personen erschienen und weigerte sich daher der Rechtsanwalt Sonnenfeld zu sprechen und mußte daher die Versammlung ohne Resultat aufzulösen.

**Die Handlungsgehilfen und der neue Reichstag** lautete das Thema einer öffentlichen Versammlung der Kaufleute, in der am Mittwoch der Reichstagskandidat des ersten Berliner Reichstags-

Wahlkreises Genosse Bösch referirte. Der Redner wies eingehend auf die wirtschaftlich kapitalistische Entwicklung, die sich auch im Handelsgewerbe in sehr schnellem Tempo vollzieht und die es im wesentlichen bedingt, daß die Handlungsgeschäfte in ihrer Vergrößerung, ebenso wie die Arbeiter aus ihrer Vertheilung, keine wirtschaftlich selbständige Stellung erlangen können. In Anknüpfung hieran behandelte der Redner die bisherigen „Erwerbsverhältnisse“ auf dem Gebiete der jetzt vollkommen im Stoden gerathene Sozialreform-Gesetzgebung, die trotz der ganz minimalen Vortheile für die Arbeiterklasse, den heftigsten Sturm des gesammten Unternehmertums entfesselt hat. Er verwies sodann auf die Notwendigkeit einer geeigneten gesetzlichen Regelung der verschiedenen, die Handlungsgeschäfte ihrer schädigenden Verträge bestimmungen, u. a. die bekannte Konkurrenz-Regelung, die dem Fortkommen des Einzelnen hinderlich im Wege steht. Er forderte die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte nach Art der Gewerbegerichte und erläuterte die Notwendigkeit und die sehr leichte Durchführbarkeit der vorkühnigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sowie die Beschränkung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß überhaupt. Im Anschluß hieran feingekennzeichnet der Redner das lässliche Verhalten aller bürgerlichen Parteien zu den Forderungen der Handlungsgeschäfte, um deren Stücken sie bei den Wahlen werben, und kritisierte ihre ablehnende Stellungnahme zu den von den Sozialdemokraten gelegentlich der Revision des Handels-gesetzes im Reichstage eingebrachten, für die Handlungsgeschäfte günstigen Anträgen. Mit dem Hinweis auf das arbeiterfeindliche Vorgehen aller bürgerlichen Parteien, die eine Ausnahme der Interessen kapitalistischer Interessengruppen vertreten, forderte der Referent zum Schluß alle diejenigen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine völlige Sonntagsruhe und überhaupt geordnete und bessere Zustände für die gesammten Handlungsgeschäfte schaffen wollen, auf, am Tage der Wahl für die Sozialdemokratie, der zielbewußten und recht-mäßigen Vertreterin der Arbeiterklasse zu stimmen. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Diskussion wurde von dem national-sozialen Herrn Kischall, der unvorsichtig sich für die notwendige Erweiterung der Versammlungs-befugnisse Sorge trägt, mit dem gänzlich unzulässigen Versuch, einmal abthätlich den Beifall zu spielen, eingel-eitet. Sankt war es dasselbe alte hoch gehörte Spielchen, daß von diesem Herrn vorgetragen wurde. Kolonial- und Handelspolitik mit einer tiefen Kriegesflotte, die dem Deutschen Reiche neue Absatzgebiete erschließen und das Aussehen und die Macht Deutschlands am letzten soll. Und auf der anderen Seite soll Sozialreform getrieben werden. Nach den Ausführungen dieses Herrn scheinen die National-Sozialen mit der vom Reichstage bewilligten Platte noch nicht zufrieden gestellt zu sein und noch eine zweite ähnliche Wühlage zu wünschen. In längeren, vortheilhaften Ausführungen charakteristische Handlungs-gebisse Waaß das arbeiterfeindliche Verhalten der verschiedenen Parteien, insbesondere das der freisinnigen Gruppen zu der Arbeit-schutz-Gesetzgebung und den Forderungen der Handlungsgeschäfte, als deren Vertreter sie sich bei den Wahlen so gern aufstellen. Ein ganzes Stundenregister gegen die bürgerlichen Parteien konnte der Redner vorbringen, durch welche die Handlungsgeschäfte in ihren vitalsten Interessen geschädigt wurden. Im weiteren Verweise der Redner auf die Wähler-sprache im Programm der National-Sozialen, kritisierte deren Taktik in der gegenwärtigen Wahlbewegung und empfahl, unter lebhafter Zustimmung der Versammelten, auch im ersten Wahlkreise nur für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, den Genossen Bösch, zu stimmen. Von den weiteren Rednern aus den Reihen der Handlungsgeschäfte wurden ebenfalls die verschiedenen Parteien heftig kritisiert, und von allen Rednern für ein energisches Eintreten für die Kandidaten der Sozialdemo-kraie plädiert. Der Kandidat der National-Sozialen im ersten Kreis, Herr Tischendorf, verurtheilte in seinen Ausführungen die Stellung seiner Partei zu rechtlichen und nachzuweisen, daß seine Partei nicht, wie ausgeführt wurde, überflüssig sei. W. Manasse sowie Bösch nahmen noch Veranlassung, auf die Ausführungen der Herren Kischall und Tischendorf einzugehen und es war ihnen ein Leichtes, sie mit ihrem neuen Rezept, die Arbeiterinteressen zu wahren, geistig abzulösen. Einstimmig gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten Bösch einverstanden erklärt und sich verpflichtet, am 16. Juni mit aller Kraft für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Nachdem der Vorsitzende Lissauer noch zum Abschluß an die Organisation und zur regen Agitation aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

**Die Anarchisten** hatten zum Mittwoch eine Versammlung nach dem Gesellschaftshaus in der Eminentenstraße einberufen, die nach der geringen Zahl der amstehenden Anarchisten unzufällig über den Stand ihrer Bewegung gab. Die überwiegende Mehrzahl der Versammelten bestand aus Sozialdemokraten. Der Referent Landauer war der Meinung, daß die Anarchisten eine bezüglich unbedeutende Rolle in der Wahlbewegung spielen. (Sehr richtig!) Die Oppositionsparteien ständen, trotzdem sie stärker nach links streben, nur in der Vertiefung der bestehenden Verhältnisse. Um den Kampf für das Koalitionsrecht und das geheime, direkte Wahlrecht treten die Votfragen und die Fragen des Sozialismus zurück. Es dürfte nicht gekämpft werden, weil etwas verloren gehen soll, denn darum dürfe man keine Ueberzeugung nicht aufgeben. Zwar sei im Parlament freie Rede, und diese Freiheit habe auch er schon zu genießen gewünscht (Wah!), aber es sei kein Wahlkreis zu bekommen, wo man sich nur verpflichtet, offen die Meinung zu sagen. Redner ist der Ueberzeugung, daß man sich nicht an den Wahlen beteiligen soll, weil die parlamentarische Arbeit nichts hilft. Einen ganz anderen Standpunkt nahmen seine Genossen Wierenthal und Paret ein. Sie führten aus, daß die Konsekrenz der Landauer'schen Ansicht sei, sich überhaupt nicht an dem politischen Leben und der wirtschaftlichen Reformen zu beteiligen, sondern sich in den Schmolwindele zurückziehen. Nach dem stürmischen Beifall, den diese Redner erzielten, schied Landauer bei seinen Genossen mit der Isolirtheit absolut kein Blick zu haben. Die sozialdemokratischen Ansichten brachten die Genossen du Chateau, Börm und noch mehrere zum Ausdruck, die klarlegten, daß es bei den Wahlen auf Verbreitung der sozialistischen Ideen und auf eine Heerschau der Unzufriedenen ankomme. Auch sei es nicht möglich, daß wirtschaftliche Vereinigungen ohne politischen Reichthum bestehen können. Landauer verließ eine Postkarte, auf der ihn angeblich ein Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei im Eintreten für die Wahlbetheiligung bittet. Auf die Aufforderung, den Namen dieses Vertrauensmannes zu nennen, meinte er, dieser würde dann von der Partei gemahregelt. Diese Behauptung entsehrte einen gerechten Entrüstungssturm in der Versammlung. Nachdem noch mehrere Redner für Wahlbetheiligung gesprochen und durch Anführung von Ansichten einiger Hauptvertreter der Bourgeoisie bewiesen hatten, daß diese nicht den Anarchismus, sondern den Sozialismus fürchtet, verließ der Vorsitzende folgende Reso-lution: „Die heutige Versammlung erklärt sich gegen die Landauer'schen Ansichten und für Wahlbetheiligung zu wirken.“ Als er darüber nicht abstimmen lassen wollte, sondern meinte, die Versammelten, die für die Resolution sind, könnten sich ja selbst wegen von den Plänen erheben, blieben nur vereinzelte sitzen. Mit dem festen Willen, sich an der Wahl zu beteiligen, verließen die anderen den Saal und die Versammlung hatte damit ihr Ende erreicht.

**Weissenfe.** Am Montag, den 9. Mai, fand hier eine öffent-liche Volksversammlung statt, in der der Kandidat des Kreises, Ge-nosse Stadthagen, einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Der reaktionäre Standpunkt der gegnerischen Parteien“ hielt. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde noch auf die am Sonntag, 13. Mai, stattfindenden fünf öffentlichen Wähler-versammlungen aufmerksam gemacht, ebenfalls auf die am 16. Mai statt-findende Frauerversammlung, in der Frau Dr. Braun referirt.

**Rixdorf.** In der Versammlung des Vereins „Vortwärts“ vom 10. d. M. sprach Genosse Obst über die nächsten Reichstagswahlen. Redner feingekennzeichnet in bereichernder Weise die Gefahren, die dem deutschen Volke erwachsen, wenn eine reaktionäre Mehrheit in den



nächsten Reichstag einzusetzen sollte. Am Schluß seiner Rede unterzog er ein im Kreise verbreitetes Flugblatt der Konserativen einer eingehenden Kritik und forderte die Vereinsmitglieder auf, sich recht regen an der Agitation zu beteiligen, damit unser bisheriger Vertreter im Reichstage, Fritz Jubeil, diesmal gleich im ersten Wahlgange gewählt werde. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Meyer. Es wurden sodann die Mitglieder Jenich und Burgardt laut § 6 Abs. a des Statuts ausgeschlossen. Der Vorsitzende, Genosse Klein, machte bekannt, daß die Volksversammlung in der neuen Welt nicht am 17., sondern am 18. Mai stattfindet; ferner werden die Genossen ersucht, sich am Sonntag an der Flugblattverbreitung zu beteiligen. Treffpunkt: Thomas, Bergstr. 102.

### Versammlungen.

Die Versammlung der Schraubendreher, die am 10. d. M. in Feuersteins Festhale tagte, hörte einen Vortrag des Herrn Dr. Joël. Diskussion fand nicht statt. Die Vertrauensleute wurden ersucht, baldigst Abrechnung zu liefern.

Der Zentralverein der Brauereiangestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin) hielt am 7. Mai seine General-Versammlung ab. Brille gab in derselben den Geschäfts- und Jahresbericht pro I. Quartal 1898. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 106 M. 81 Pf., Ausgabe 28 M. 69 Pf., mithin Ueberschuß 78 M. 12 Pf. Die Einnahme der Zentralkasse betrug 169 M. 37 Pf., die Ausgabe 66 M. 10 Pf., Ueberschuß 103 M. 27 Pf. Hierzu kommt der Ueberschuß der Lokalkasse, so daß im Ganzen 181 M. 99 Pf. der Zentralkasse überwiesen wurden. Am Schluß des IV. Quartals 1897 waren 167 Mitglieder vorhanden, am Ende des I. Quartals 1898 war der Bestand 173 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Bei den Wahlen zum Zentralvorstand wurden wiedergewählt Brille (Kassierer), Casper (Revisor) und an Stelle Klesner's wurde Ch. Bremer (Revisor) neu gewählt. In die Lokalverwaltung wurden gewählt: Dylke II (A. Bevollmächtigter) Brille (Kassierer), Liebed (Schriftführer), zu Revisoren Kuntel und Rühig, zu Revisoren Conradt, Ebersbach und Wasser.

Eine öffentliche Versammlung aller im Bergolberggewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 9. Mai und beschäftigte sich vorzugsweise mit der demnächst in allen Berliner Werkstätten einzuführenden Veränderung der Arbeitszeit resp. Verkürzung derselben. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Schmorke, welcher die Nothwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung hervorhob, wurde die bereits in einigen bekannten Firmen erfolgte Einführung der sogenannten englischen Arbeitszeit besprochen und herbeigehoben, daß, wo dieselbe eingeführt, dieselbe sich auch sehr gut bewährt habe. In einer Resolution wurde beschloffen, für eine möglichst kurze aber gedüngere Arbeitszeit mit 5 Uhr Schluß einzutreten. Zum Erfahmann eines Gewerbegerichts-Beisizers wurde Kollege Späthe aufgestellt.

Arbeiter-Bildungsschule. Insestr. 10, v. 2 Tr. Unterrichts-Kurse: Montag: National-Ökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie) Dr. Conrad Schmidt; Mittwoch: Hebe- und Uebung (Referate und Diskussion über gewerkschaftliche Fragen) Schriftführer Richard Galver; Freitag: Natur-Erkenntnis (Entwicklung der Idee über Entstehung und Zusammenhang des Weltgebäudes) Dr. S. Barchardt. Die Bibliothek ist jeden Montag, Mittwoch und Freitag (außer an Feiertagen) abends von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthalerstr. 57; Kleiner, Müllerstr. 7a, und in den Sonntags-Versammlungen. Vorsitzender: Hugo Warschawski, N. Brunnstr. 193. Kassierer: O. König, S. Dieffenbacherstr. 30.

Berliner Arbeitervereine. Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt:

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7-9 Uhr: A. Doehne, Deumstr. 36, v. 3 Tr. S. Gutzelt, Wiesenstr. 29a, von 8-9 Uhr abends. F. Pieschel, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. G. Simonowki, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhmann, Oberbergr. 37, 4 Tr. von 6-9 Uhr abends. N. Lamm, Kunitenstr. 6, von 8-9 Uhr abends. A. Boigt, Wiesenstr. 41/42. E. Warrn, Rosbergerstr. 7, von 6-7 Uhr abends. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strellgerstr. 58. F. Meimann, Bellemanstr. 83. F. Trapp, Schaffstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Mohs, Schweinmünderstr. 64, vom unteren Ausgang. — Nur für Unfallversicherung: J. Krause, Gartenstr. 13.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Voder, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalkhoff, Richardstr. 18. Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Singelmaier, Wilmstr. 39. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: B. Keller, Wilmstr. 58, Hof dort. Im Süd-Westen: Für Unfallversicherung: G. Hanel, Solmsstr. 44. Im Nord-Westen: Für Unfallversicherung: M. Stephan, Reffingstr. 34. Im Nord-Osten: Für Unfallversicherung: E. Vöfler, Wabnitzstr. 15, vorn part. (abends 8 Uhr). Bei sämtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

### Briefkasten der Expedition.

Für den Wahlfonds gingen ferner ein: Arbeiter der Zigarrenfabrik von Tsch. Invalidestr. 124, 22. — Dr. F. S. 5. — Bernhardt di Torino 470. G. S. 20. — H. H. S. 16. — Müller aus der Hofenstraße, Parzelle 24 2.50. Buchdruckerei Otto Range 2.80. Vom Personal der Druckerei S. S. Hermann, 2. Rate 34.50. Sp. Humanität d. Berger 30. — Summa 137.50 M. Bereits guttirt 879.40 M. Gesamtsumme 1016.90 M.

### Witterungsübersicht vom 12. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. L. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. L. °C
Swinemünde	744	SW	5/16 bed.	10	Daprun	742	SO	2 Regen	4				
Hamburg	743	SW	6 Regen	8	Petersburg	751	SO	3 heiter	10				
Berlin	746	SW	4/16 bed.	11	Gottf.	751	R	5/16 bed.	4				
Westphalen	748	SW	1 hebef.	9	Herberden	743	SW	6/16 bed.	6				
München	752	B	3 Regen	6	Paris	747	S	3 wolkig	10				
Wien	748	SW	— hebef.	13									

Wetter-Prognose für Freitag, 13. Mai 1898. Etwas kühl, zeitweise heiter, vielfach wolkig, mit leichten Regenschauern und ziemlich frühen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin).

**Todes-Anzeige.**  
Am Montag, den 10. Mai, starb unser Mitglied, der Metallschleifer **August Heimhold.**

Seine letzten Wünsche! Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Mai, nach 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Kirchhof, Hermannstraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 112/4 Die Ortsverwaltung.

### Todes-Anzeige.

Durch Sturz aus dem Fenster verunglückte am 9. nachmittags 2 Uhr, in seinem Beruf unter im 53. Lebensjahre stehender Kollege der Metallschleifer **August Heimhold.**

Der Tod erfolgte gleich darauf. Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 24776 Wir werden des so unglücklich dahingegangenen Kollegen stets in Ehren gedenken. Das Personal d. Firma Georg Rosenhain, Oranienstraße 21.

### Deutscher Arbeiter-Verband d. Sattler.

Am 10. d. M. starb das Mitglied **Hermann Obst.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., nach 5 Uhr, von der Kirche aus nach dem Charite-Kirchhof in der Müllerstraße statt. 34876

### H. A. R. Dittberner.

Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß meine geliebte Frau **Martha geb. Salajewsky** am 10. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, nach langen schweren Leiden sanft entschlafen ist. 24786

### Tragott Müller nebst Sohn.

Die Beerdigung findet Freitag, den 13. Mai, nachmittags 6 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus statt.

### Nachruf.

Am 10. Mai, mittags 2 Uhr, starb nach schweren Leiden an der Schloßschwindmühl unser lieber Freund, Kollege und Mitarbeiter **Heinrich Flentje** in seinem 41. Lebensjahre. 34646

### Seine letzten Wünsche!

Die Angehörigen u. Hausdiener d. Firma Gebr. Sellen u. Gortwig.

### Da mein Name im Wahl-Kandidat der Bürgerpartei öffentlich verbreitet worden ist, so erkläre ich, daß das ohne mein Wissen und Willen geschehen ist. H. Wischny, Reiser.

### Vorermönte gefunden

mit Inhalt am 1. Mai in der Voltastraße. Der Verlierer kann sich melden Voltastr. 7, v. 1 Tr. 24856

### Schäftebranche Filiale V.

Sonntag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 57: **Versammlung.** 170/3 Vortrag, Referent: Hamacher.

### Alter Gefangener (aufgeldt)

wünscht seine Utensilien zu verkaufen. Näheres beim Restaurateur Jademack, Rammelsbergstr. 30. 24816

### Radschulung

lehrt für nur 3 M. Nachfragen per Karte W. Wiese, Sidingenstr. 7. 24796

### Kl. Parzellen,

herzlich gelegen, dicht an der Bahn, verkaufe bei halber Anzahlung. Baumstämme und Baumstämme zu den Parzellen gratis. Streitherr, 62 (Schlichterladen). 24806

### Eine Million

Wangen sammt deren Brust löbte sofort mein **Wangen-Bild** in H. 0.50, 1.00, 2.00. Wegen Schwaben und deren Brust wird hier mein **Wangen-Bild** a. Schachtel 0.50, 1.00. Nur beim alleinigen Verkäufer **Pohl, Drog., Brunnstr. 157.**

## 2. Wahlkreis.

Freitag, 13. Mai, abends 8 Uhr:

## Volks-Versammlungen

Victoria-Brauerei, Bickel's Festsäle, Lützowstr. 111/112, Hafenhaide 52/53.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referenten: Reichstags-Abgeordnete **Robert Schmidt** und **Richard Fischer.** 2. Diskussion. 210/16 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

## Achtung! Wilmersdorf. Achtung!

Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 1 Uhr, in Klingenbergs Volksgarten, Berlinerstraße 40:

## Große Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Reichstags-Abg. **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Sämtliche Reichstagswähler sind hierzu eingeladen. 203/15 Das Wahlkomitee.

## Schöneberg. Arbeiter-Bildungsverein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Vereins-Versammlung am Montag, den 16. Mai, anfallt. Wir fordern die Genossen auf, die Volks-Versammlung in der „Schloß-Brauerei“ am Mittwoch, den 18. Mai, dafür zu besuchen.

Ferner geben wir bekannt, daß wir mit dem Besitzer des „Adler-Bades“ Hauptstraße, ein Abkommen getroffen haben, wonach unsere Mitglieder mit ihren Familienangehörigen Einzel-Bäder zu herabgesetzten Preisen erhalten. Die Bäder für Wannenbäder (statt 50 Pf. nur 30 Pf. pro Sitz) werden von und ausgegeben und sind in folgenden Pöhlen zu haben: Ost, Grünwaldstraße; Klein, Merzbürgerstraße; Schilling, Köpenickerstraße; Hauser, Sedanstraße. Die Bäder für das Schwimmbassin (statt 25 Pf. nur 15 Pf. pro Sitz) sind an der Badelasse gegen Vorzeigung des vom letzten Quartal abgemerkelten Mitgliedsbuches zu haben. Badeszeit: wochentags bis 9 Uhr abends (auch für Frauen); Sonntag vormittags. 15/6 Der Vorstand.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 15. Mai, vormittags 10 Uhr:

## Zwei Versammlungen

des Vereins zur Wahrung der Interessen d. Maurer Berlins u. Umg. 1. Kreuzbergstraße 48 bei Gohmann. 2. Frankfurter Allee 53 (Germania-Brauerei).

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag: „Die politische Aktion und was hat die Gewerkschaftsbewegung von derselben zu erwarten?“ Referent: Karl Behrend. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit und Wahl eines Hilfskassiers für Rummelsburg. 129/10

Im Auftrage des Vorstandes: **F. Schulze.**

Wenn Sie eine elegante Fußbekleidung wünschen, kaufen Sie die berühmten **Deutsch-Amerikanischen Schuhwaren.**



**Deutsch-Schuh-Fabrik.** Haltbarkeit garantiert!

Hamburg. Stettin. Spandau. Halle a. S. Berlin:

Oranienstrasse 162 Hacke'scher Markt 42  
zwischen Moritz- u. Oranienplatz. Rosenthalerstrasse.  
Friedrichstrasse 131 Frankfurterstr. 103  
vis-à-vis Oranienburgerstrasse. am Straussberger Platz.  
Blücherstrasse 13. Spittelmarkt 12.

## Freie Volksbühne.

Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lessing-Theater: Dritte Abtheilung:

## Die Wildente.

Von Henrik Ibsen. 229/11 Sonntag, den 22. Mai, findet dieselbe Vorstellung für die IV. Abtheilung statt. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 15. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Wilke, Andrastr. 26.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Urabstimmung über den Antrag Bernau, wegen Bekämpfung der Beiträge und wie stellen sich die Mitglieder zum diesjährigen Beitrittsgeld. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 31/5 Der Vorstand.

## Fachverein der Holz- u. Bretterträger

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 15. Mai 1898, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstr. 6:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet. 84/6 Der Vorstand.

## Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 15. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtigen Lohnkämpfe im Zimmerergewerbe unter Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse. Referent: Konrad Stehr. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. 254/12 Der Vorstand.

## Tischler-Verein.

Sonntag, den 14. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Beschlußfassung über die diesjährige Dampferpartie und Vereinsangelegenheiten. 189/12 Der Vorstand.

**Guckel's Zahnateliers**  
Lautzter Platz 2, Elsassstr. 12, Steglitzerstrasse 71. Bestrenommiert und wohlbekannt.  
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Kautenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)  
Ausschneiden!



Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

## Sonntag: Koffer-Verkauf!

## Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.

## Brenner & Cie.,

Alte Jakobstrasse No. 57-59.

## Schuhwaren!

Billig! Reell! Billig! Jeder Schuh trägt den letzten Verkaufspreis auf der Sohle.

## Hüte!

Jeder Hut 2,75 M. 50992

## L. Wachsner Nachf. A. Sack,

NW. 40 Thurmstr. 40, NW.

Sprosser, Richtig, alle Sorten Waddel, Vogelbauer billig. **Schuelle,** Roppenstr. 60.

Verolinszimmer, gr., Simonstr. 23.

**Goldadulle.** Gold, Silber, Feilz, lauft die Scheide - Werkstatt Zimmerstraße 32. 48718

Engros. 46992\* Export.

## Schuhwaren-

Lager in sämtlichen Artikeln. Detail-Verkauf zu Engros-Preisen. **Alexanderstr. 67a, I. Etage** (am Alexanderplatz).

Sonntags geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags 8-10 Uhr vorm.

## Niemand sollte veräunnen,

bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Jugant Sello** zu beziehen: Feilz, **Kaltrank**, 1/2 Pf. incl. 50 Pf.; **alten Nordhäuser** 7. 50 Pf.; hoch. **Stonsdorfer** incl. Orig.-Pf. (1/2 Pf.) a. 80 Pf., **Malb und Halb**, feinst. **Alförmisch**, pr. 1/2, **Champagner**, **Maiche** incl. 90 Pf., **Himbeer** u. **Kirschsaft**, rein und die eingetragte, per Liter **1.10 M., süßen Ungarwein**, Orig.-Pf. (1/2 Pf.) von 90 Pf. an, sowie **Wine, Cognac, Rum und Liköre** im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen**. Stilleige Beausquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr. No. 110** zu achten. 51476

## Arbeitsmarkt.

**Arbeiterin** verlangt Dampfbock-Werkst., Köpenickerstr. 3a IV. 34566

**Nebenbeschäftigung.** Feuer u. Glas-Verzierungen bringen hohe Provisionen, auch 100 R. Stum. Generalagent. **Reue Friedrichstr. 71, II.**

**Sattler** auf Koffer verlangt alte Josefstr. 108. 34668

**Stepprücker.** Arbeiter auf einfache Kurbel-Unterzüge unter Vorlegung von Probearbeit werden verlangt. 24768

**Lüb & Oertel, Röhrenstr. 42.** Schneiderin, welche auch gern aufarbeitet, bittet sehr um Beschäftigung. Tag 1.50. Fr. Jense, Blücherstr. 69, IV.

Einen Schleifer u. Arbeiterin sucht Steinbrennerei Köpenickerstraße 72. 34726

## Ein Echer-Geherling

kann sich in meiner Buchdruckerei weiden **Rob. Ameling**, NO., Eilbichstr. 65a.

Kantonarbeiterinnen verlangt Stein, Neue Röhrenstr. 30.

Ein Bildhauer gewünscht Müllerstr. Nicolat. 24746

**Zuch-** fuge Telegraphenbauarbeiter finden lohnende und dauernde Beschäftigung in Dänemark. Offerten sub E. N. 8251 an Aug. J. Wolff & Co.'s Ann.-Bur., Kopenhagen K., erbeten.

## Sichere Existenz

bietet sich selbstigen, intelligenten Herren durch Lebensnahme einer bereits gut eingeführten, lohnenden Betreibung. Einkommen bis 1200. — monatlich und darüber. Offert. sub D. A. 493 an **Hansenstein & Vogler**, Berlin, Leipzigerstr. 48, erbeten.

**Härder** oder Arbeiter, der Baumwolle in Gatenau färbt und wäscht, sucht **Franz Klinder**, Reubadelfberg.

**Härdigmacher**, aber nur solche, berl. **Joers**, Eilbichstr. 28. 24826

**Thät. Härdigmacher** u. **Barockvergoldner** verlangt **Hb. Jander**, Schönbergerstr. 27. 24846

## Mädchen

auf **Politur-Geisten**, aber nur gut gelehrte, 24836 **Kottbuser Damm 100.**



Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 12. Mai 11 Uhr.

Am Ministerische: von Miquel, Freiherr von Hammerstein.

Die zweite Lesung des Auerben-Gesetzes für Westfalen wird mit der gestern abgebrochenen Beratung über den § 1 der Vorlage fortgesetzt.

Abg. Klose (3.) findet die Bestimmungen der Vorlage dehnbar, so daß man für deren Ausführung keine Sicherheit habe. Wenn man auch zu dem gegenwärtigen Landwirtschaftsminister Vertrauen haben könne, so wisse man doch nicht, wer nach ihm die Ausführung des Gesetzes zu überwachen haben wird.

Abg. Knebel (natl.) findet eine Ausdehnung des Gesetzes auf die Rheinprovinz in jeder Form unzulässig. Jede Einseitigkeit eines Auerben würde mit der Rechtsanerkennung der Bevölkerung im schärfsten Widerspruch stehen. Allerdings ist in der Rheinprovinz der Landbesitz bedeutend zerstückelt, aber die Besitzer erwerben ihren Unterhalt neben der ländlichen Arbeit aus gewerblicher und industrieller Tätigkeit. Diese Entwicklung ist eine segensreiche, die man dort nicht aufgeben will.

Regierungskommissar Geh. Rath Dr. Holtzmann tritt namentlich gegen den Antrag Schulze-Steinen auf, der den Großgrundbesitz von der Wirkung des Gesetzes ausschließen will. Dazu liege kein Grund vor. Die Erhaltung der größeren Güter sei ebenfalls wichtig.

Minister v. Miquel erklärt im Anschlusse an die gestrige Mitteilung des Landwirtschaftsministers, daß im Staatsministerium bei der Beratung der Vorlage nirgend der Gedanke laut geworden sei, das Gesetz schablonenhaft auf andere Provinzen auszudehnen zu lassen. Ein besonderer Staatsministerial-Befehl sei zwar nicht ergangen, aber die Regierung gehe an solche Dinge nur, wenn ein dringendes Bedürfnis für dieselben vorliegt, und es liegt kein Grund für die Annahme vor, daß die Regierung dies Gesetz in Gegenden einführen wird, wo die Verhältnisse anders liegen, Gewohnheiten der Bevölkerung und Erbsitte andere sind. Es ist dringend wünschenswert, daß über die Vorlage eine Verständigung stattfindet, und namentlich die Rationalisten mögen die Wichtigkeit ihrer Einschließung bedenken. Der Minister schließt dann noch die Wichtigkeit, das vorhandene Erbrecht gesetzlich zu fixieren.

Abg. v. Zedlitz (fr.) ist erfreut, daß die Regierung den Gedanken an eine schablonenhafte Ausdehnung der Vorlage auf andere Landesheile so entschieden zurückweist. Seine Freunde wünschen dringend das Zustandekommen der Vorlage, werden aber doch ihre Gesamtentscheidung abhängig machen von der Gestaltung der Einzelbestimmungen der Vorlage.

Abg. Engelsmann (natl.) ist grundsätzlich gegen die Vorlage und wird dieselbe in jeder Gestalt ablehnen, da er fürchtet, das Gesetz wird in die ganze Rheinprovinz eindringen.

Minister v. Miquel hält diese Besorgnis für gänzlich unbegründet; keine Regierung werde es einfallen, die seit Jahrhunderten dort bestehende Erbwohnheit beseitigen zu wollen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) verteidigt seinen Antrag. Für die großen Güter das Auerbenrecht zu sichern, habe der Staat gar kein Interesse. Er hofft auf eine Verständigung über die Vorlage bis zur dritten Lesung.

Die Abgg. v. Pleitenberg (L.), Dr. Klasing (L.) sprechen wiederholt für, Dr. Sattler und v. Synern gegen die Vorlage. Nachdem auch die Minister v. Miquel und Freiherr v. Hammerstein wiederholt das Wort ergriffen, wurde die Debatte über § 1 geschlossen.

Der Antrag Schulze-Steinen (Ausschluß der Güter von mehr als 2000 M. Grundsteuer-Reinertrag und Ausschluß des Kreises Rülheim a. d. Ruhr) wird abgelehnt und § 1 unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

§ 2 der Regierungsvorlage setzt für den Betrag des Landgutes einen Grundsteuer-Reinertrag von mindestens 50 M. voraus. Die Kommission hat diesen Satz gestrichen.

Der § 2 wird in der Kommissionsfassung mit einem präzisierenden Satze Gamp (fr.), mit dem der Regierungskommissar Geh. Rath Dr. Holtzmann sich einverstanden erklärt, angenommen.

Die §§ 3 und 9 regeln die Eintragung der Auerbenguteigenschaft in das Grundbuch. Nach der Vorlage der Kommission erfolgt die Eintragung auf Ersuchen des zuständigen Spezialkommissars, gegen dessen Beschluß Beschwerde bei der Auerbenguts-Kommission und weiter bei der Generalkommission in Münster gegeben ist.

Von dem Abg. Gamp (L.) wird die Bildung einer Auerben-Berufungskommission bei der Generalkommission zu Münster verlangt, die endgültig entscheiden soll.

Der Antrag Gamp wird mit einem von demselben Antragsteller formulierten Satze angenommen, wonach der Bescheid der Auerbenguts-Kommission mit Gründen versehen sein muß. Die §§ 3 und 9 werden mit der durch die Anträge Gamp bedingten Aenderung angenommen.

Die §§ 5 (betr. Lösung der Auerbenguts-Eigenschaft) und 12 (Sicherung des Verfügungsrechts des Eigentümers) werden gemeinsam debattiert.

Abg. Gamp (fr.) beantragt einen Zusatz zu § 12, daß der Eintritt des Auerbenrechts für den einzelnen Erbfall durch Testament oder öffentlich beglaubigte Erklärung ausgeschlossen werden kann.

Der Antrag Gamp wird angenommen und mit diesem Zusatz der § 12 genehmigt. Im übrigen bleiben die §§ 5 und 12 unverändert.

In den § 11, welcher die Gerichts- und Verwaltungsbezirke enthält, in denen eine Erwerbung der Eintragung der Auerbenguteigenschaft und eine Freiabtragung der Lösung dieser Eintragung wegen des industriellen Charakters dieser Bezirke zulässig ist, werden die Bezirke der Antiquariate Altona und Iserlohn aufgenommen nach einem Antrage Bachmann; mehrere andere Bezirke, die dieser Antrag ebenfalls verlangte, abgelehnt.

§ 15 bestimmt für eine Reihe von Bezirken, daß der jüngere Sohn und bei Ermanglung von Söhnen die jüngere Tochter bei Auerbengütern vorgeht. (Minorat.)

Der Antrag Bachmann will das Minorat allgemein ganz nach dem Antrage des Eigentümers zulassen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Bachmann abgelehnt; der § 15 bleibt unverändert. Die §§ 16 bis 23 einschließlich werden ohne weitere Debatte nach den Kommissionsvorschlägen genehmigt.

Morgen (Freitag) 11 Uhr: Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung. Petitionen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Verichtigung. In gestriger Nummer muß es in der Notiz über den Genter „Booruit“ Seite 7 und 8 von oben heißen: „eines Brüdchens des Niederdeutschen“.

Grat. W. Jubalidenstr. 14. Nehmen Sie Thon oder Lehm, in nassem, möglichst klüftigem Zustande und beschreiben Sie die Defekte recht stark. Ist die Deckung trocken, dann wird sie abgenommen und die Probe wiederholt, bis Erfolg zu verzeichnen ist.

Th. Haag. Die Sache ist uns gerade jetzt bei der Wahlbewegung zu entfernt und zu unrichtig.

Paul Rowisch, Charlottenburg. Daß Sie mit dem in Widgensee gewiesenen Kalkofen, der Ihren Namen trägt, nicht identisch sind, wird Ihnen hoffentlich auch so jeder Mensch glauben. Es ist doch wahrlich kein leicht Grund vorhanden, diese Thatsache im redaktionellen Theil bekannt zu geben.

G. Neue Buchreihe. Wenden Sie den Fall Ihren Kassenvorstand.

G. Z. Berlin zahlt denn nichts weiter. Die neue Gemeinde hätte im Bedürfnisfall zu zahlen, kann aber Abschreibung veranlassen. — Wahl. In je dem Tage kann die Kündigung, falls nichts anderes vereinbart ist, erklärt

werden. — R. in W. Wahlberechtigt zum Reichstag ist auch der, der seine Steuern zahlt. — F. M. 18. Verlangen Sie Eintragung in die Wählerliste.

S. A. Zettin. 1. Ja. 2. Inwieweit eine Woche nach Verkündigung des Urtheils ist bei Gericht die Berufung einzulegen. Wenn die Mitteilung über Einlegung der Berufung dem Angeklagten zugeht, ist dies gültig. Es Berufung rechtzeitig eingelegt ist, ist von Auswegen zu prüfen.

105 M. R. Da ist nichts zu machen. Sie können nur in das Verlangen erben, was der Vater hinterlassen, nicht in das, was er früher befreit hat.

Sturz 18. Wenn ich unter fünfzehn Mark zugebilligt wird, soll er späterhin klagen und nichts unterlassen.

M. D. Das Vermögenskriterium-Gesetz vom 14. Juli 1893 ist seit dem 1. April 1895 in Kraft getreten. Nach demselben wird die Vermögenssteuer bei einem steuerbaren Vermögen von mehr als 4000 M. erhoben. Die Steuer beträgt bei 4 bis 8000 M. 3 M., bei 8-10000 M. 4 M., bei 10000-12000 M. 5 M.

Es bezieht sich so fort bei Steigerung von je 2000 M. Kapital die Steuer um je 1 M. Ein Kapital von 24-28000 M. steuer 12 M., 28-32000 M. steuer mit 14 M. und so fort bei Steigerung des Kapitals um je 4000 M. bis zu 60000 M. ein höherer Steuersatz von je 2 M., 60 bis 70000 M. steuer mit 20 M. Die Steuer steigt von da ab bei höheren Vermögen bis einschließlich 200000 M. für jede angelegene 10000 M. um je 5 M. Bei Vermögen von mehr als 200000 M. bis einschließlich 220000 M. beträgt die Steuer 100 M. und steigt bei höheren Vermögen für jede angelegene 20000 M. um je 10 M. — W. Z. 10. Ja.

R. P. 18. Und nicht bekannt. — P. Z. Die internationale Eisenbahn-Schiffahrtsgesellschaft ist ebenfalls wie ein anderer Gewerbetreibender berechtigt, vom Vorn Vornige für von ihr gelieferte Uniformen zu machen. Klagen Sie beim Gewerbeamt auf Ansetzung der zu erwerbenden einbehaltenden Beträge und auf Herausgabe der Konten. Die Uniform stellen Sie zur Verfügung. Ihr Recht folgt aus den gegenwärtigen Verträgen.

H. R. 14. Civil. Ein Testament muß im Gebiete des Allgemeinen Landrechts unterzeichnet und bei Gericht niedergelegt oder in Protokoll des Amtsgerichts erklärt sein, um gültig zu sein. Dasselbe gilt für ein weltweiliges Testament. Jüngere Bräutigam zur Anfertigung eines Testaments durchaus nicht zugezogen zu werden. Für ein solches ist etwa folgende Form zu empfehlen: Wir (Namen der Beteiligten) legen und einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen), sowie diejenigen Kinder, die uns noch geboren werden, mit der Wahlade zu Erben ein, daß der Überlebende von uns die von aller Anstift und Vermögensverwaltung bereite Verwaltung unserer beiderseitigen Vermögen bis zu seinem Tode befehligt und berechtigt ist, unter Lebenden über die Erbmasse zu verfügen. Was nach dem Tode des Verstorbenen übrig bleibt, teilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Für den Fall einer Wiedererbtretung des Überlebenden hat Auseinandersetzung nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfolgen. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Die Kosten für protokolllarische Testamentsaufnahmen und doppelt so hoch wie die für die Aufnahme eines offen oder verheimlicht abgegebenen Testaments. Die Kosten für die Aufnahme von Testamenten betragen: bei einem Objekt von 2-300 M. 2,40 M., von 300-450: 3,-, von 450-650: 3,60, von 650-900: 4,20, von 900-1200: 5,-, 1200-1600: 6,-, 1600-2100: 7,-, 2100-2700: 8,-, 2700-3400: 9,-, 3400-4300: 10,-, 4300-5400: 11,-, 5400-6700: 12,-, 6700-8200: 13, 8200-10000: 14,-, 10000-12000: 15,-, 12000-14000: 16,- M. und so steigen bis 30000 M. bei je 2000 M. mehr Objekt die Kosten um je 1 M., so daß also bei Objekten von 28-30000 M. die Kosten 24 M. betragen. Es betragen bei Objekten von 30-35000 M. die Kosten 25 M., bei Objekten von 35-40000 M. 28 M. Bei da ab steigt es in der Kostenliste bei den Objekten um je 10000 M. bei den Kosten um je 2 M., so daß also bei Objekten von 90-100000 M. die Gebühren 40 M. betragen. Bei da ab steigen die Gebühren um je 10000 M. die Gebühren um je 1 M., so daß also z. B. die Testamentsaufnahme bei Verlassen von 100000 bis 2 Millionen Mark 230 M. kostet. Die Kosten sind also wie durchweg in Gerichtsständen bei niederen Objekten proportional außerordentlich viel höher als bei hohen Verlassen. Weltweiliges Testament gelten als zwei Testamente. Der Fiskus erhebt ferner ein Viertel der angegebenen Höhe für die Aufbewahrung der Testamente. Für die Gebühren und Aufsertigung einer letztwilligen Verfügung wird so viel wie für die Aufnahme eines Testaments zu zahlen. Die Kosten sind also wie durchweg ein anderes Testament überrecht wird, nicht, sonst die Hälfte der oben genannten Gebühren zu zahlen. Der einfache und billige Weg zur Aufsertigung eines Testaments ist, demnach der: Sie legen Ihren letzten Willen auf, ordnen dabei darauf, daß jemand zu Erben eingetragt und sein Pflichterfüllung übergeben ist. Sodann unterschreiben Sie das Testament und überreichen es offen oder verheimlicht, oder verheimlicht dem Amtsgericht. Machen Sie ein weltweiliges Testament, so muß auch Ihre Frau unterschreiben und zu Gericht mitgehen.

Advertisement for Deutsche Schuh-Fabrik, vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H. Erfurt-Ilversgehofen. Features include: Renommirtes Fabrikat, Beste Zuthaten, and a list of shoe types and prices such as Herren-Zugstiefel, Damen-Zugstiefel, and Schnürschuhe.

Advertisement for Herren-Orthopedien, Sommerpaläts, Elegante Anzüge, Radfahrer- und Touristen-Anzüge, and Julius Finkenbäum, Große Straßburgerstraße 139.

Advertisement for Feste Preise! Oscar Arnold, Hal-Engros-geschäft, Dresdenerstr. 116, featuring a cartoon character and text about dental services.

Advertisement for Institut für Zahnleidende, Herm. Herod, Elsasserstrasse 92 I., featuring text about artificial teeth and dental services.

Advertisement for Benge vor der Noth! Allgemeine Volks-Krankenkasse, featuring text about health insurance and services.

Advertisement for Großer Ausverkauf in Gärten und Resten, featuring text about garden furniture and other goods.



